



99. Sitzung

Mittwoch, 30. Mai 2001

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Erster Vizepräsident Berndt Röder

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin

Rücktritt eines Senators 5013 A

Abwicklung und Ergänzung
der **Tagesordnung** 5013 A

Redezeit eines fraktionslosen Abgeordneten 5013 A

Aktuelle Stunde 5013 B

Fraktion der SPD:

Das erfolgreichste Bundesland: Hamburg! 5013 B

Walter Zuckerer SPD 5013 B, 5022 B

Dr. Roland Salchow CDU 5014 B, 5018 C

Farid Müller GAL 5015 B

Norbert Hackbusch REGENBOGEN –
für eine neue Linke 5016 A, 5020 A, 5023 C

Ortwin Runde,
Erster Bürgermeister 5016 C

Werner Dobritz SPD 5017 D, 5021 B

Anja Hajduk GAL 5019 B, 5022 D

Dr. Thomas Mirow, Senator 5020 C

Rolf Kruse CDU 5021 D

Dr. Martin Schmidt GAL 5023 B

Fraktion der CDU:

**Wann übernimmt Frau Roth
Verantwortung?** 5023 D

Dietrich Wersich CDU 5023 D

Dr. Mathias Petersen SPD 5024 C

Dr. Dorothee Freudenberg GAL 5025 A

Lutz Jobs REGENBOGEN –
für eine neue Linke 5026 A

Karin Roth, Senatorin 5026 D

Berndt Röder CDU 5028 A

Petra Brinkmann SPD 5029 A

Antje Möller GAL 5030 A

Heike Sudmann REGENBOGEN –
für eine neue Linke 5030 A

Fraktion der GAL:

**Wahrheit in Sicht: Einwanderungsland
Deutschland**

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Antrag des Ersten Bürgermeisters:

Bestätigung der Berufung eines Senators
– Drs 16/6106 – 5030 C

Beschluß 5030 C, 5031 A

Vereidigung eines Mitglieds des Senats 5031 B

Schreiben des Ersten Bürgermeisters:

Geschäftsverteilung des Senats 5031 C

Antrag der Fraktion der CDU:

**Rücktritt des für die Behörde für Inneres
zuständigen Senators Hartmuth
Wrocklage**
– Drs 16/6041 (Neufassung) – 5031 C

Ole von Beust CDU 5031 C, 5046 B

Dr. Holger Christier SPD 5033 A

Manfred Mahr GAL	5034 D	Bericht des Eingabenausschusses:	
Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke	5036 B	Eingaben – Drs 16/5983 –	5057 A
Ortwin Runde, Erster Bürgermeister	5037 B	Bericht des Eingabenausschusses:	
Rolf-Rüdiger Forst, fraktionslos	5039 D	Eingaben – Drs 16/5984 –	5057 A
Heino Vahldieck CDU	5040 C	Bericht des Eingabenausschusses:	
Olaf Scholz, Senator	5042 C	Eingaben – Drs 16/5985 –	5057 A
Dr. Martin Schmidt GAL	5043 D	Beschlüsse	5057 A
Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke	5045 D	Sammelübersicht	5057 B
Beschluß	5047 A	Beschlüsse	5057 C, 5060
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Zukunft der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg – Drs 16/5778 –	5047 A	Anpassung der Geldleistungen nach dem Fraktionsgesetz – Drs 16/5871 –	5057 C
Dr. Leonhard Hajen SPD	5047 A	mit	
Rolf Kruse CDU	5047 C	Interfraktioneller Antrag und der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:	
Heide Simon GAL	5047 D	Anpassung der Geldleistungen nach dem Fraktionsgesetz und Umstellung der Beträge auf Euro – Drs 16/5872 –	5057 C
Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke	5048 C	und	
Karin Roth, Senatorin	5049 A	Interfraktioneller Antrag und der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:	
Besprechung erfolgt	5050 A	Umstellung der Beträge im Hamburgischen Abgeordnetengesetz auf Euro – Drs 16/5873 –	5057 C
Senatsmitteilung:		Beschlüsse	5057 D
Tagesförderstätten für schwerbehinderte Menschen – Drs 16/5997 –	5050 A	Bericht des Verfassungsausschusses:	
Beschluß	5050 B	Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid Änderung der Volksabstimmungsverordnung – Drs 16/5716 –	5058 A
Senatsmitteilung:		Beschlüsse	5058 A
Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Vergabe und Kontrolle von Aufträgen und Zuwendungen durch die Freie und Hansestadt Hamburg“ – Drs 16/5992 –	5050 B	Bericht des Verfassungsausschusses:	
Günter Frank SPD	5050 B, 5056 A	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg – Drs 16/5717 –	5058 B
Antje Blumenthal CDU	5051 C	mit	
Dr. Dorothee Freudenberg GAL	5052 B	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg und anderer Gesetze – Drs 16/5943 –	5058 B
Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke	5053 C, 5056 C	Beschlüsse	5058 A
Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel, Senatorin	5054 B	Beschlüsse	5058 C
Dietrich Wersich CDU	5055 A		
Dr. Bettina Kähler GAL	5055 C		
Beschluß	5056 D		
Antrag der Fraktionen der GAL und der SPD:			
Euro-Kampagne der Verbraucher-Zentrale – Drs 16/6052 –	5056 D		
Beschlüsse	5056 D		

Bericht des Haushaltsausschusses:

**Verbundmaßnahmen zwischen
hamburgischen öffentlichen Unternehmen**

– Drs 16/5967 –

5059 B

Beschluß

5059 C

Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses:

SAGA-GWG-Card

– Drs 16/5988 –

5059 C

Beschluß

5059 C

Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses:

Einrichtung von Familienlotsen

– Drs 16/6043 –

5059 C

Beschluß

5059 C

Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses:

**Vereinfachung und Verbesserung des
Mietrechts**

– Drs 16/6044 –

5059 C

Beschluß

5059 D

A **Beginn: 15.01 Uhr**

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Der Präsident des Senats hat mir mit Schreiben vom 28. Mai 2001 mitgeteilt, daß Herr Senator Hartmuth Wrocklage gemäß Artikel 35 Absatz 2 der Verfassung seinen Rücktritt als Senator erklärt hat.

Zur heutigen Tagesordnung ist anzumerken, daß diese im Einvernehmen mit dem Ältestenrat um den Tagesordnungspunkt 0.1 ergänzt worden ist. Es handelt sich um die Drucksache 16/6106: Bestätigung der Berufung eines Senators.

Nach Absprache im Ältestenrat soll dieser zusätzliche Tagesordnungspunkt im Anschluß an die Aktuelle Stunde und vor den zur Debatte angemeldeten Punkten aufgerufen werden.

In Abänderung der Empfehlung des Ältestenrats haben sich die Fraktionen darauf verständigt, daß an Stelle von Tagesordnungspunkt 15, Drucksache 16/5929, Tagesordnungspunkt 21, Drucksache 16/5997, debattiert werden soll. Tagesordnungspunkt 15 soll vertagt werden, ebenso Tagesordnungspunkt 19.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß dem fraktionslosen Abgeordneten nach Vereinbarung im Ältestenrat pro Sitzungstag eine Gesamtredezeit von fünf Minuten zur Verfügung steht.

(Unruhe im Hause)

Diese Regelung galt auch in der letzten Legislaturperiode für die neuen Abgeordneten.

Wir kommen zur

B **Aktuellen Stunde**

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Das erfolgreichste Bundesland: Hamburg!

von der CDU-Fraktion

Wann übernimmt Frau Roth Verantwortung?

sowie von der GAL-Fraktion

Wahrheit in Sicht: Einwanderungsland Deutschland

Meine Damen und Herren! Bevor ich einem Redner das Wort erteile, würde ich Sie bitten, Ihre Gespräche einzustellen, etwas aufmerksamer zu sein, Ruhe zu behalten. Als erster meldet sich Herr Zuckerer. Sie haben das Wort.

Walter Zuckerer SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung haben Wissenschaftler der Universität Würzburg auf der Basis einer ökonomischen Analyse ein Standort-Ranking erstellt. Das Ergebnis dieser Analyse ist eine große und unerwartete Überraschung. Im Ländervergleich ist Hamburg in der Zeit nach der deutschen Vereinigung das erfolgreichste Bundesland. Das war so nicht zu erwarten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hamburg hält die Top-Positionen, was die Erwerbstätigen- und Arbeitslosenquote, das Wirtschaftswachstum und auch das Einkommen betrifft.

Die SPD-Fraktion war immer davon überzeugt, daß Hamburg den Strukturwandel mit einer innovativen und mo-

deren Wirtschaftspolitik bewältigt hat. Wir waren auch davon überzeugt, daß wir im Bereich der Stadtstaaten der bestgeführte Stadtstaat sind, auch wenn wir das mit hanseatischem Understatement nur zurückhaltend kommentiert haben.

Wir haben immer die Überzeugung gehegt, daß wir eine moderne und innovative Arbeitsmarktpolitik betreiben. Schließlich geben wir dafür im Vergleich mit anderen Bundesländern das meiste Geld aus.

Wir waren davon überzeugt, daß wir gut waren. Aber nun bestätigt ein Institut, das jenseits jeglichen sozialdemokratischen und grünen Einflusses ist, mit einer ökonomischen Analyse, daß wir nicht nur in der Champions-League spielen, sondern daß wir seit Jahren unangefochten die Besten sind.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Karl-Heinz Warnholz CDU: Worin?*)

Man hätte es sich so leicht nicht träumen lassen, und man hätte es auch gar nicht gewagt, es selbst zu sagen. Trotzdem liegen wir mit Abstand vor Bayern und vor Baden-Württemberg, und wir haben diesen Abstand in den letzten Jahren ausgebaut.

Gleichwohl, meine Damen und Herren, die Top-Position im Standort-Ranking ist das eine.

Aber es gibt natürlich auch Schwächen und Probleme, auf die die Studie hinweist, und diese liegen zweifellos im Bereich der Inneren Sicherheit. Hier nehmen wir im Standort-Ranking einen unteren Rang ein.

Bemerkenswerterweise dramatisieren die Wissenschaftler dies weniger, als man es vermuten könnte oder erwarten würde. Sie weisen eher darauf hin, daß Vergleiche mit Flächenländern im Bereich der Inneren Sicherheit problematisch sind, daß sie hinken. Ich zitiere:

„Die Städte leiden unter der Tatsache, daß sich auf ihrem Territorium nicht nur Wirtschaftskraft, kulturelle Einrichtungen und Infrastruktur, sondern eben auch soziale Spannungen und Kriminalität konzentrieren.“

Wir haben also einen gewissen wissenschaftlichen Hinweis darauf, daß die großen Metropolen in der Bundesrepublik im Bereich der Inneren Sicherheit ein Strukturproblem haben.

Nun werden wir heute noch eine Debatte zur Inneren Sicherheit führen; deswegen möchte ich darauf nicht weiter eingehen. Der Beitrag, den ich leisten wollte, sollte auf die notwendige Versachlichung hinweisen, daß wir bei Debatten über die Innere Sicherheit zwischen den Strukturproblemen der Städte und der Innenpolitik deutlich unterscheiden müssen.

Für Politiker ist der interessanteste Teil dieser Studie der Versuch, politische Aktivität und ökonomischen und politischen Erfolg miteinander zu verbinden, also im Rahmen einer sogenannten Regressionsanalyse mit Dutzenden von Parametern ein Ursache-Wirkungs-Verhältnis herzustellen.

Bemerkenswerterweise liegen wir zwar im Standort-Ranking auf Platz eins, aber im sogenannten Aktivitäts-Ranking liegen wir eher im Mittelfeld. Das ist natürlich nicht ganz so schön, dann müßte man hier auch nicht argumentieren. Wir hätten sicherlich gerne – ich würde sogar sagen alle – einen Platz weiter vorne.

Das wirft allerdings Fragen auf, die nicht uninteressant sind. Warum ist das eigentlich so? Eine große Hamburger

C

D

(Walter Zuckerer SPD)

- A Tageszeitung hat das ziemlich platt kommentiert nach dem Motto „Hamburg ist Spitze, aber die Politiker können nichts dafür“. Das wird durch die Studie nicht belegt.

(Rolf Kruse CDU: Das ist ziemlich klar!)

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Rheinland-Pfalz liegt seit Jahren im Aktivitäts-Ranking auf Platz drei, ist aber im Standort-Ranking während der gesamten Zeit um drei Plätze abgestiegen. Es stellt sich die interessante Frage, ob die Anstrengungen mit dem Abstieg zusammenhängen oder ob der Index manches gar nicht richtig abbildet.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Zuckerer, Ihre Redezeit ist beendet.

Walter Zuckerer (fortfahrend): Mein letzter Satz: Die Studie kommentiert das folgendermaßen:

„Traten in unserem Ranking Schwächen in der Hansestadt zutage, so waren diese eher stadtstaatspezifischer Natur.“

(Glocke – Ole von Beust CDU: Die Redezeit ist beendet!)

Meine Damen und Herren! Hamburg ist Spitze.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Welch überraschende Rede!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Professor Salchow, Sie haben das Wort.

- B **Dr. Roland Salchow** CDU: Frau Präsidentin! Ich frage mich, worüber Herr Zuckerer geredet hat. Ich habe eine Studie, finanziert von Bertelsmann, und die klingt etwas anders.

(Michael Dose SPD: Hamburg ist Spitze!)

Ich liebe die Debatten über Rankings. Da gibt es immer wieder neue, und die SPD meldet die an, von denen sie meint, sie seien gut für sie, und die anderen werden verschwiegen. Und dann sagt sie, das hat die liebe SPD gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Hier werden Bundesländer verglichen, das heißt Stadtstaaten und Flächenstaaten. Nun wollen wir sehen, wie seriös das Ganze ist.

Die Studie gibt zwei Ranking-Listen. Die erste gibt die Reihenfolge der Bundesländer an – das ist das, wozu Herr Zuckerer einzig geredet hat – für einen sogenannten aggregierten Parameter, den Würzburger Experten ausgerechnet haben. Da steht Hamburg vorne. Im zweiten Ranking steht Hamburg nicht vorne, das ist aber das logisch saubere Ranking.

Beim ersten Ranking, in dem Hamburg auf Platz eins liegt, vergleichen die Autoren die Erwerbstätigkeit pro 100 Einwohner und sagen natürlich, daß die Stadtstaaten Hamburg und Bremen die Nummer eins und die Nummer zwei sind. Was sagt uns das politisch? Nichts. Das ist trivial für alle Großstädte, Herr Zuckerer.

Dann nimmt man die Arbeitslosigkeit mit hinein, und Bremen kippt etwas ab, und Hamburg bleibt auf Platz eins. Auch das ist trivial, weil wir eine Großstadt sind.

(Barbara Duden SPD: Überhaupt nicht trivial!)

C

Der nächste Parameter: Bruttoinlandsprodukt. Aus demselben Grunde, weil wir ein Stadtstaat sind, ist bei uns natürlich und in Bremen auch wieder das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sehr viel höher. Was ist daran Politik? Das ist geopolitisch klar, weil wir ein Stadtstaat sind.

Dritter Parameter: Einkommen. Da werden auch die Millionäre mitgezählt, aber in der Statistik helfen zum Beispiel auch Ex-SPD-Senatoren, die – ohne daß sie arbeiten müssen – leckere Ruhestandsgehälter bekommen, die weit über dem Gehalt einer Karstadt-Verkäuferin liegen.

(Beifall bei der CDU – Unruhe im Hause)

Das treibt natürlich das mittlere Einkommen in Hamburg hoch. Nehmen Sie die Situation, die im September eintreten wird. Dann kommt der verbrauchte SPD-Senat weg, und alle erhalten ihr Ruhestandsgehalt. Wenn dann ein neuer Senat mit neuem Gehalt kommt, steigt das Einkommen und damit das Bruttosozialprodukt und Hamburg würde in diesem Ranking auch weiter nach oben kommen.

(Beifall bei der CDU)

Indem ich das gesagt habe, habe ich schon die wesentlichen Zahlen des ersten Rankings genannt.

(Petra Brinkmann SPD: Das ist schwach!)

Das Schulbildungsniveau kommt in diesem Ranking mit keinem Wort vor,

(Zurufe und Unruhe bei der SPD)

die in Hamburg unterentwickelte Hochschulausstattung ebenfalls nicht, ebenso die Staatsverschuldung, weder total noch pro Kopf. Das Haushaltsdefizit wird ebenfalls nicht erwähnt. Seit 23 Jahren gibt es keinen ausgeglichenen Haushalt. Das alles kommt in dem Ranking nicht vor.

(Dr. Andreas Hilgers SPD: Leisler-Kiep auch nicht!)

D

Einen Parameter haben die Autoren allerdings mit aufgenommen: die Sicherheit. Herr Zuckerer hat das etwas geschamig zitiert. Wissen Sie, was die Autoren tun? Sie nehmen den Anteil der Sozialhilfeempfänger und den Anteil der nicht aufgeklärten Straftaten pro 100 000 Einwohner. Da ist – Seite 41, Herr Zuckerer – Hamburg Spitze in der Zahl der nicht aufgeklärten Straftaten.

(Beifall bei der CDU)

Dann werden diese beiden Zahlen addiert. Man muß sich die Logik vorstellen, daß man ein Ranking macht für die Summe nicht aufgeklärter Straftaten und für Sozialhilfeempfänger.

(Dr. Holger Christier SPD: Nein, nein!)

Wie verbindet man das Ganze? Da haben die Autoren – Seite 23, Herr Zuckerer – gesagt, wir wollen das aber alles nicht gleich gewichten. Wir gewichten das mit fünf zu fünf zu eins. „Fünf“ fürs Einkommen, „fünf“ für Beschäftigung und ein Fünftel davon nur für die Sicherheit. Wenn Sie so rechnen, kommt natürlich das Ergebnis heraus, das Sie haben wollen. Nur, Sie können nicht sagen, daß Hamburg die Nummer eins ist. Das ist nicht wahr.

(Beifall bei der CDU)

Es ist alles so geschickt definiert, daß dieses Ergebnis herausgekommen ist. Sie können nicht Äpfelzahl und ein Fünftel Putenbrust addieren und dann sagen, Hamburg liegt auf Platz eins. Das wurde aber in dem Ranking gemacht.

(Dr. Roland Salchow CDU)

A Der zweite Parameter ist sehr viel seriöser. Das zweite Ranking macht dagegen viel mehr Sinn. Da wird nämlich danach gefragt, welche politischen Aktivitäten die einzelnen Bundesländer gemacht haben, um die Lebensverhältnisse der Bürger in ihrem eigenen Land zu verbessern. Ich zähle das im einzelnen nicht auf, aber was ist das Ergebnis? In diesem wichtigen Parameter ist Hamburg *nicht* Erster. Zweiter ist Hamburg auch nicht. Erster ist Stoibers Bayern, und Zweiter ist Baden-Württemberg von Herrn Teufel.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Professor Salchow, Sie haben zwar Ihre Papiere auf das rote Lämpchen gelegt, aber es zeigt an, daß die Redezeit von fünf Minuten überschritten ist.

Dr. Roland Salchow (fortfahrend): Das war ein geschickter Schritt, Frau Präsidentin. Ich will zum Abschluß kommen.

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Sehr kurz, Herr Abgeordneter.

Dr. Roland Salchow (fortfahrend): Das Fazit: Hamburg nimmt – bis auf Bremen und Berlin – einen der letzten Plätze unter den westdeutschen Bundesländern ein. In dem Ranking, in dem es um die hamburgische Leistung der Politik geht, liegt Hamburg auf dem neunten Platz, und nur noch ostdeutsche Bundesländer stehen dahinter. Darum ist das Ergebnis dieses Rankings: Hamburg steht schlecht da. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

B (Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD*: Das hätten Sie gern!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn eine Regierung vier Monate vor der Wahl die Note eins ausgestellt bekommt, freut sie sich natürlich.

(Zuruf von der CDU: Ach, nee!)

Eine Opposition ärgert sich natürlich und versucht, ein Haar in der Suppe zu finden und die Statistiken gegeneinander aufzurechnen und in Frage zu stellen. Aber beides schafft sie nicht. Der Notengeber ist von seiner Herkunft her politisch unverdächtig.

Es bleibt, wie es ist: Hamburg ist die lebenswerteste Stadt in Deutschland. Wir haben die besten Erfolge im Bereich der Beschäftigung, der Ausbildung und bei der Einkommensentwicklung. Die Studie sagt ausdrücklich, dies ist nicht zufällig, es ist das Ergebnis kluger Politik und klugen Regierungshandelns.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das mag Ihnen nicht passen, aber es ist so. Wenn man Wettbewerb macht, geht es in der Regel immer auf Kosten Dritter. Aber in diesem Fall hat die Studie eindeutig gesagt, dies trifft nicht zu, denn wir haben unseren Vorsprung in Norddeutschland mit unseren Nachbarn Niedersachsen und Schleswig-Holstein geschafft. Das ist ein tolles Ergebnis und ein Erfolg der Politik. Ich nenne das Stichwort: Metropolregion Hamburg. Ich will kurz auf die einzelnen Bereiche eingehen.

Zur Beschäftigung: Herr Salchow, Sie können rauf- und runterrechnen, fest steht, wir haben in dieser Stadt weniger Arbeitslose als vor Jahren. Dazu hat die Politik in dieser Stadt maßgeblich beigetragen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Fest steht aber auch, daß wir uns um die Menschen gekümmert haben, die am schwierigsten zu vermitteln sind. Auch das erwähnt die Studie. Die Modernisierung der Sozialämter hat sehr viel dazu beigetragen, daß wir auch die Menschen, die am wenigsten Aussicht haben, in den Ersten Arbeitsmarkt zu kommen, erfolgreich in Arbeit vermitteln konnten.

(*Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke*: Wohin denn, was für Arbeit? Dauerhafte?)

Darüber haben wir in diesem Parlament schon oft gesprochen. Es ist gut, daß das in der Studie ebenfalls erwähnt wird.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Einkommensentwicklung wurde wieder diffamiert. „Das wäre ja kein Wunder“, hieß es, und es wurden Senatorengelöhner mit den Gehältern von Karstadt-Verkäuferinnen verglichen. Herr Salchow, ich verstehe, daß Sie sich ärgern, aber bleiben Sie sachlich. Hier werden Zahlen genannt, die das Ergebnis guter Politik sind, und Sie werden polemisch. Das ist nicht schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*: Billig war es!)

Was Sie gar nicht wegreden können – Sie sagen, es sei egal, ob es sich um eine Großstadt oder ein Flächenland handelt –, ist das überdurchschnittliche Wachstum. Auch die Wissenschaftler haben festgestellt, daß das sehr erstaunlich ist, weil wir schon auf einem hohen Niveau sind. Normalerweise wird erwartet, daß die Wachstumsdynamik nicht in der Weise ausfällt. Aber das ist nicht der Fall. Wir haben im Vergleich mit anderen Bundesländern eine überdurchschnittlich hohe Wachstumsdynamik.

Wie eben schon gesagt, ist es kein Wachstum nur für sich selbst, sondern es hat den Menschen in dieser Stadt genützt: Es haben mehr Menschen Arbeit gefunden.

Die Frage der Inneren Sicherheit ist ebenfalls erwähnt worden. Es ist eine sehr sachliche Feststellung, daß Großstädte andere Probleme als Flächenländer haben. Selbstverständlich muß man diese Probleme anders lösen als beispielsweise in Lüneburg. Diese Studie ist zu einem erstaunlichen Ergebnis gekommen. Die Situation hat sich verbessert. Sie können ihre Statistiken in Frage stellen. Wir sind auf einem guten Wege. Die Studie hat vor allem dazu beigetragen, dieses Thema endlich einmal von der Hysterie zu lösen, die Sie in den letzten Wochen verbreitet haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zum Schluß möchte ich noch etwas Erfreuliches vermelden. Die Studie hat eindeutig gesagt, daß die Investition in das Humankapital dieser Stadt eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen ist, die in Deutschland anstehen. Daß gerade Hamburg hier spitzenmäßig ist, ist mehrfach betont worden. Das macht eine kluge Politik aus. Wir investieren in die Menschen, die in dieser Stadt leben. Wir investieren in ihre Zukunft, und wir haben den Haushalt in dieser Frage so modernisiert, daß wir das auch in Zukunft weiter tun können.

(Farid Müller GAL)

- A Wenn man sich die Zeiträume ansieht, in der diese Studie erhoben wurde, kann ich nur sagen, wir haben in dieser Stadt über ein Jahr mitregiert

(Glocke)

– ich komme zum Schluß – und Grün tut Hamburg gut. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Hackbusch.

(*Jürgen Schmidt SPD: Airbus! – Dr. Roland Salchow CDU: Ihm sind die Tränen gekommen!*)

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die eben geführte Debatte hat gezeigt, Wahlkampf und Ranking haben etwas gemeinsam: Sie scheinen gemeinsam zu verdummen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Herr Salchow hat recht, wenn er sagt, man kann das Ranking nicht heranziehen. Worin liegt der Neuigkeitswert, wenn gesagt wird, Hamburg ist seit Jahrzehnten

(*Petra Brinkmann SPD: Gut!*)

die reichste Stadt Europas? Das kann die SPD zehnmal zur Debatte anmelden und meinen, das sei das wichtigste Thema. Sie kann sich meinetwegen auch darauf ausruhen, aber es reicht nicht aus, um diese Debatte zu bestehen und deutlich zu machen, wo man eigentlich steht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und der CDU)

B

Die Information, Hamburg sei die reichste Stadt Europas, ist ein zentrales Moment, das in dieser Studie steht. Herr Zuckerer, Sie haben es selber dargestellt, es geht beispielsweise um die Höhe des Einkommens und wie hoch insgesamt das Bruttoinlandsprodukt ist. Wir wissen seit Jahrzehnten, daß das so ist. Das ist auch gut so. Aber das können Sie nicht als Wahlkampfschlager aufbauen.

Weiterhin gefällt mir nicht, daß Sie sich an den Rankings hochhalten und sagen, ich überlege mir gar nicht, was darin steht und was die Aktionsparameter sind. Gerade von Ihnen, Herr Zuckerer, bin ich enttäuscht, von Herrn Müller habe ich nichts anderes erwartet.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU)

Die Studie sagt deutlich, eine der wichtigsten Aktivitäten des Bundeslands Hamburg ist es, die öffentliche Beschäftigung herunterzufahren. Je geringer sie ist, desto höher ist nach dieser Studie, die Sie gut finden, das Aktivitätspotential und die Politik. Die öffentliche Beschäftigung ist insgesamt abzubauen, und derjenige, der möglichst viel abgebaut hat, bekommt in der Bertelsmann-Studie möglichst viele Punkte. Wer von den Sozialdemokraten will denn das unterstützen? Wo unterstützen Sie etwas unkritisch, nur weil Sie in irgendeiner Ranking-Liste oben an stehen und alle Ihre Inhalte vergessen? Das ist unsäglich.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und der CDU)

Die Studie sagt im wesentlichen, die Länder sollten untereinander in einen harten Wettbewerb treten, auch im Zusammenhang mit Steuern, mit Lohn und sogar mit Tarif-

politik. Das ist das Ziel und die wichtigste Aussage dieser Studie, daß das erreicht werden soll.

(Beifall bei der CDU)

Ich war bisher immer mit Herrn Runde und mit Ihnen einer Meinung, daß ein Wettbewerb unter den Ländern um Lohn oder Tarife, Herr Pumm, oder um Steuern schlecht ist, weil so etwas Land gegen Land ausspielen wird. Die Studie, die das unterstützt, benutzen Sie als Argument dafür, daß es toll ist, wenn Hamburg an der Spitze steht. Nein, das kann nicht sein.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Sie werden erschreckt sein, wenn Sie erfahren, daß Sie daran gemessen werden und Ihnen gesagt wird, Sie haben noch nicht genug öffentliche Beschäftigung abgebaut. Das kann keine sozialdemokratische Politik sein. Da verraten Sie die.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Salchow, so aufgeregt habe ich Sie schon lange nicht gesehen.

(*Petra Brinkmann SPD: Richtig! – Dietrich Wersich CDU: Sie waren ja auch nie da!*)

Sie hatten auch eine verdammt schwierige Aufgabe. Sie durften auf der einen Seite nicht so aussehen, als würden Sie diese Stadt miesmachen. Auf der anderen Seite mußten Sie das, was hier angemeldet ist, auch konterkarieren, und Sie haben sich dann in die clowneske Rolle geflüchtet.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es fehlte bei Ihnen geradezu, daß Sie den Wissenschaftlern aus Würzburg oder der Bertelsmann-Stiftung vorwerfen, irgendwie mit der hamburgischen Sozialdemokratie verfilzt zu sein.

Die Zeitschrift „Die Woche“ hatte in der letzten Ausgabe eine schöne Überschrift, auf die wir Hamburger richtig stolz sein können: „Labskaus vor Lederhose“.

Was meinen Sie, wenn das umgekehrt gewesen wäre,

(*Petra Brinkmann SPD: So ist es!*)

wie stolz der „Focus“ und die Bayern darüber gewesen wären? Also sollten wir Hamburger uns darüber freuen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist ein schöner Erfolg, daß nach einem Ranking von „Focus“ – ideologisch völlig unverdächtig – jetzt auch die Bertelsmann-Stiftung zu einem solchen Ergebnis kommt. Ich habe auch den Zwischenruf von Herrn Kruse sehr wohl vernommen, es liege nicht an der Politik, sondern daran, daß Hamburg aus sich heraus so gut ist. Dazu sagt die Studie:

„Ob es Bürgern in den Ländern gut oder etwas weniger gut geht, hängt nicht nur von Glück oder Pech ab, es ist immer auch das Ergebnis konkreter Politik innerhalb eines bestimmten institutionellen Rahmens.“

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

D

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

- A Viel wichtiger ist aber bei einer solchen Studie, die den Zeitraum des letzten Jahrzehnts charakterisiert, welche Schlußfolgerungen wir für unser Handeln daraus ziehen. Das ist das eigentlich Wichtige. Man muß die Studie genau durchlesen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Und das haben Sie getan?)

– Das habe ich – im Gegensatz zu Ihnen – getan und meine Schlußfolgerungen daraus gezogen.

Es kommt erstens darauf an, auch für die Zukunft eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Herr Hackbusch, die Studie sagt nicht nur aus, daß wir im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sehr viel ausgegeben haben, sondern daß wir diese Arbeitsmarktpolitik sehr zielorientiert auf die Integration in den Ersten Arbeitsmarkt hinein angelegt haben. Das wird in der Studie ausdrücklich gelobt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aktive Arbeitsmarktpolitik war nie Sache der CDU. Sie müßten überlegen, ob Sie Ihr Wahlprogramm nicht ein Stück umschreiben. Da sollte es auch Lerneffekte geben. In Hamburg ist die Arbeitslosigkeit in dieser Zeit um ein Drittel zurückgegangen, und die Initiative für Arbeit und Ausbildung hat die richtigen Impulse gegeben. Es kommt darauf an, die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte zu bündeln und auf ein Ziel hin zu orientieren. Das haben wir in Hamburg geschafft.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Deswegen gilt es auch, an diesen Zielen anzuknüpfen. Das heißt, die Jugendarbeitslosigkeit muß in der kommenden Zeit – es gibt konjunkturell die Möglichkeit – halbiert werden. Wir müssen den Erwerbsanteil von Frauen weiter erhöhen. In der Studie steht auch, daß wir in Hamburg „einen extrem hohen Anteil an Teilzeitarbeit“ haben. Das ist natürlich Ergebnis aktiver Politik. Um diesen Erwerbsanteil von Frauen zu erhöhen, brauchen wir bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Dieses ist eine zentrale Aufgabe, damit wir auch in weiteren Studien vorne stehen.

B

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Wir stecken auch in Zukunft viel Geld in Bildung und Ausbildung. Die Studie ergibt, daß dieses Geld gut angelegt ist, weil Investitionen in Humankapital sinnvoll sind. Das bezieht sich auch dann auf Fragen wie „Sicherung der Lehrerversorgung“, „Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall“, „Ausbau von Ganztagsbetreuungsangeboten und Ganztagschulen“, „Verstärkung der Betreuungsmaßnahmen und Investitionen in die Schulen“.

Drittens: Daß das Thema Sicherheit die Menschen in der Großstadt besonders bewegt, ist kein überraschendes Ergebnis dieser Studie, das merken wir auch im Alltag. Wir werden dieses Thema nachher noch intensiver diskutieren. Die Studie betont ausdrücklich den Zusammenhang von Sozialpolitik und Kampf gegen Kriminalität. Da ist es zutreffend, wenn man bedenkt, wieviel Konflikte in einem Gemeinwesen aus nicht gelungener Integration und Reibung verschiedener Bevölkerungsgruppen entstehen können. Darüber, aber auch über die Schritte im Bereich der Inneren Sicherheitspolitik, werden wir uns noch in der weiteren Debatte am heutigen Tage auseinandersetzen.

Viertens sagt die Studie, daß eine konsequente Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsmodernisierung äußerst sinnvolle Investitionen in die Zukunft sind. Das gilt natürlich gerade für Hamburg, denn wir haben in den letz-

ten Jahren alles getan, um unseren Haushalt zu sanieren. Hamburg wird als Schlußfolgerung aus einer solchen Studie weiterhin eine grundsätzliche Finanz- und Haushaltspolitik betreiben. Die Allianz für Hamburg haben wir mit dem Ziel gegründet, eine für Hamburg vertretbare Lösung im Länderfinanzausgleich zu erzielen. Dafür gilt es, alle gesellschaftlichen Kräfte zu bündeln. Ich habe mich beim Lesen des Wahlprogramms der CDU gewundert, daß über den Finanzausgleich leider nichts drinsteht.

C

(Beifall bei der SPD)

Mittelfristig werden und müssen wir die Kreditaufnahme zurückführen, und ein ständiges Ziel bleibt die bürgerorientierte Verwaltung.

Fünftens: Hamburg hat in der Vergangenheit – das wird auch hervorgehoben – keine strukturkonservierende Subventionspolitik gemacht, sondern die Politik war und ist auf eine differenzierte Wirtschaftsstruktur und Existenzgründung gerichtet. Diese Mischung aus Tradition und Innovation macht in der Tat die Stärke der Hamburger Wirtschaft aus.

(Beifall bei der SPD)

Sechstens: Die Politik des Senats, die Kooperation mit den Nachbarn im Norden zu intensivieren, ist für Hamburg goldrichtig und zukunftsweisend. Wenn hier von den Autoren darauf hingewiesen wird, daß der A380 ein Glücksfall für Hamburg und für die Wirtschaftsstruktur der Zukunft sei, so kann ich das nur als eine Bestätigung unserer Politik sehen. Wir werden die Politik strategischer Allianzen fortsetzen.

Meine Damen und Herren! Die Bertelsmann-Studie bestätigt in vielerlei Hinsicht die Politik des Senats. Sie gibt aber auch eine Reihe Hinweise darauf, wo wir noch aktiver werden können, damit Hamburg seinen Vorsprung nicht verliert, sondern möglichst weiter ausbaut, wie wir es auch in den letzten Jahren geschafft haben.

D

(Dietrich Wersich CDU: Politikwechsel!)

Diese Hinweise machen die Studie so interessant und wertvoll, und daß ich mich über Platz eins freue, werden Sie mir nicht verdenken, Herr Wersich. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dobritz.

Werner Dobritz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Professor „h.c.“ Salchow, schon die triviale Art,

(Rolf Kruse CDU: Sie Schlingell! – Antje Blumenthal CDU: Können Sie mal das „h.c.“ zurücknehmen?)

wie Sie sich über anerkannte Wissenschaftler des Instituts der deutschen Wirtschaft und des Prognos-Instituts hergemacht haben, hat etwas von fürchterlicher intellektueller Morbidität.

(Beifall bei der SPD)

Die Verfasser haben Sie nicht gekannt, aber geahnt, wie Sie reden. Deshalb haben sie auch im Ländervergleich in ihrem Vorwort Friedrich Nietzsche mit dem Satz zitiert:

„Erkennen, das heißt: alle Dinge zu unserem Besten verstehen.“

(Werner Dobritz SPD)

- A Sie sind nicht dazu bereit, zu unserem Besten zu verstehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der Hamburger Politik geht es im Moment etwa so, wie es in den letzten Wochen dem FC Bayern München ergangen ist. Die waren immer Spitze auf Platz eins, und die Fans vieler Mannschaften hatten die Hoffnung, daß auch ihre Mannschaft einmal Deutscher Meister wird. Aber man wird den Platz eins im politischen Ranking nur dadurch erhalten, Herr Professor Salchow, indem man mit seinen Leistungen besser ist als der, der auf Platz eins steht, und dieses glaubt in dieser Republik bei Ihnen niemand.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Lassen Sie mich noch darauf hinweisen, daß dieses Ranking im übrigen 1998 mit der zweiten Periode schließt. Ich gehe davon aus, daß, wenn man es von 1998 bis 2001 fort schreibt, die Werte noch viel besser sein werden.

Meine Damen und Herren! Ich will zwei, drei Bereiche herausgreifen, da Herr Hackbusch gesagt hat, wir hätten unsere Inhalte verraten. Nun kenne ich ja aus alten Juso-Tagen, wie Trotzlisten mit Sozialdemokraten umgehen. Aber, Herr Hackbusch, wir haben die Inhalte nicht verraten. Es ist natürlich richtig, daß es einen sachgerechten Anteil an öffentlich Beschäftigten und Beschäftigten im Bereich des gesamten Arbeitsmarkts gibt. Wir haben auch abbauen müssen, aber in dieser Stadtrepublik ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren um über 30 000 zurückgegangen, nicht alleine aus demographischen Gründen, sondern weil natürlich kluge Unternehmer und Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Politik dazu beigetragen haben, daß in dieser Stadtrepublik 30 000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen worden sind, und das ist politischer Inhalt von Sozialdemokratie.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein zweiter Punkt. Die Gutachter sagen, die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik trage eindeutig skandinavisches Profil: Eine aktive Strategie, ein überproportionaler Anstieg von Ausbildungsstellenrelation, das Engagement des Staates wird sichtbar, um die Bürger in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe werden konsequent anreizhemmende Faktoren abgebaut und Menschen darauf hingewiesen, daß sie selbst einen Beitrag zur Reintegration in den Arbeitsmarkt leisten müssen; das ist doch optimal.

(Dr. Roland Salchow CDU: Und keiner klatscht, obwohl es optimal ist!)

Es gibt einige weitere Punkte, die zu erwähnen sind und die ich herausgreifen möchte, weil wir in den letzten Wochen darüber diskutiert haben. Berlin wurde uns gerade von der Opposition vorbildhaft als die im Wettbewerb mit uns stehende und unsere Positionen gefährdende Großstadt vorgehalten. Berlin nimmt in diesem Ranking Platz 14 ein mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit, unterdurchschnittlichen Wachstumsraten und überdurchschnittlich hoher Kriminalitätsstatistik. Und wenn das, was in diesen Tagen in Berlin passiert – 6 Milliarden DM zusätzliches Defizit bei einer staatseigenen Bank –, wenn das, was am 1. Mai in Kreuzberg passiert ist, in Hamburg passiert wäre, dann hätten Sie guten Grund, jeden Tag eine Presseerklärung abzugeben, aber so nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Lassen Sie mich zum Fazit der Studie kommen. Erfolgreich ist man als Bundesland, wenn man konsequent auf Wachstumspolitik mit den Rahmenbedingungen setzt, die auch der Bürgermeister geschildert hat. Die Politik in Hamburg ist darauf angelegt, sie wird auch in Zukunft darauf angelegt sein. Wenn ich noch ergänzen darf: Wenn es metropolbezogene Probleme im Bereich Innere Sicherheit gibt, dann hat auch die Politik für problembezogene Antworten zu sorgen, und der neue Innensenator hat damit begonnen. – Danke schön.

C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Professor Salchow.

Dr. Roland Salchow CDU: Über den volkswirtschaftlichen Sinn solcher komischen Additionsmuster wird Rolf Kruse gleich noch etwas sagen.

Aber zunächst zur ständigen Behauptung, Hamburg sei auf Platz eins. Nehmen Sie einmal Seite 4 und Seite 5 dieser Studie, es sind zwei Rankings.

(Dr. Holger Christier SPD: Das steht in sämtlichen Zeitungen bundesweit so!)

In dem Ranking, das den Ist-Zustand von Einkommen und so weiter mißt – das mittlere Einkommen war in Hamburg immer so –, steht Hamburg auf Platz eins. Im zweiten gleichwertigen Ranking – das ist das politische Aktivitäts-Ranking, das ist das interessante – steht Hamburg nicht auf Platz eins. Durch ständiges Wiederholen, Herr Dobritz, wird es nicht richtiger. Hamburg steht da nicht auf Platz eins.

D

Jetzt nenne ich einmal die Plätze: Erster Platz Bayern, zweiter Platz Baden-Württemberg, dann Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Niedersachsen. Kommt dann endlich Hamburg? Nein, dann kommt sogar das Saarland. Das Saarland war sonst auf dem 15. Platz, hat seit drei Jahren aber Hamburg überholt. Und warum? Weil es eine neue CDU-Regierung hat.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Vergleichen Sie doch einmal die beiden Rankings der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Tatsache ist doch, daß in den letzten drei Jahren in diesem Punkt das Saarland von Platz 15 an Hamburg vorbeigezogen ist. Und kommt nach dem Saarland endlich Hamburg? Nein, nach dem Saarland kommt Nordrhein-Westfalen, ein Flächenland, dann kommt Hessen, und dann kommen bis auf Bremen nur noch ostdeutsche Länder, und dazwischen liegt Hamburg. Wenn Sie hier also sagen, Hamburg stünde auf Platz eins, dann stimmt das einfach nicht.

Rankings kann man in meinen Augen dann seriös machen, wenn man das pro Parameter macht, zum Beispiel ein Hochschul-Ranking, ein Ranking der Inneren Sicherheit, meinetwegen auch des Einkommens. Aber das mit irgendwelchen Gewichtungsfaktoren zu addieren und dann künstlich ein Fünftel Gewichtungsfaktor vor die Innere Sicherheit zu setzen, ist Nonsens.

Der Bürgermeister hat schon im Dezember das „Focus“-Ranking gemacht.

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Ich?)

– Er hat es genannt. – Er hat das „Focus“-Ranking hier zu einem wichtigen Punkt gemacht, und ich will noch einmal

(Dr. Roland Salchow CDU)

A wiederholen, was die „Morgenpost“ selbst zu diesem „Focus“-Ranking geschrieben hat.

(Oh-Rufe bei der SPD)

Als Argument Nummer eins steht da: „Abends tobt das Leben in Kneipen“, „Nettes Shoppen für Yuppies in überdachten Passagen“, „Segeln auf der Alster“. Das waren die Punkte, weswegen im „Focus“-Ranking Hamburg auf Platz eins war. Das mit den Yuppies als ein Lob für die Senatspolitik zu nehmen, ist goldig.

(Beifall bei der CDU)

Dagegen halte ich ein Ranking wie zum Beispiel das zur norddeutschen Hochschulausstattung für seriös. Bei der norddeutschen Hochschulausstattung ist Hamburg fast am unteren Ende. Das ist ein wahres Ranking und beschreibt die Situation. Auch ein seriöses Ranking ist das mit der Straffälligkeitsrate; da ist Hamburg weit vorne. Wenn Sie seriös sind, dann nehmen Sie Rankings pro Parameter, und da werden Sie genau sehen, was richtig ist.

(Barbara Duden SPD: Sie glauben immer nur die miesen Sachen!)

Im übrigen, Herr Dobritz, noch ein letztes Wort. Ich finde es vom Polit-Stil her unmöglich, Leute der anderen Parteien mit dem Wort „Trotzkist“ zu bezeichnen; ob das stimmt, weiß ich nicht einmal. Und bei mir können Sie sich das „h.c.“ auch sparen, weil das nicht stimmt. Das ist typisch für Ihren miesen Stil, Herr Dobritz. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Hajduk.

B

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Professor Salchow, ich gehe so weit mit Ihnen mit zu sagen, daß man die Studie in Fünf-Minuten-Beiträgen hier nicht erschöpfend würdigen kann und sie je nach Blickwinkel viele Fragen offenläßt. Aber eines möchte ich ganz deutlich sagen: Sie haben uns noch einmal verschiedene Rankings präsentiert, das war auch nicht geschummelt, die gibt es ja. Aber welcher Aufgabe sollten wir uns stellen? Wir sollten uns der Aufgabe stellen, nicht nur statisch zu denken, sondern die Politik danach zu beurteilen, welche Richtung diese Regierung vorgenommen und zu verantworten hat. Bei dem Aktivitätsindex können wir, wenn man das denn unglaublich spannend findet, wenigstens sehen, daß es von 1996 bis 1998 in Hamburg deutlich vorangegangen ist. Das kann diese rotgrüne Regierung für sich in Anspruch nehmen, und das ist nicht falsch.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist wirklich nicht trivial – ich glaube, das haben Sie auch nicht ernst gemeint –, daß Hamburg seinen Abstand zu den anderen Ländern und vor allen Dingen zu den anderen Stadtstaaten weiter ausgebaut hat. Das ist nicht das Wichtigste, aber es ist schon ein Drama, was in Berlin passiert, und wenn die Politik schlecht ist, dann bekommen Sie Riesenprobleme in einer Stadt. Der Berliner Regierende Bürgermeister hat sich einem strikten Konsolidierungskurs verweigert, und man sieht, was dabei herauskommt. Politisch ist Berlin bei der Handlungsunfähigkeit angelangt. Das haben wir hier nicht, und das nehmen wir für uns als Erfolg in Anspruch.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte auch ganz deutlich sagen, daß ich es eine schon fast unpolitische Sichtweise des REGENBOGEN finde, wenn nicht erkannt wird – ich weiß, daß die CDU das nicht mittragen würde –, daß wir 230 Millionen DM für Beschäftigungsmaßnahmen ausgeben. Diese Entscheidung haben wir getroffen, und sie ist nicht von Rahmenbedingungen anderer Länder und vom Bund abhängig. Sie hat zu einem massiven Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen. Das verringert das Armutsrisiko in einer dicht besiedelten Region und ist eine der größten Herausforderungen, die Metropolen grundsätzlich zu bestehen haben.

C

Wenn Sie also das Heil in der öffentlichen Beschäftigung sehen und es nicht hinbekommen, die Konsolidierung des Haushalts zu balancieren mit einer Beschäftigungspolitik im Ersten und Zweiten Arbeitsmarkt, wenn Sie das nicht als eine vernünftige sozialpolitische Perspektive sehen, dann sind Sie in einer Statik gefangen, wo man für die Bevölkerung keine Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt in ausreichender Weise bereitstellen können.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir fühlen uns auch darin bestätigt, daß wir in das Humankapital – kein sehr schöner Begriff, aber es wird so genannt – investieren. Wir haben – das muß die CDU auch langsam akzeptieren – keine Schande auf uns geladen, die meisten Abiturienten zu haben, sondern das ist etwas Sinnvolles.

(Hartmut Engels CDU: Das ist ein sehr zweischneidiges Argument!)

Da wird sich hoffentlich auch die Münchner Politik mal anstrengen. Es ist nichts Schlechtes, daß wir eine hohe Abiturientenquote haben; die Anforderungen des neuen Arbeitsmarkts und die zukünftigen Wissensforderungen werden das abverlangen.

D

(Beifall bei der GAL und der SPD – Wolfgang Beuß CDU: Gleichzeitig haben Sie 30 Millionen DM in den Schulen eingespart!)

Ein Hochschul-Ranking ist richtig und wichtig, und wir stehen vielleicht noch nicht da, wo wir stehen wollen. Aber die Richtung, die wir eingenommen haben, eine Steigerung in den Investitionen im Hochschulbereich in dieser Legislaturperiode von über 15 Prozent durchzusetzen, ist richtig. Wir nehmen auch für uns in Anspruch, die Investitionen in Humankapital zu steigern, nicht als einziges, aber als ein Schwerpunkt der rotgrünen Regierungspolitik. Das haben wir vorangetrieben, das fällt auch nicht vom Himmel, und das ist eine Entscheidung, die man bei einer schwierigen Haushaltsslage erst einmal durchsetzen muß, und damit sind wir durchaus zufrieden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte mit einem Thema abschließen, das wir vielleicht in zwei Wochen noch einmal haben werden. Ich sehe diese Studie durchaus kritisch in der Weise, daß sie zumindest so kommentiert wird, sie würde den Wettbewerb der Länder predigen. Ich lese die Ergebnisse durchaus anders. Bestätigt wird vielleicht ein Wettbewerb der Regionen, aber es wird ganz deutlich, daß die Hamburger Politik auf dem richtigen Weg ist, nicht in Konkurrenz mit Nachbarländern – das sage ich auch zum Stichwort Länderfinanzausgleich –, sondern in Kooperation mit dem Umland zu agieren. Da müssen die anderen Stadtstaaten von uns noch lernen. Hamburg liegt zwar auf Platz eins im Ranking, geht aber trotzdem solidarisch mit den Nachbarregionen seinen Weg. Darin liegt eine vernünftige Richtung,

(Anja Hajduk GAL)

- A und auch das halte ich für eine wichtige politische Strategie, die wir unterstützen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Hackbusch.

(*Ole von Beust CDU: Trotzlist!*)

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Meine Damen und Herren! Wir wollen nicht alte Geschichten aufarbeiten, sondern die neue Politik diskutieren. Erst einmal zum Ranking im allgemeinen. Ich glaube, daß nach dem heutigen Tag die SPD aufhören sollte, diese Rankings anzumelden. Morgen wird zum Beispiel im „Stern“ erscheinen: „Spitzenreiter Hamburg in der Kriminalität“. Alles wird durcheinandergewirbelt, was man im Kriminalitätsbereich nur kennt. Das Ranking wirkt so, als wenn in Hamburg sonst was für ein Desaster wäre. Derjenige, der das dargestellt hat, sagt deutlich, diese Rankings sind unsinnig, wenn man sie nur so darstellt. Nicht nur für Kriminalität, sondern dann auch, wenn es Ihnen in den politischen Kram paßt, sollten Sie nicht so eine verdummende Politik machen und versuchen, etwas zu erklären.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU)

Zwei inhaltliche Punkte, die immerhin diskutiert worden sind, möchte ich gerne aufnehmen. Das eine bezieht sich noch einmal auf die Arbeitsplätze. Herr Dobritz, ich freue mich über jeden der 30 000 Arbeitsplätze, die im privaten Bereich entstanden sind. Das ist gut und wichtig für diese Stadt, und es ist gut, wenn man so etwas fördert. Das Problem ist – da nehmen Sie vielleicht einmal Nachhilfeunterricht bei Herrn Professor Hajen –, daß es bestimmte Theoretiker in der Wirtschaftswelt gibt, die sagen, solche Arbeitsplätze werden nur dann entstehen, wenn der öffentliche Bereich kräftig abgebaut wird; dies auch für Sie, Frau Hajduk. Das heißt, wenn man möglichst wenig Arbeitsplätze im Bereich des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Unternehmen hat, wird es private neue Arbeitsplätze geben. Das ist eine falsche Theorie, und diese Vorstellung ist schlecht.

Das Schlimme an dieser Bertelsmann-Studie ist, Herr Professor Hajen, daß als positiver Faktor dargestellt wird, möglichst viele Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich abzuschaffen, denn derjenige, der die meisten Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich abgebaut hat, bekommt möglichst viele positive Aktivitätspunkte, und das ist eine schlechte Sache. Herr Dobritz, sagen Sie doch bitte dazu etwas und nicht zu irgendwelchen anderen Fragen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es ist neoliberale, dumme Ideologie, die zum Teil durch diese Studie unterstützt wird, das muß man hier auch einmal sagen können, und die leider auch mit einem guten Namen wie Bertelsmann dann und wann verbunden dargestellt wird. Setzen Sie sich einmal mit dem auseinander, warum man Aktivitätspunkte bekommt, ob das gut oder schlecht ist, und nehmen Sie sie nicht unkritisch hin und sagen, sie ist toll in dem Augenblick, wo wir auf Platz eins stehen. Das ist verdummende Wahlkampfpolitik. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Senator Dr. Mirow.

Senator Dr. Thomas Mirow: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich würde mich gern mit der zentralen These der CDU auseinandersetzen, daß es zwischen der Entwicklung, die die Studie festgestellt hat, und der Politik der Stadt eigentlich keinen rechten Zusammenhang gibt. Ich will dies gern anhand des vielleicht interessantesten Textteils der Studie tun, nämlich dem jeweiligen Schluß bei den einzelnen Länderberichten, der Einschätzung. Diese Einschätzung enthält aus meiner Sicht ganz klar die Wiederlegung Ihrer These.

Da heißt es erstens:

„Hamburg wurde von den Strukturkrisen der 70er- und 80er-Jahre hart getroffen. Besonders die seehafennahen arbeitsintensiven Branchen mußten sich den veränderten internationalen Rahmenbedingungen stellen. Sie haben zwar eine nach wie vor nicht zu unterschätzende Bedeutung, werden aber zusehends durch neue innovativere Industrie- und Dienstleistungsbranchen ersetzt.“

Das ist natürlich sehr stark eine Leistung der Hamburger Wirtschaft, aber man wird wohl kaum leugnen können, lieber Herr Salchow, daß der Senat daran auch seinen Anteil hat, zum Beispiel durch Einrichtungen wie das MAZ und anderes mehr.

Dann heißt es zweitens:

„Zum einen wirken sich die Anstrengungen der Hansestadt, in das Humankapital der Bürger zu investieren, positiv aus.“

Ist das staatliches Handeln oder nicht?

Dann heißt es drittens:

„Eine langfristig orientierte Kooperationsstrategie der nördlichen Bundesländer ...“

Ist das Politik oder nicht? Und:

„Das frühzeitige Abrücken von der rein strukturkonservierenden Subventionspolitik hin zu einer stärker ausdifferenzierten Wirtschaftsstruktur- und Existenzgründungspolitik hat sich für Hamburg bezahlt gemacht.“

Ist das Politik oder nicht?

„Beispielhaft kann hierfür“

– das wird Herrn Hackbusch besonders gefreut haben –

„sicherlich die erfolgreiche Bewerbung der Hansestadt um den Bau des neuen Airbus-Großraumflugzeuges A380 genannt werden.“

Ist das Politik oder nicht?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann heißt es unmittelbar folgend:

„Schneller als in Berlin oder Bremen haben die hanseatischen Entscheidungsträger auch erkannt,“

– das ist ein wichtiger Punkt, der auch etwas mit einer öffentlichen Debatte zu tun hat, die in diesen Tagen, Herr Mehlfeldt, geführt wird –

„daß man die ‚Stadt als Unternehmen‘ für die Bürger verstehen und deshalb moderne, dienstleistungsorientierte Strukturen in den öffentlichen Sektor integrieren muß.“

Manches von dem, was insbesondere von den Kollegen der Handwerkskammer in diesen Tagen öffentlich geäußert

C

D

(Senator Dr. Thomas Mirow)

A wird, unterschätzt diesen Aspekt völlig. Wenn man das nicht gemacht hätte, stünde die Stadt viel schlechter da.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ist das Politik oder nicht?

Man mag es so oder so bewerten, aber wenigstens ist es Politik,

(Dr. Michael Freytag CDU: Falsche Politik!)

das hat Herr Salchow bisher gelehrt. Er hat mehr die These vertreten, das hätte mit Politik alles gar nichts zu tun. Wenn die falsche Politik, lieber Herr Freytag, zu Platz eins führt, dann kann irgend etwas in Ihrer Schlußfolgerung nicht stimmen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann heißt es unmittelbar anschließend:

„In diesem Zusammenhang ist auch das seit einigen Jahren durchgesetzte Konsolidierungsprogramm zu sehen.“

Ich denke, da werden wir uns einig sein, das hat auch etwas mit Politik zu tun und ist nicht einfach naturgewachsen. Lieber Herr Salchow, der Versuch, so zu tun, als ob das Gute und das Wettbewerbsfähige in dieser Stadt nichts mit Politik zu tun hätten und alle Schwierigkeiten, die es in einer Großstadt auch gibt, nur das Ergebnis falscher Politik seien, wird gründlich mißlingen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

„Die Freie und Hansestadt Hamburg“

– ich zitiere bezogen auf die Ausgangslage –

B „ist in beiden Beobachtungszeiträumen das erfolgreichste Bundesland.“

Das hat das „Hamburger Abendblatt“ mit der Überschrift versehen: „Hamburg ist Spitze“,

(Dr. Michael Freytag CDU: Hamburg ja, aber nicht der Senat!)

und das ist keine falsche Interpretation. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dobritz.

Werner Dobritz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will eines klarstellen und zwei Sachanmerkungen machen. Herr Salchow, soweit ich Sie durch meine Bemerkung verletzt haben sollte, nehme ich diese zurück. Aber ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn Sie sich hier hinstellen und Professoren des Instituts der deutschen Wirtschaft, des Prognos-Instituts, der EU-Kommission, allesamt C-4-Professoren, die im Beirat dieser Bertelsmann-Stiftung sitzen und die das mit abgenommen haben, sozusagen Trivialität und die Fähigkeit zu trivialem wissenschaftlichen Verständnis unterstellen, dann müssen Sie sich auch darauf gefaßt machen, daß es so, wie man in den Wald hineinruft, auch zurückschallt. Dann müssen Sie auch ein bißchen mehr Nehmerqualitäten haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sorry, falls ich was falsch gesagt habe, dann nehme ich das auch zurück.

(Antje Blumenthal CDU: Falls? Sie haben es falsch gesagt!)

C Ich möchte noch zwei Bemerkungen machen, weil es sehr darauf ankommt, daß man das, was in dieser Studie formuliert worden ist, auch so aufnimmt und bewertet. In dieser Studie wird zum Beispiel etwas herausgestellt, das ich ganz wichtig für den Politikansatz der letzten Jahre finde, nämlich eine hohe Kooperationsbereitschaft mit den norddeutschen Nachbarländern. Ich glaube, dies ist etwas gewesen, das uns anderthalb bis zwei Jahrzehnte daran gehindert hat, das eine oder andere optimal hinzubekommen, und dieses wird gewürdigt.

Ich habe im übrigen, Herr Hackbusch, deutlich klargestellt, daß es beim Abbau im Bereich des öffentlichen Beschäftigungssektors nur insoweit um den Abbau geht, als der öffentliche Beschäftigungssektor nun einmal gezwungen ist, aus den Steuereinnahmen heraus selbst seine Arbeitsplätze finanzieren zu müssen. Insofern ist der Abbau keine Antibeschäftigungspolitik, sondern er steht in einem sehr engen Zusammenhang mit der Finanzkraft dieser Stadt.

Weiterhin sollten wir uns vor Augen führen – auch dies sagt die Studie eindeutig –, daß Hamburg eine geringe Insolvenzhäufigkeit hat. Auch dies ist ein Verdienst der Maßnahmen der Freien und Hansestadt und ihrer Politik.

Ich möchte mit zwei Punkten abschließen, die mir wichtig sind. Wörtlich heißt es dort:

„Das frühzeitige Abrücken von der rein strukturkonservierenden Subventionspolitik hin zu einer stärker ausdifferenzierten Wirtschaftsstruktur- und Existenzgründungspolitik hat sich für Hamburg bezahlt gemacht.“

Das ist wirklich ein Erfolg gegenüber vielen anderen, die viel zu lange strukturkonservativ verharren haben.

D Im Bereich der Beschäftigungspolitik erscheint mir im Hinblick auf den Arbeitsmarkt ein Sachverhalt wichtig. Dort heißt es:

„Was die Fähigkeit des Hamburger Arbeitsmarkts angeht, sich auf veränderten Anpassungslasten eines modernen Dienstleistungszentrums einzustellen, so lassen sich für Hamburg zwei Instrumente erkennen, die auf eine große Flexibilität hindeuten. Zum einen hat die Hansestadt einen extrem hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten vorzuweisen, und zum anderen entwickelt sich die Frauen-Beschäftigungsquote in die richtige Richtung.“

Darüber hinaus – wir haben hier schon einmal Zu- und Abwanderungsdebatten geführt – ist deutlich geworden, daß wir, wenn wir das Umland nicht mit berücksichtigen, bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland eine hohe Zuwanderung nach Hamburg haben. Diese Zuwanderung bezieht sich vor allen Dingen auf junge Frauen zwischen 25 und 35 Jahren.

Platz eins zu erreichen ist schwer; Platz eins zu halten ist noch viel schwerer. Nichts ist nicht so gut, als daß wir es nicht noch besser machen könnten, und wir hoffen, dies auch in Zukunft tun zu können. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Kruse.

Rolf Kruse CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als ich vor zehn Tagen die Kurzfassung dieser Studie sah, habe ich mich gefreut.

(Beifall bei Dr. Andrea Hilgers SPD)

(Rolf Kruse CDU)

- A Ein Hamburger freut sich, wenn Hamburg vorne ist. Das ist gar keine Frage.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Nun habe ich die Langfassung gelesen.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Das hätte ich nicht gemacht!)

Da habe ich als Ökonom Probleme bekommen. Die Studie ist nicht sauber. Herr Bürgermeister, ich finde es schön, daß sie auch im Internet ist. Beunruhigen muß ja nicht, daß wir gut sind – das wissen wir.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Wer ist denn jetzt „wir“?)

Dann sehe ich mir aber das Sozialprodukt an und was wir in den Länderfinanzausgleich zahlen müssen. Dies ist die augenblickliche Situation. Spannend ist die Entwicklung, nach der wir – so hieß es vor einiger Zeit im „Focus“ – beim Nachvormarschieren eher langsamer sind, wir verlieren also unseren Status. Deswegen, verehrter Herr Zuckerer, hätte ich dieses Thema nicht angemeldet. Ich hätte alle Nichthamburger glauben lassen, wir sind so gut, wie Bertelsmann aufgeschrieben hat. Das stimmt aber leider nicht. Sie können das nachlesen. Natürlich haben wir Wahlkampf, und jeder weiß, wie man Ranking macht. Die Bewertungslage ist immer auch subjektive Einschätzung von Wissenschaftlern.

(Antje Möller GAL: Sprechen Sie jetzt doch über die Studie!)

Über die Relation eins zu fünf in bezug auf Kriminalität und Sozialhilfe kann man wirklich streiten. Aber das gefällt mir nicht, Herr Bürgermeister. In dieser Woche hat „Focus“ kein Ranking zur Kriminalität gemacht, sondern einfach abgezählt.

B

Und bitte keinen Ländervergleich. Wenn wir im Finanzausgleich ehrlich gewinnen wollen – das ist unser gemeinsames Anliegen –, gibt es keinen Ländervergleich, sondern nur einen Vergleich von Großstädten: Vergleichbares mit Vergleichbarem. Insoweit ist dieses Ranking ein bißchen unehrlich. Es schmückt, es ist nett, aber wenn wir uns darüber streiten, machen wir eher einen Fehler gegenüber Dritten. Im übrigen ist Wahlkampf, und Eigenlob stinkt ein bißchen. Lassen Sie es nach.

(Beifall bei der CDU und Oh-Rufe bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD:* Meine Damen und Herren! Wir würden Ihnen sofort recht geben, daß Eigenlob sinkt, aber wir können uns leider nicht der Tatsache erwehren, daß der „Focus“ ein positives Ranking über Hamburg abgegeben hatte, ebenfalls der ADAC, von dem wir es niemals erwartet hätten.

(Beifall bei der SPD)

Daß jetzt sogar völlig unverdächtige konservative Ökonomen – bei einigen würde ich sogar zugeben, daß ich deren Wirtschaftstheorie nicht unbedingt anhängen –

(Beifall bei Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Hamburg an die Spitze hieven, ist vielleicht nicht das Problem. Es ist auch nicht das Problem, Herr Dr. Salchow, ob wir über Trivialität reden. Wir können das auf einen relativ

schlichten Punkt bringen: Die Freie und Hansestadt steht im ökonomischen Erfolg sehr, sehr weit vorne, und an ihm haben viele Bürger dieser Stadt sowie die Wirtschaft Anteil.

C

(Rolf Kruse CDU: Und die Steuerzahler!)

Vielleicht können Sie die zentrale Frage beantworten, welchen Anteil die Politik hat. Zu sagen, alles, was in der Stadt gut ist – der ökonomische Erfolg, die Arbeitslosenquote, das Einkommen der Menschen, der Strukturwandel, der Aufbruch in die New Economy –, ist nicht das Verdienst der Politik, weil es Top ist. Politik ist nur, was schlecht ist, und das kann nicht stimmen. Es würde mich wundern, warum Sie im Wahlkampf so sehr um Ihre eigene Mehrheit kämpfen wollen, wenn Politik mit dem Erfolg dieser Stadt eigentlich nichts zu tun hat. Das ist nicht erklärbar.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn der gesamte Erfolg dieser Stadt politikfern ist, dann vermisse ich bei Ihnen die Frage, was wir falsch machen. Ich würde jederzeit eine Debatte mit Ihnen darüber führen, was an unserer Wirtschaftspolitik falsch war, aber Sie kritisieren gar nicht, was daran falsch ist. Das müssen Sie sich sagen lassen, weil Sie in diesem Hause und in dieser Stadt seit vier Jahren jede wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Kompetenz abgegeben haben und gar nicht versuchen, sie zurückzubekommen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir können gern darüber diskutieren, was eine ökonometrische Analyse wert ist, die zwei Dutzend verschiedene Parameter in einem Aktivitätskegel zusammenfaßt. Bayern hat den höchsten Aktivitätskegel, aber ist nicht Spitze. Da muß irgend etwas nicht stimmen. Wir haben einen mittleren bis schlechten, sind aber Spitze. Dann stimmt vielleicht der Parameter bei den Aktivitätspegeln nicht. Darüber könnte man reden. Aber dann, Herr Dr. Salchow, kann man nicht sagen, der Erfolg ist trivial, aber Bayern ist Spitze.

D

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn Sie die Studie kritisieren, können Sie nicht sagen, sie ist vor allem in bezug auf Hamburg methodisch problematisch, aber Bayern und Baden-Württemberg sind Spitze.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich bin für eine versachlichende Auseinandersetzung. Alle Rankings haben ihre Probleme. Es geht um Politik, also müssen wir versuchen, den Standort unserer Politik zu lokalisieren. Darüber können wir uns gerne mit Ihnen auseinandersetzen. Aber Sie können nicht sagen, der Erfolg dieser Stadt habe nichts mit Politik zu tun. Das ist Unsinn. Er hat nichts mit der Opposition zu tun. Das ist richtig.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kruse, Sie haben gesagt, wir sollten uns mit Blick auf die Verhandlung und die Situation im Länderfinanzausgleich nicht streiten.

(Rolf Kruse CDU: Nein, nein, so habe ich das nicht gesagt!)

Es ist einiges dran, wenn man in dieser Studie die Position Hamburgs ansieht und unsere Ausgangsposition in bezug

(Anja Hajduk GAL)

- A auf die Wirtschaft und Steuerkraft vor den Ausgleichszahlungen.

Eines vermisste ich aber gerade vor dem Hintergrund dieser Studie. Ich weiß, daß Sie für den Wettbewerb plädieren und einen Steuerwettbewerb in der Region für sinnvoll halten. Wie beurteilen Sie die Ergebnisse dieser Studie, die sich deutlich damit äußert, daß gerade Bremen noch lernen muß, nicht aggressiv mit dem Umland zu konkurrieren? Die Studie sagt, kooperativ Standortvorteile mit Umlandgemeinden zu erarbeiten, sei die richtige Perspektive; das sehe man am Beispiel Hamburgs.

(Rolf Kruse CDU: Das haben wir in vierzehn Tagen!)

Vor dem Hintergrund, daß diese Studie ausführt, der Wettbewerb der größeren Regionen höre nicht an der Grenze auf, möchte ich wissen, warum Sie sich dafür aussprechen, daß damit ein Steuerwettbewerb, wie ihn diese Studie im Kommentar fordert, zu vereinbaren ist. Der Streit um den Länderfinanzausgleich, den wir systembedingt haben, zeigt, daß Hamburg als Stadtstaat gut beraten ist, immer mit Blick über die Grenzen hinaus zu agieren, sehr wohl im eigenen Interesse, aber nicht in einem kleinkariert gedachten Steuerwettbewerb mit Umlandgemeinden. Dazu fehlt mir von Ihnen eine Aussage. Das hat wiederum sehr viel mit der politischen Entscheidung der jeweiligen Regierung zu tun und nicht mit einer Struktur, die man vorfindet, sondern wie wir intelligent und vernünftig mit dem Problem der Suburbanisierung, des Wegzugs sowohl von Menschen als auch von Gewerbe umgehen. Gegenwärtig ist ein Steuerwettbewerb, wie Sie ihn propagieren, ein großer Fehler für die Region. Dann wäre es keine Selbstverständlichkeit, diesen Platz eins, wie man ihn jetzt feststellen kann, zu halten.

- B (Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte eine Frage an den Abgeordneten Hackbusch stellen. Herr Hackbusch hat einen bedingten Reflex gezeigt: Wenn er vom Thema „Öffentliche Beschäftigung“ hört, liest er sofort hinein, da will jemand eine falsche Theorie verwirklichen. In Wahrheit sagt die Untersuchung zunächst etwas anderes. Sie stellt nämlich dar, daß es der Stadt Hamburg gelungen ist, durch ihr sogenanntes Konsolidierungsprogramm dafür zu sorgen, daß im öffentlichen Dienst weniger Leute beschäftigt sind. Dieses hat die Mehrheit in der Bürgerschaft gewollt, und der gehörte zu Beginn der Legislaturperiode auch der Abgeordnete Hackbusch an. Ich gehe davon aus, daß das noch immer ein erstrebenswertes Ziel war und ist, weil wir auf diese Weise dafür gesorgt haben, daß die Staatsschulden der Zukunft geringer werden und die zukünftigen Abgeordneten der nächsten Legislaturperioden deswegen handlungsfähiger sind, als wenn wir das nicht gemacht hätten. Das ist die Realität.

(Wolfhard Ploog CDU: Das ist Ihre politische Aussage!)

Ob in der Studie neben dieser Realität, die in der Statistik abgebildet wird, eine falsche wirtschaftswissenschaftliche Theorie verbreitet wird, ist eigentlich egal. Deswegen würde ich gern vom Abgeordneten Hackbusch wissen, ob

er das Konsolidierungsprogramm aufkündigen will oder nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Hackbusch.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Sag ja oder nein!)

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will nur kurz darauf antworten, denn wir haben ja noch eine Debatte vor uns in der Aktuellen Stunde. Es geht nicht um das Konsolidierungsprogramm, sondern es geht um eine Theorie. Lesen Sie in der Bertelsmann-Studie, dort wird deutlich gesagt: In die Betrachtung der Aktivität eines Staates fließt ein, daß man möglichst wenig Beschäftigte im öffentlichen Bereich hat, und derjenige, der am wenigsten öffentliche Beschäftigte hat, bekommt Pluspunkte im Aktivitätsbereich, egal ob man einen Plus- oder Minus-, ob man einen Schuldenbereich hat.

Das sollte Sie, Herr Pumm, als ver.di-Vizevorsitzenden, oder auch Herrn Grund besonders interessieren, daß es ein entscheidender Faktor ist: Je weniger öffentliche Beschäftigte es gibt, desto besser ist man im Aktivitätsbereich. Das ist nur mit neoliberaler Theorie zu erklären. Dazu könnte Herr Hajen vielleicht noch etwas sagen.

(Anja Hajduk GAL: Das ist doch nicht die Frage; das wissen wir doch auch!)

Unabhängig davon war die Frage, ob ich für die Konsolidierung bin. Insgesamt ist die Konsolidierung natürlich etwas Positives,

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke, der SPD und der GAL)

aber die Probleme bleiben. Wir werden das noch mehrfach debattieren, wenn Sie auf Bundesebene unseriös agieren. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich rufe das zweite Thema der Aktuellen Stunde auf. Von der CDU-Fraktion wurde angemeldet:

Wann übernimmt Frau Roth Verantwortung?

Das Wort hat Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind alle erschüttert über die unsäglichen Vorgänge im Maßregelvollzug im AK Ochsenzoll. Es ist schlimm zu sehen, wie Menschen zu Triebtätern werden und wie Vergewaltigung oft für ihr Leben gezeichnete und geschädigte Opfer hinterläßt. Es ist gut, wenn die Täter ermittelt werden, dingfest gemacht und verurteilt werden, was leider auch nicht immer geschieht. Es ist eine Katastrophe, wenn diese Täter dann aus der staatlichen Obhut heraus erneut Vergewaltigung begehen können.

(Beifall bei der CDU)

Diese Katastrophe wird zum politischen Skandal, wenn versucht wird, dies zu vertuschen, und sich die zuständige Senatorin mit flapsigen Reaktionen ihrer Verantwortung entzieht. Das ist für die Hamburger Bürger unerträglich, Frau Roth.

(Dietrich Wersich CDU)

A (Beifall bei der CDU und bei *Julia Koppke REGENBOGEN – für eine neue Linke*)

Während die CDU gestern konkrete Schritte zur Verschärfung des Maßregelvollzugs vorgelegt hat, flüchtet sich Frau Roth wieder einmal in die Gründung von Kommissionen: eine im Krankenhaus, eine außerhalb des Krankenhauses, getreu dem Motto „Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründ’ ich einen Arbeitskreis.“ Diese Kommission, Frau Roth, ist ein untaugliches Beruhigungsmittel für die Öffentlichkeit. Konsequenzen sind jetzt gefragt. Dazu liegen unsere Vorschläge auf dem Tisch.

Aber das letzte Ereignis ist nur eines in einer ganzen Kette von Fehlleistungen, die Ihre Amtszeit als Sozialsenatorin von Anfang an wie ein roter Faden durchziehen. Nur ein paar Beispiele:

Heroinambulanz in Hohenfelde. Mit Ihrer rücksichtslosen Politik haben Sie Vertrauen und Akzeptanz in der Bevölkerung verspielt.

(*Antje Möller GAL*: Das ist doch Blödsinn!)

Auch hier Ihre Reaktion: Sie gründen eine Kommission, einen Beirat, der jetzt, erst zwei Jahre nachdem der Modellversuch auf den Weg gebracht wurde, das durch Sie zerstörte Vertrauen in der Stadt wiederherstellen soll.

Die Schuldenkrise der Betriebskrankenkasse der Stadt Hamburg hat mit Versagen Ihrer Versicherungsaufsicht Pflegedienste und Krankenhäuser in eine Existenzkrise gestürzt und wird auf dem Rücken der Patienten ausgetragen.

Seit Ihrer Amtszeit haben Sie das PUA-Aktenchaos in Ihrer Behörde nicht in den Griff bekommen und sogar den PUA behindert. Ihr damaliger Ausspruch, daß alle fraglichen Akten in dubio pro PUA vorgelegt würden, wurde monatelang Lügen gestraft, indem die BAGS immer erst neue Akten vorgelegt hat, als die Untersuchungskomplexe schon lange abgeschlossen waren.

B Sie haben sich öffentlich in Ihrer eigenen Hundeverordnung verheddert.

Sie ließen, als unkontrolliert Hunderte von Tonnen britischen Rindfleisch aus genau dem Schlachthof in England, an dem zum ersten Male MKS aufgetreten ist, über Hamburg verteilt wurden, am Flughafen Wurstbrote konfiszieren. Ein Beispiel für Ihren Umgang mit Verantwortung war Ihre damalige Reaktion: Sie beriefen sich auf Unkenntnis und eine vermeintliche Lüge eines Veterinärs, der sofort suspendiert wurde, und gegen drei weitere haben Sie Ermittlungen eingeleitet.

(*Ole von Beust CDU*: Bauernopferpolitik!)

Ganz im Gegenteil zum PUA: Bis heute gab es keine Konsequenzen. Sie haben bisher gegen keinen einzigen Verantwortlichen Ermittlungen eingeleitet, obwohl der gesamte PUA massive Verstöße gegen Recht und Gesetz zum Schaden der Stadt festgestellt hat.

Wenn es nicht um Ihre eigenen Interessen geht, Frau Roth, wollen Sie offenbar die Probleme aussitzen und hoffen, daß mit dem Wahltermin alles vergessen wird.

(Beifall bei der CDU)

Aber für Ihr Krisenmanagement, für Ihren politischen Vertrauensverlust in der Stadt, für Ihre Fehlleistung muß der Wahltag zum Schlußtag Ihrer Amtszeit werden. Ihre Politik, Frau Roth, schadet Hamburg und hat keine Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Petersen. C

Dr. Mathias Petersen SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns geht jede Vergewaltigung in Hamburg an, jede einzelne Tat entsetzt uns. Unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme gilt jedem Vergewaltigungsoffer. Wir sind aber empört, daß die CDU genauso wie die rechtspopulistische PRO-Partei aus dem Leiden und der Not der Opfer von Sexualverbrechen parteipolitisches Kapital schlagen will.

(Beifall bei der SPD – Buh-Rufe bei der CDU – *Antje Blumenthal CDU*: Wer hat denn geantwortet, wer hat denn Sprüche gekloppt? Das war Frau Roth. Das ist unverschäm, was sie sagen!)

Das haben die Opfer und deren Angehörige nicht verdient.

(Beifall der SPD – *Antje Blumenthal CDU*: Aber auch nicht die Sprüche von Frau Roth!)

Aufgrund der tragischen, bedauernswerten Vorgänge im Bereich der Klinik Ochsenzoll hat es Konsequenzen gegeben. Der verantwortliche Leiter des Klinikums ist versetzt worden. Expertengremien werden Vorschläge erarbeiten, die sehr schnell zu einer Optimierung der Behandlung psychisch kranker Straftäter führen und damit für mehr Sicherheit für die Hamburgerinnen sorgen. Für dieses konsequente Vorgehen trägt Frau Senatorin Roth Verantwortung.

(Zurufe von der CDU)

Für uns steht fest, daß die Therapie den besten Schutz vor Sexualtättern darstellt, aber nicht jeder Täter ist mit den heutigen Mitteln der ärztlichen Kunst therapierbar. Für diese Straftäter müssen wir nach Regelungen suchen, D

(*Antje Blumenthal CDU*: Mit Schlüssel!)

wie die Gefährdung der Bevölkerung verhindert werden kann. Wir werden Ihre Vorschläge hierzu aufnehmen und an geeigneter Stelle erörtern.

(*Ole von Beust CDU*: Jahre später!)

Nur eines wollen wir sicher nicht: bayerische Verhältnisse. Dort sind im letzten Jahr 62 Insassen aus dem Maßregelvollzug entwichen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Hört, hört!)

Wir wollen keine bayerischen Verhältnisse im Bereich unserer Drogenpolitik. Der restriktive, teilweise ignorante Umgang mit Drogenkranken hat dort dazu geführt, daß die Zahl der Drogentoten in Bayern stetig ansteigt. Der Hamburger Weg mit dem Methadon-Programm und den vielen Einrichtungen der Drogenhilfe gibt den Drogenkranken die Möglichkeit, therapiert zu werden. Konsequenterweise ist die Zahl der Drogentoten in Hamburg stetig zurückgegangen. Unsere sozialdemokratische, christliche Politik richtet sich an den Menschen,

(*Ole von Beust CDU*: Vor allem an die Dealer! – *Wolfgang Beuß CDU*: Wahlkampf!)

auch an die Drogenabhängigen. Auch hierfür trägt Frau Senatorin Roth Verantwortung.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Stefan Schulz CDU*: Aber nicht mehr lange!)

Die großen Verbraucherkrisen BSE und MKS haben auch die Hamburgerinnen und Hamburger verunsichert. Eine

(Dr. Mathias Petersen SPD)

- A konsequente Verbraucherpolitik gibt allen Beteiligten mehr Sicherheit. Auch hierfür trägt Frau Senatorin Roth Verantwortung. In Hamburgs Parks und Straßen sind praktisch keine freilaufenden gefährlichen Hunde mehr zu sehen.

(Zurufe von der CDU)

Die rasche, konsequente Umsetzung der gerichtsfesten Hundeverordnung hat Hamburg sicherer gemacht. Auch hierfür trägt Frau Senatorin Roth Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hamburgs Krankenhausplanung mit dem Neubau des Krankenhauses Barmbek, eine der modernsten Kliniken Europas, unterstreicht die Metropolfunktion Hamburgs in der Krankenversorgung. Auch hierfür trägt Frau Senatorin Roth Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich gehe davon aus, daß die Frage, wo Frau Senatorin Roth Verantwortung trägt, ausreichend beantwortet ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Dr. Freudenberg.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ziel des Maßregelvollzugs ist die Therapie und die Resozialisierung von psychisch kranken Straftätern.

(*Wolfgang Beuß* CDU: Deswegen braucht er auch einen Schlüssel!)

- B Sinn des Maßregelvollzugs ist gleichzeitig der Schutz der Allgemeinheit. Therapie und Resozialisierung sind nur mit Vollzugslockerungen möglich, denn ohne sie kann der Patient nicht auf ein Leben in Freiheit vorbereitet werden. Das Therapieziel ist, daß der straffällig gewordene Patient lernt, mit Freiheit umzugehen.

Therapie hat im Maßregelvollzug keinen Vorrang vor Sicherheit, sondern vielmehr geht es im Maßregelvollzug – so steht es auch im Gesetz – gleichwertig und gleichzeitig immer um beide Aspekte. Wer hier etwas anderes als zur Zeit die CDU behauptet, betreibt Volksverdummung, wenn nicht sogar Volksverhetzung und handelt unverantwortlich.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – *Antje Blumenthal* CDU: Gehen Sie mal auf die Oper ein!)

Meine Damen und Herren von der CDU! Wie gehen Sie mit diesem Thema um? Wann übernehmen Sie endlich die Verantwortung, die Sie als Demokraten haben?

(Beifall bei der GAL – *Ole von Beust* CDU: Im September! Das ist nicht mehr lange hin! – *Dr. Michael Freytag* CDU: Dieser Senat ist das Rückfallrisiko!)

– Ein Rückfallrisiko? Wir müssen die Situation einmal darstellen, wie sie ist, und das tue ich auch.

(*Dr. Michael Freytag* CDU: Das Risiko sind Sie!)

Ein Rückfallrisiko gibt es bei allen Straftätern, vor allem bei Sexualstraftätern und nicht nur bei denjenigen, die als psychisch krank und deshalb schuldunfähig angesehen werden. Wir müssen das Sicherheitsrisiko minimieren. Das ist unsere Aufgabe.

(*Antje Blumenthal* CDU: Wie machen Sie das?)

– Das werde ich gleich sagen.

C

Aber wir werden immer mit einem Restrisiko leben müssen. Die Alternative wäre, Straftäter nach der ersten Verurteilung lebenslang wegzusperren. Das ist unvereinbar mit unserem demokratischen Rechtsstaat.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Dr. Freudenberg, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Dorothee Freudenberg (fortfahrend): Nein, jetzt nicht. – Das Risiko der Wiederholungstat ist deutlich geringer, wenn ein Täter seine Strafe im Maßregelvollzug und nicht im Strafvollzug hinter Gittern verbringen mußte. Das ist auch der CDU bekannt, aber sie verschweigt es. Nach dem Maßregelvollzug gibt es bei Sexualstraftätern knapp 30 Prozent weniger Rückfälle als beim regulären Strafvollzug, bei dem rund 60 Prozent Rückfälle zu beklagen sind.

Keine Frage – jede Rückfalltat ist eine zuviel. Aber die deutlich besseren Ergebnisse des Maßregelvollzugs sind ein Grund dafür, daß die Gerichte immer mehr Sexualstraftäter nicht ins Gefängnis, sondern in die Psychiatrie, in den Maßregelvollzug, einweisen.

Das Gesetz schreibt vor, daß ein Täter nicht wesentlich länger im Maßregelvollzug untergebracht werden darf als im Strafvollzug, zu dem er ansonsten auf Grundlage seiner Tat verurteilt worden wäre. Der Behandlung sind also zeitliche Grenzen gesetzt, und der Patient muß irgendwann auch wieder entlassen werden, ob er geheilt ist oder nicht.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Dr. Freudenberg, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

D

Dr. Dorothee Freudenberg (fortfahrend): Nein. – Andreas P., der mit zwei Vergewaltigungen auf dem Klinikgelände die aktuelle Debatte um die Sicherheit und die Verantwortung der Senatorin im Maßregelvollzug ausgelöst hat, ist seit zehn Jahren im Haus 18 untergebracht.

(*Dietrich Wersich* CDU: Kennen Sie eigentlich die Einzelheiten?)

Wäre er aufgrund seiner Taten ins Gefängnis gekommen, hätte er dort seine Strafe verbüßt, wäre er längst entlassen worden. Ob das gutgegangen wäre, wissen wir nicht. Im Haus 18 wurde er im Rahmen der Therapie auf seine Entlassung vorbereitet. Das ist nur durch stufenweise Vollzugslockerungen möglich. Die Lockerungen in Form unbeaufsichtigter Freigänge erfolgten aufgrund von Fehlbeurteilungen seiner Entwicklung. Zu dieser Fehlbeurteilung wiederum kam auch ein externer Gutachter, was die Erfahrung bestätigt, daß auch Zweitgutachter zu Fehleinschätzungen kommen können.

Natürlich muß gewährleistet sein, daß ein Präses der Gesundheitsbehörde unverzüglich über besondere Vorkommnisse – dazu zählen selbstverständlich Straftaten wie Vergewaltigungen – informiert wird, denn letztendlich hat die Spitze der Behörde die Verantwortung.

Selbstverständlich müssen auch die Sicherheitsvorkehrungen in der forensischen Psychiatrie neu überprüft werden. Das passiert zur Zeit auch.

(Glocke)

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt** (unterbrechend): Frau Dr. Freudenberg, Ihre Redezeit ist um.

Dr. Dorothee Freudenberg (fortfahrend): Es wird zur Zeit polizeilich ermittelt und im Einzelfall genau analysiert, wo hier die Sicherheitslücken waren. Das ist notwendig, und es ist gut, daß es geschieht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke.* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Gestaltung des Maßregelvollzugs ist genauso wie im Strafvollzug immer eine Gratwanderung zwischen Sicherheitsbedürfnis der Allgemeinheit und dem Anspruch auf Wiedereingliederung der Patientinnen. Und wie das bei der Gratwanderung so ist, kann es keine einfache Hauruck-Lösung eines schwierigen Problems geben; das gilt besonders für den Maßregelvollzug. Die Debatten darüber müssen deshalb im Bewußtsein darüber geführt werden, wie schnell und wie brutal durch plumpe Allgemeinplätze die Personengruppe der Patientinnen noch mehr als ohnehin schon stigmatisiert werden, und das scheint im Moment in dieser Stadt mal wieder einigen völlig egal zu sein.

Wer jetzt wieder vorschnell „Sicherheit vor Therapie“ ruft, als ob das so einfach zu verkürzen wäre, der stellt gefährlich schnell Stimmungsmache vor Objektivität, und das darf trotz allem Wahlkampf nicht passieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

B

Zum Hintergrund der Debatte: Es soll wieder eine neue Kommission geben, die sich mit Haus 18 befaßt. Vielleicht befassen wir uns aber erst einmal mit den Ergebnissen der schon arbeitenden Kommission, die sich das Haus anguckt. Die Aufsichtskommission begutachtet zum Beispiel regelmäßig dieses Haus, und im letzten Bericht war nachzulesen, daß die dort getroffenen Sicherheitsvorkehrungen ausreichend sind. Dennoch konnten Leute verschwinden, dennoch konnten Menschen Verbrechen von dort aus begehen. Aber ist daran wirklich ein Fehler im System der Sicherheitsvorkehrungen schuld, oder sind es nicht vielmehr einzelne Fehlentscheidungen, die aufgrund der systematisch fehlenden Transparenz in ihrer fatalen Wirkung potenziert wurden?

Blieben wir doch kurz beim Bericht der Aufsichtskommission, denn da ist auch von der permanenten Überbelegung, der personellen Unterbesetzung und der permanenten Überlastung des Personals zu lesen, also eine Situation, eine Atmosphäre, in der Fehler häufiger geschehen als unter normalen Bedingungen. Wenn jetzt über Veränderungen im Maßregelvollzug geredet wird, dann darf die Debatte nicht darum gehen, neue Regelwerke übers Knie zu brechen, sondern es muß darum gehen, die Bedingungen erst einmal so zu gestalten, daß Einzelfehler minimiert werden und alle Beteiligten davon einen Vorteil haben, sowohl die Öffentlichkeit als auch die Mitarbeiterinnen und vor allem die Patientinnen, denn das heißt, die bekannten und bereits dokumentierten, überall nachlesbaren und schon diskutierten Mißstände endlich zu beseitigen. Damit muß jetzt angefangen werden.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Die andere Debatte ist natürlich die Debatte darum, wer tatsächlich die Verantwortung für diese Mißstände, für diese systematisch fehlende Transparenz trägt. Dazu muß natürlich mal wieder deutlich gemacht werden, daß hierfür eine Senatorin die Verantwortung trägt, genauso wie für die Überbelegung in diesem Haus und die viel zu dünne Personaldecke. Und natürlich trägt sie die Verantwortung dafür – nicht nur als Senatorin, sondern auch als zuständige Aufsichtsratsvorsitzende –, wenn in ihrem Laden auf allen Ebenen die Transparenz fehlt. Und ganz besonders trägt sie die Verantwortung für ihre Äußerungen zu bestimmten Problemen, und daran muß man sie heute auch noch einmal messen. Dazu möchte ich gleich ganz deutliche Worte der Entschuldigung von Ihnen hören,

(*Ole von Beust* CDU: Stimmt, ist falsch zitiert worden! – *Dr. Roland Salchow* CDU: Verkürzt!)

oder Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, nicht adäquat mit der Situation umgegangen zu sein.

Frau Roth, Sie haben sich hier zu entschuldigen und nicht nur hier, sondern auch bei allen Opfern, die in der Vergangenheit mit Vergewaltigung konfrontiert worden sind.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Dafür tragen Sie Verantwortung, und natürlich wird das um so schlimmer, je mehr man das in die Reihe all des Versagens stellt, das in der Behörde in der letzten Zeit deutlich geworden ist. Herr Wersich hat es deutlich gemacht: BSE, MKS, das Heroin-Modell. Es ist ein Berg des Versagens, nur glaube ich nicht, daß es nur an der Behördenleitung liegt, sondern es gibt auch Probleme, deren Ursachen in der Behörde an sich zu suchen sind. Die Kollegin Anna Bruns hat einmal eindrucksvoll die BAGS mit dem AKW Tschernobyl verglichen.

D

Der Vergleich läßt sich sicherlich heute weiterspinnen. Es hat lange, zu lange gedauert, aber irgendwann haben sie in Tschernobyl angefangen, das Problem zu lösen. Das AKW ist stillgelegt,

(*Ole von Beust* CDU: Einbetoniert!)

aber es sind noch lange nicht alle Gefahren, die davon ausgehen, beseitigt. Es kann aber ein wunderbares Vorbild für eine Problemlösung in Hamburg sein.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist um.

Lutz Jobs (fortfahrend): Ich komme zum Schluß. Die BAGS ist vergleichbar mit Tschernobyl, also muß der erste Schritt der Problemlösung die Stilllegung der Mammutbehörde und die Neustrukturierung der BAGS sein, und zwar bevor der Laden hochgeht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst mein Bedauern ausdrücken, daß durch Patienten des Maßregelvollzugs anderen Menschen Schaden zugefügt wurde. Ich bedauere es sehr, daß im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen im Klinikum Nord in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, Vergewaltigungen seien mei-

(Senatorin Karin Roth)

A ner Meinung nach Bagatelldfälle. Eine solche Haltung widerspricht sowohl meiner persönlichen Auffassung als auch meinen politischen Zielen, für die ich mich einsetze. Diese Entschuldigung habe ich bereits öffentlich ausgesprochen und möchte sie hier noch einmal ausdrücklich wiederholen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Vorfälle im Klinikum Nord haben den Maßregelvollzug erneut in den Brennpunkt der öffentlichen Diskussion gestellt. Klar ist, daß notwendige Sicherheit und erforderliche Therapie keine Gegensätze sein dürfen, und in Hamburg tragen wir Verantwortung dafür, damit sie es auch nicht sind.

Der Maßregelvollzug – Frau Freudenberg hat es sehr deutlich ausgeführt – ist keine verkappte lebenslange Strafe für Sexualstraftäter. Er ist vielmehr ein gerichtlich verfügtes Instrument, um den Patienten familiär, sozial und beruflich wieder einzugliedern. Aber es soll zugleich auch, und das muß auch sein, den Schutz der Allgemeinheit gewährleisten.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Senatorin, es gibt die Bitte um eine Zwischenfrage. Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Senatorin Karin Roth (fortfahrend): Nein. – Sicherheit und Therapie gehören zusammen. In der forensischen Psychiatrie arbeiten qualifizierte und hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch die aktuellen Ereignisse sind die Grundlagen und Erfolge ihrer therapeutischen Arbeit leider in den Hintergrund getreten; auch das darf man nicht vergessen. Ich möchte diesen Mitarbeitern in solch schwierigen Stunden ausdrücklich meine Anerkennung für ihre schwierige Arbeit sagen.

(Beifall bei der SPD)

Je nach Therapiefortschritt gibt es im Maßregelvollzug die Möglichkeit, abgestufte Lockerungsmaßnahmen zu gewähren. Dazu zählen zeitlich befristete begleitete und unbegleitete Ausgänge auf dem Klinikgelände und darüber hinaus.

(Wolfgang Beuß CDU: Mit Schlüsselgewalt!)

Die Entscheidung über diese abgestuften Lockerungsmaßnahmen erfolgt durch eine genaue Begutachtung und je nach Therapiefortschritt. Im Klinikum Nord muß vor einem ersten, unbegleiteten Freigang neben dem Leiter der forensischen Psychiatrie auch der Ärztliche Direktor des Klinikums zustimmen. Das ist in der Tat eine hohe Verantwortung für die betreffenden Personen. In speziellen Fällen erfolgt zudem eine externe Begutachtung. Obwohl beide Täter, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen, vor den Vollzugslockerungen auch extern begutachtet wurden, ist es zu den schrecklichen Ereignissen im Klinikum Nord gekommen. Dies zeigt, daß die Beurteilung menschlichen Verhaltens auch die Gefahr des Irrtums in sich birgt. Vollzugslockerungen ohne Restrisiko gibt es leider nicht. Dieses Risiko ist jedoch so weit wie möglich auszuschließen. Die davon ausgehenden Gefahren zu vermeiden, ist Ziel der internen und externen Begutachtung. Inwieweit dies durch weitere Einbeziehung von Dritten verbessert werden kann, muß vorbehaltlos geprüft werden.

C Festzuhalten ist, daß derzeit kein Sexualstraftäter im Maßregelvollzug im Klinikum Nord Freigang hat. Sofort nach Bekanntwerden der Vorfälle wurde von meiner Seite aus das Klinikum Nord aufgefordert, zukünftig regelhaft eine ergänzende externe Begutachtung aller Patienten vor dem ersten unbewachten Freigang vorzunehmen. Ich habe veranlaßt, daß sämtliche Lockerungen anderer Patienten zunächst intern und umgehend auch extern überprüft werden. Gleichzeitig mußte ich im Rahmen der Ereignisse aber auch feststellen, daß die vertraglich festgelegte Informations- und Meldepflicht des Klinikums Nord nicht eingehalten wurde. Deshalb habe ich sofort entschieden, eine unabhängige Sachverständigenkommission einzusetzen, die umgehend die zutage getretenen Defizite untersuchen soll.

Diese Kommission soll darüber hinaus Vorschläge machen, wie diese Mängel behoben und das Verfahren der Vollzugslockerungen verbessert werden kann. Vor allem die Frage, in welcher Form die Staatsanwaltschaft und weitere Behörden einbezogen werden sollen, gilt es im Rahmen dieser Sachverständigenkommission zu klären.

Unabhängig davon wurden bereits Maßnahmen eingeleitet, die keine gesetzlichen Änderungen voraussetzen. Der zwischen dem LBK und der BAGS geschlossene Vertrag wurde dahin gehend geändert, daß nunmehr erstens eine ergänzende, externe gutachterliche Stellungnahme vor einer erstmaligen Entscheidung über die Vollzugslockerung eingeholt wird, zweitens die bereits 1999 eingerichtete Sicherheitskommission im Klinikum Nord ihre Arbeit dauerhaft fortsetzt und auch externen Sachverständigen mit einbezieht und drittens bei besonderen Vorkommnissen die Mitteilungspflicht konkretisiert wird.

D Im aktuellen Fall hatte der Täter für seine Aufgaben im Transportbereich aufgrund der Therapieeinschätzung verschiedene Schlüssel erhalten.

(Ole von Beust CDU: Auch für die Freizeit!)

Schlüssel für Maßregelvollzugseinrichtungen befanden sich nicht in seinem Besitz.

(Dietrich Wersich CDU: Da wurde er auch so rausgelassen!)

Der LBK-Vorstand prüft nunmehr durch Einholung eines Gutachtens, ob die ärztliche Entscheidung zur Vollzugslockerung aus damaliger Sicht begründet war.

(Ole von Beust CDU: Er hat ihn in der Freizeit gehabt, das ist das Problem!)

Mit sofortiger Wirkung hat der Vorstand des LBK entschieden, Patienten im Maßregelvollzug nicht mehr bei Transportleistungen einzusetzen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das ist eine weise Entscheidung!)

Darüber hinaus ist auch geklärt, daß keine Patienten mehr im Rahmen anderer Aufgaben Schlüssel bekommen. Eine interne Schwachstellenanalyse soll klären, wie es zu diesen Ereignissen gekommen ist. In Hamburg gibt es im Vergleich zu anderen Bundesländern eine hohe Akzeptanz des Maßregelvollzugs.

(Antje Blumenthal CDU: Bei wem?)

Das liegt auch daran, daß wir als politisch Verantwortliche Rahmenbedingungen und einen sicheren Maßregelvollzug schaffen. Dafür investieren wir in diesem Land jährlich rund 17 Millionen DM und für einen Erweiterungsbau, um die

(Senatorin Karin Roth)

- A Situation, Herr Jobs, zum Beispiel im Klinikum Nord zu verbessern, zusätzlich 21 Millionen DM.

Auch im Bundesvergleich können wir uns messen lassen. Warum hat die CDU-Opposition nicht einen Vertreter aus einem CDU-regierten Bundesland, wie beispielsweise Bayern, eingeladen? Dort sind im vergangenen Jahr immerhin 62 Patienten aus dem Maßregelvollzug entwichen, die bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Lockerungen hatten.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das rechtfertigt die Schlamperei nicht!)

Das zeigt nur, daß alle Länder Probleme mit dem Maßregelvollzug haben. Insofern kann man hier nicht auf andere zeigen, sondern muß auch Verantwortung wahrnehmen. Unsere Verantwortung ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die dem Anspruch auf Sicherheit und Schutz der Bevölkerung ebenso Rechnung tragen wie dem Recht der Patientinnen und Patienten. In unserer Verantwortung liegt es, bei erkannten Unzulänglichkeiten einzugreifen und strukturelle Verbesserungen vorzunehmen, und das haben wir getan.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Nach unserer Geschäftsordnung haben jetzt noch alle Fraktionen und die Gruppe die Möglichkeit zu einer Wortmeldung in der zweiten Runde.

Das Wort hat Herr Röder.

- B **Berndt Röder** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Einlassungen der Senatorin fand ich bis auf die heute erfolgte Entschuldigung vor dem Plenum mehr als unangemessen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben sich erneut der politischen Verantwortung verweigert und im übrigen mit Ihren Einlassungen dafür Sorge getragen, daß die Akzeptanz für den Maßregelvollzug in der Bevölkerung weiter sinkt und nicht steigt.

(Beifall bei der CDU)

Frau Senatorin, Sie haben Ihr Amt mit breitem Goodwill, von allen Fraktionen in diesem Hause getragen, begonnen. Sie haben es aber geschafft, diesen Goodwill weitestgehend zu verspielen.

(Beifall bei der CDU)

Die scheinbarweise Aufdeckung der skandalösen Vorgänge in und um Ochsenzoll ist nicht vertretbar. Es ist neben der Therapie auch Aufgabe des AK Ochsenzoll, Straftaten aus der gesicherten Unterbringung heraus zu verhindern. Es ist unerträglich, daß man in diesem Zusammenhang dann lesen muß: „Freigänger aus geschlossener Psychiatrie vergewaltigte zwei Frauen.“ „Klinikchef: So etwas kann passieren.“ Genau dies darf nicht passieren, und Sie haben keine hinreichenden Vorkehrungen getroffen, daß derartiges nicht passiert. Sie haben statt dessen nach den Vorfällen die Äußerung von sich gegeben, erstens davon nichts gewußt zu haben und zweitens dafür nicht zuständig zu sein. Das ist nicht neu, das haben wir von Ihnen bei anderen Dingen auch gehört. Schon beim MKS-Fall waren Sie unwissend, und in Ochsenzoll gibt es wiederum ein Informations- und Erklärungsproblem.

Frau Senatorin, Sie sind zuständig für den Landesbetrieb Krankenhaus und das Klinikum Nord. Ihre Behörde führt

die unmittelbare Aufsicht über die geschlossene Psychiatrie für Triebtäter. Sie sind damit politisch für die massiven Sicherheitsmängel in Haus 18 und die Vertuschungsversuche der letzten Tage verantwortlich. Wann stehen Sie eigentlich politisch zu Ihrer Verantwortung?

(Beifall bei der CDU)

Das Krankenhaus Ochsenzoll hat in den vergangenen Jahren schon mehrfach für unrühmliche Schlagzeilen gesorgt. Dieses Krankenhaus nicht besonders im Blick gehabt zu haben, ist ein Fehler, der im übrigen das Faß zum Überlaufen bringt, denn die stadtbekanntesten Vorfälle der letzten Zeit hätten längst Veranlassung sein müssen, sich vertieft mit den Abläufen und Verantwortlichkeiten zu befassen. Erst jetzt, nach den neuerlichen, zutiefst bedauerlichen Vorfällen, wird eine sogenannte Expertenkommission eingesetzt. Zu diesen Straftaten hätte es wahrhaftig nicht kommen müssen, wenn Sie rechtzeitig eingegriffen hätten.

Auf das Informationsdefizit nach den Vergewaltigungsfällen angesprochen, wehren Sie sich mit einem Satz, der in dieser Republik Gott sei Dank nahezu einmalig ist. Es ist doch wohl das Mindeste, daß sich die für das Allgemeine Krankenhaus Ochsenzoll zuständige Senatorin über damit im Zusammenhang stehende schwere Straftaten – dazu gehört Vergewaltigung – informieren läßt. Auch wenn Sie sich auf Druck der Öffentlichkeit zunächst halbherzig entschuldigt haben – heute sehr viel umfassender –, ist allerdings festzuhalten, daß Ihre Aussage schockierend, unerträglich und unverständlich ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Sie muß den Opfern wie Hohn in den Ohren geklungen haben. Hamburger, vor allem aber Hamburgerinnen, die Ihnen diese Äußerung und vor allem die dahinterstehende Einstellung verzeihen, müssen schon sehr belastbar sein.

(Beifall bei der CDU)

Und, Herr Kollege Petersen, zu dieser Äußerung hat niemand die Senatorin gezwungen, schon gar nicht die CDU, da dürfen Sie ganz sicher sein. Ihre politischen Bemerkungen hierzu fand ich völlig daneben.

(Beifall bei der CDU)

Der Bürgermeister saß bei der Pressekonferenz neben der Sozialsenatorin. Er wurde bei der Äußerung zwar blaß, das kann ich gut verstehen, aber er trat dieser Äußerung auch nicht entgegen. Es wird zunehmend deutlich, daß die Richtlinienkompetenz, die wir neu in die Verfassung eingeführt haben, offenbar auf Ihren Vorgänger zugeschnitten war. Sie selber wollen oder können sie nicht ausüben.

(Beifall bei der CDU – *Wolfgang Beuß* CDU: Tut er vielleicht noch!)

Vielmehr haben Sie in dieser Pressekonferenz der Sozialsenatorin ausdrücklich Ihr vollstes Vertrauen ausgesprochen, und damit, Herr Bürgermeister, tragen Sie nun zunehmend Verantwortung für die Fehlleistungen der Senatorin.

(Beifall bei der CDU)

Wieviel im übrigen, Frau Senatorin Roth, ein solcher Vertrauensbeweis des Bürgermeisters in dieser Stadt ebenso wie die Rede des Abgeordneten Dr. Petersen wert sind, können Sie am ehemaligen Kollegen Wrocklage ermessen.

Bürgermeister Runde am 18. Mai: „Hartmuth Wrocklage genießt mein Vertrauen.“ 20. Mai: „Die Frage, Wrocklage im Amt zu halten, stellt sich ebenso wenig wie daß der

C

D

(Berndt Röder CDU)

A Pressesprecher degradiert werden soll.“ Und ich füge hinzu: Am 28. Mai tritt Wrocklage zurück.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

Berndt Röder (fortfahrend): Ich komme zum letzten Satz. – Frau Senatorin, Sie wirken in Krisenzeiten hilflos, angeschlagen und überfordert, Sie sind eine Belastung für diese Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Brinkmann.

Petra Brinkmann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Röder, irgendwann muß es auch einmal gut sein.

(Lachen bei der CDU)

Die Senatorin hat sich zweimal in der Öffentlichkeit für diesen Ausrutscher entschuldigt, und sie hat es hier sehr ausführlich noch einmal gemacht. Wir alle sind Menschen, jedem kann so etwas passieren; Ihre breiten Ausführungen dazu hätten Sie streichen können.

(Beifall bei der SPD – *Antje Blumenthal* CDU: Und die Opfer?)

Ich möchte für meine Fraktion ganz klar darstellen, daß die Vorkommnisse im Klinikum Nord in den letzten Wochen von uns sehr bedauert werden und ganz schrecklich waren. Aber eines, meine Damen und Herren sowohl von der CDU-Opposition als auch vom REGENBOGEN, werden wir uns nicht nachsagen lassen. Wir werden uns die Qualität dieses Hamburger Maßregelvollzugs von Ihnen nicht kaputtreden lassen.

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß* CDU: Das ist kaputt!)

Der Maßregelvollzug in Hamburg zeichnet sich durch drei Kriterien aus, die ich hier gerne benennen möchte. Das sind erstens eine hohe Qualität, zweitens eine große Akzeptanz bei der Bevölkerung

(Lachen bei der CDU)

und drittens wenig Zwischenfälle im Gegensatz zu anderen Bundesländern.

Ich möchte die einzelnen Punkte einzeln ausführen, damit sie auch klar und deutlich für Sie werden. Die hohen Qualitätsstandards haben wir sowohl im therapeutischen Bereich – die therapeutischen Konzepte werden ständig überprüft und weiterentwickelt, und eine gute Therapie ist der beste Schutz für die Bevölkerung; das haben Sie offensichtlich noch nicht ganz verstanden –

(Beifall bei der SPD)

als auch bei den baulich-technischen Sicherheitsmaßnahmen.

(*Dr. Stefan Schulz* CDU: Aber wenn jeder einen Schlüssel hat!)

Offensichtlich sind Sie von der Opposition noch niemals in Haus 18 gewesen. Die baulichen Sicherheitsmaßnahmen ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Raum. C

Petra Brinkmann (fortfahrend): ... in Haus 18 entsprechen eindeutig den baulichen Sicherheitsmaßnahmen im Strafvollzug, zum Beispiel in Fuhsbüttel.

Zu Punkt 2, der hohen Akzeptanz in der Bevölkerung: Dieses Thema begleitet alle anderen Bundesländer fast tagtäglich, zumindest alljährlich. In Hamburg gibt es diese Debatte, wenn es hoch kommt, alle sechs bis sieben Jahre, wenn Vorkommnisse gewesen sind, das ist eine ganz große Besonderheit. Ich möchte daran erinnern, daß wir das letzte Mal beim Fall Holst darüber debattiert haben, das ist jetzt sechs Jahre her, und da hat es dann auch Konsequenzen gegeben. Das ist eine Besonderheit – ich komme nachher noch ausführlicher zur Statistik, die Herr Petersen schon angeführt hat – im Verhältnis zu anderen Bundesländern.

Eine zweite Akzeptanz der Bevölkerung wird dadurch deutlich, daß es uns gelungen ist, eine Erweiterung des Maßregelvollzugs im Klinikum Nord vorzunehmen, ohne daß es in der Bevölkerung Kritik oder Initiativen dazu gegeben hätte, denn wir sind schon etwas weiter, als die CDU denkt.

(Zurufe von der CDU: Schlimm genug! – Fünf Minuten!)

Wir haben bereits Beiräte, es gibt einen Stammtisch Langhorn, der regelmäßig informiert wird, und insofern ist die Bevölkerung aufgeklärt und weiß Bescheid.

(*Ole von Beust* CDU: Stammtischniveau! Das ist doch nicht Ihr Ernst?) D

Der dritte Punkt, den ich noch einmal ausführlich aufnehmen möchte, sind die Zwischenfälle im Vergleich zu anderen Bundesländern. Und das macht ganz deutlich, welche Qualität Hamburg dort hat. Herr Petersen ist bereits darauf eingegangen, daß es in Ihrem Musterländle Bayern, das Sie ja gestern in der Pressekonferenz als Musterländle bezeichnet haben – in Baden-Württemberg ist es genauso, Sie können auch von dort die Zahlen hören –, 62 Ausbrüche im Jahre 1999 nicht von Freigängen, sondern direkt aus dem Maßregelvollzug heraus gegeben hat.

(*Antje Blumenthal* CDU: Wie viele Verbrechen daraus? – *Ole von Beust* CDU: Wie viele?)

– Natürlich hat es daraus auch Verbrechen gegeben. Gucken Sie sich doch an, wie die zum Teil gewesen sind.

In Hamburg hat es zum Beispiel seit 1987 aus dem Haus 18 einen einzigen Ausbruch gegeben.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist beendet.

(Beifall bei der CDU und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Petra Brinkmann (fortfahrend): Ich komme zum Schluß. – Es mag den einen oder anderen Fehler gegeben haben, aber die Qualität dieses Maßregelvollzugs in Hamburg lassen wir uns nicht zerreden.

(Lachen bei der CDU und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir im Moment einen Stand in dieser Debatte erreicht haben, der hochnotpeinlich ist.

(Ole von Beust CDU: Richtig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der CDU, Sie haben unter der Überschrift „Wann übernimmt Frau Roth Verantwortung?“ eine Debatte angemeldet, die ein sehr ernsthaftes und schwerwiegendes Thema zum Hintergrund hat, und machen so eine lächerliche Inszenierung daraus.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Jede inhaltliche Debatte, schon die von Herrn Petersen, von Frau Freudenberg und jetzt auch von Frau Brinkmann, wird durch Ihr unsägliches Dazwischengerede unterbrochen. Die Senatorin hat sich hier zum wiederholten Male für die Bemerkung und das, was damit verbunden war, entschuldigt. Und dann müssen wir uns hier den Vizepräsidenten der Bürgerschaft anhören, der sagt, das haben wir gehört, gilt aber nicht, und er haut noch einmal in dieselbe Kerbe. Das ist weder dem Amt noch der Person angemessen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Sudmann.

B **Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke:** Ich glaube, in einem Punkt sind wir uns auf dieser Seite des Hauses einig, daß die CDU dieses Thema auch für einen billigen Wahlkampf nutzt, und zwar nicht nur einen billigen, sondern einen sehr schlechten, da sie wieder mit den Ängsten der Bevölkerung spielt.

Aber einen Punkt muß ich noch einmal erwähnen. Ich habe mich eben gefragt, ob die CDU Frau Brinkmann heute gekauft hat. Sie haben dieser Debatte wirklich einen Bären dienst erwiesen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Frau Brinkmann, Sie sind auch symptomatisch für die Art und Weise, wie die SPD in dieser Stadt mit Problemen umgeht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Leider hat auch Frau Möller recht, wenn sie sagt, daß die CDU das hier ein bißchen ins Alberne ziehe. Sie dürfen bei mir gerne klatschen, aber mit Bravo-Rufen ist mir hier auch nicht gedient.

Ich will weiter sagen, warum ich finde, daß Sie und die SPD den Problemen in dieser Stadt nicht gerecht werden. Sie haben in Ihrer Rede Punkte aufgezählt, die wirklich widerlegt sind. Die baulichen Maßnahmen mögen ja ich weiß nicht welchen DIN- oder sonstigen Vorschriften entsprechen, daß Leute entweichen sind, zeigt aber doch, daß die Maßnahmen nicht so sind wie im Gefängnis. Frau Brinkmann, Sie haben versucht, so zu tun, als gebe es gar keine Möglichkeit, daß Menschen „entweichen können“. Es ist passiert, man kann darüber reden, aber nicht in der Art und Weise, daß man sagt, wir haben kein Problem, alles klappt, und ganz am Ende sagen Sie dann, vielleicht gibt es doch das eine oder andere Problem. Die SPD muß es einmal ernster nehmen, wenn Dinge schiefgehen, und sagen, wir arbeiten an den Problemen.

C Sie haben eben eine Rettungsrede für die Senatorin versucht, die einfach unter aller Würde war. Deswegen lassen Sie uns – in dem Punkt gebe ich Ihnen sogar recht – darüber reden, daß Therapie und Therapiebedürfnisse wichtig sind. Aber ich möchte auch, daß wir die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung ernst nehmen und darüber eine ruhige Debatte führen.

Es sind auch die Bedürfnisse von Frauen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen der GAL, das ernst zu nehmen und hier nicht eine Debatte zu führen, die heißt: Wir sind gut, Sie sind schlecht; das läuft nicht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Weitere Redezeiten stehen in der Aktuellen Stunde nicht zur Verfügung. Sie ist damit beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 0.1 auf. Das ist Drucksache 16/6106, der Antrag des Ersten Bürgermeisters zur Bestätigung eines von ihm berufenen Senators.

[Der Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg an die Präsidentin der Bürgerschaft: Bestätigung der Berufung eines Senators – Drucksache 16/6106 –]

Nach Paragraph 4 des Senatsgesetzes entscheidet die Bürgerschaft über die vom Ersten Bürgermeister beantragte Bestätigung eines Senators ohne Aussprache in geheimer Abstimmung.

D Vereinbarungsgemäß findet diese Abstimmung in Kabinen statt. Wir verfahren so, daß Frau Pawlowski, Frau Vogel und Frau Rudolph abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und von Frau Cornell den Abstimmungszettel mit einem Umschlag entgegenzunehmen. Mit dem Zettel gehen Sie bitte in eine der Kabinen und nehmen Ihre Abstimmung vor. Bitte kreuzen Sie nur ein Kästchen an. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Danach stecken Sie bitte den Zettel in den Umschlag und begeben sich zu Herrn Witte, bei dem die Urne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Umschlag in die Urne.

Jetzt darf ich Frau Pawlowski bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Die Fotografen müssen weg! Wir können nicht wählen! – Dr. Martin Schmidt GAL: Das ist eine Behinderung der Wahl! – Anja Hajduk GAL: Wir wählen nicht, bevor die nicht weg sind!)

Meine Damen und Herren! Zur Vorbereitung auf die nachfolgenden Ereignisse hier in der Bürgerschaft gibt es für die Journalisten genügend Zeit. Ich bitte Sie ausdrücklich, sich von der Bank dort zu entfernen, und zwar weitestgehend. Sie gehen dort bitte sofort weg. Vorher wird mit keinem Namensaufruf begonnen. Die Journalisten bitte ich, solange die Namensaufrufe laufen, mit ihren Kamerateams dort wegzugehen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, etwas Geduld noch, und zunächst einmal ein Wort an die anwesenden Journalisten im Haus. Es ist sicherlich keine ganz gewöhnliche Bürgerschaftssitzung, die heute stattfindet. Ich bitte aber auch Sie, in Ihrer Arbeit die Würde des Hauses zu achten.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

A (Beifall bei allen Fraktionen)

Der Namensaufruf kann jetzt beginnen. Frau Pawlowski, bitte.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, daß alle Abgeordneten aufgerufen worden sind. Damit ist die Abstimmung beendet. Ich bitte nun, das Abstimmungsergebnis zu ermitteln. Für die Dauer der Auszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 17.21 Uhr

Wiederbeginn: 17.30 Uhr

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Es wurden 111 Zettel abgegeben. Davon waren 111 Zettel gültig, das heißt, kein Abstimmungszettel war ungültig. Mit Ja haben 60 gestimmt, mit Nein haben 51 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht.

(*Rolf Kruse CDU:* Das hätte früher nicht gereicht!)

Für die Bestätigung ist die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Die ist erreicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich bitte nun Herrn Senator Scholz, vor die Präsidiumsbank in unserer Mitte zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

B Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg haben die Mitglieder des Senats vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor:

„Ich schwöre, daß ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg, soviel ich vermag, fördern will.“

Ich bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel „Ich schwöre es“ oder „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ nachzusprechen.

Senator Olaf Scholz: Ich schwöre es.

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Senator, Sie haben damit vor der Bürgerschaft den erforderlichen Eid abgeleistet. Im Namen der Bürgerschaft wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand in der Amtsführung und viel Erfolg im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Alles Gute im Amt.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Der Senat wird jetzt zur Regelung seiner Geschäftsverteilung zusammentreten. Die Sitzung wird deshalb für kurze Zeit unterbrochen. Ich werde dann auf den Wiederbeginn unserer Sitzung aufmerksam machen.

Unterbrechung: 17.33 Uhr

Wiederbeginn: 17.47 Uhr

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Mir ist eben ein Schreiben des Ersten Bürgermeisters zugegangen. Dieses hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hiermit möchte ich Ihnen mitteilen,“

(*Dr. Roland Salchow CDU:* ... daß ich zurücktrete!)

„daß der Senat Herrn Senator Olaf Scholz mit dem Amt des Präses der Behörde für Inneres und mit der Verantwortung für das Personalamt betraut hat. Der Senat hat ferner beschlossen, daß Herr Senator Scholz auch im übrigen in der Geschäftsverteilung des Senats an die Stelle seines Amtsvorgängers tritt. Mit freundlichen Grüßen – Der Erste Bürgermeister.“

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 51 auf. Das ist die Drucksache 16/6041 in ihrer Neufassung, der Antrag der CDU-Fraktion zum Rücktritt des für die Behörde für Inneres zuständigen Senators Hartmuth Wrocklage.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Rücktritt des für die Behörde für Inneres zuständigen
Senators Hartmuth Wrocklage
– Drucksache 16/6041 (Neufassung) –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr von Beust, Sie haben es.

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir debattieren heute nicht das isolierte Scheitern eines zurückgetretenen Innensensors, sondern das Scheitern der SPD-Innenpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Hartmuth Wrocklage ist nicht die Ursache,

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

er ist das Symptom Ihrer Misere, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Eine Misere, die dadurch entstanden ist, daß Sie seit langem ein gespanntes Verhältnis zu den Erfordernissen der Inneren Sicherheit haben. Leugnen, schönreden, schleifen lassen, das war Ihre Devise in den letzten Jahren und Monaten, und damit kommen Sie nicht weiter durch. Das ist deutlich geworden.

(Beifall bei der CDU)

Die politische Verantwortung dafür trägt nicht isoliert der zurückgetretene Innensensor, sondern dafür trägt die SPD insgesamt und allen voran der mit Richtlinienkompetenz ausgestattete Erste Bürgermeister die Verantwortung. Er ist verantwortlich für diese Entwicklung.

(Beifall bei der CDU)

Wie sieht diese Bilanz aus? Ich komme gern auf das zurück, was der Kollege Zuckerer über die Untersuchung von Bertelsmann gesagt hat, daß man natürlich nicht Unvergleichliches vergleichen kann und daß es natürlich, wenn es um Innere Sicherheit geht – da hat er recht –, vernünftig, fair und richtig ist, Flächenstaaten nicht mit Stadtstaaten zu vergleichen, sondern Ballungszentren zu vergleichen, Großstädte zu vergleichen.

(Ole von Beust CDU)

A (Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Berlin zum Beispiel!)

Gucken wir uns doch einmal diesen Vergleich an. Die Statistik des Bundes weist eindeutig aus – das wird morgen wieder im „Stern“ stehen, ist heute vorab veröffentlicht –: Hamburg die deutsche Hauptstadt des Verbrechens. Das haben Sie, meine Damen und Herren von der SPD, mit zu vertreten.

(Beifall bei der CDU)

Um es konkreter zu machen, möchte ich an dieser Stelle eine Anregung aufgreifen, Herr Runde, die Ihr Amtsvorgänger, Herr Dr. Voscherau, neulich in der „Welt“ – glaube ich – oder im „Hamburger Abendblatt“ gemacht hat. Da hat er gesagt, es wäre unsinnig, Hamburg mit New York zu vergleichen, sondern Hamburg wäre vergleichbar mit München.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Berlin!)

Vergleichen wir einmal Hamburg mit München. Sie haben vorhin so gerne Bayern zitiert, Frau Brinkmann. Wir tun das also. Vergleichen wir also Hamburg mit München.

Straftaten insgesamt, das heißt Straftaten pro 100 000 Einwohner: München 9263, Hamburg 16 675, fast das Doppelte wie München.

Gewaltkriminalität: In München ist das Risiko, Opfer eines Gewaltdelikt zu werden, nur halb so groß wie in Hamburg.

Raubdelikte, Fallzahl: München 72, Hamburg 349. Das Risiko, ausgeraubt zu werden, ist in Hamburg fünfmal so groß wie in München. Das ist die traurige Wahrheit, meine Damen und Herren.

B (Beifall bei der CDU)

Das Risiko, auf der Straße Opfer eines Verbrechens von Straßenraub zu werden, ist in Hamburg elfmal so groß wie in München.

Das Risiko, daß ein Kraftfahrzeug gestohlen wird, ist in Hamburg sechsmal so groß. Der Diebstahl aus Kraftfahrzeugen ist in Hamburg viermal so groß. Ich nehme gern die Voscherau-Idee auf und vergleiche mit München, und wenn ich das tue, ist das eine katastrophale Situation, die wir in Hamburg zu beklagen haben. Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Nun kann man natürlich sagen, was sagen diese Taten aus? Es wäre ja nicht so schlimm, wenn die Polizei so gut ausgestattet wäre und eine hohe Aufklärungsquote damit korrespondieren würde. Wie sieht die Aufklärungsquote bei den Straftaten insgesamt aus? München: 58,1 Prozent, Hamburg nur 43,4 Prozent. Gewaltkriminalität: Aufklärungsquote München 75,2 Prozent, Hamburg 52 Prozent. Meine Damen und Herren, das ist das blamable Zeugnis für Ihre Politik, und da hilft Schönreden und Wegtauchen nicht mehr weiter.

(Beifall bei der CDU)

Nun hört man hier und da, daß sich jetzt einiges ändern soll, getreu dem Volksmund „Neue Besen kehren gut“. Meine Damen und Herren, wenn ich dieses Bild einmal aufnehme, ist der neue Besen in Wirklichkeit ein ganz alter Schrubber.

(Beifall bei Dr. Roland Salchow CDU)

44 Jahre SPD-Dominanz und jahrelanger Parteivorsitz durch Olaf Scholz haben diese Angelegenheit mitverant-

wortet. Sie können sich nicht aus der Verantwortung ziehen. C

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wenn Sie jetzt Neues ankündigen und plötzlich neue Worte und neue Töne durch die Gegend pfeifen, dann hat das nichts mit Einsicht, nichts mit Glaubwürdigkeit zu tun. Es ist schlichtweg die nackte Angst vor der Öffentlichkeit und der öffentlichen Meinung. Glaubwürdigkeit – Fehlzanzeige, Opportunismus ist es und nichts anderes.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich bin überzeugt, daß die Probleme und Misere Ihrer Politik und das Scheitern von Wrocklage und Ihrer Innenpolitik nicht nur im Inhaltlichen und in verfehlter Politik begründet ist, sondern auch in der Art und Weise, wie Sie in Hamburg Politik machen, in der Innenpolitik und in anderen Bereichen auch. Ihre Arroganz und Überheblichkeit ist an nichts mehr zu überbieten

(Antje Blumenthal CDU: Das stimmt!)

und ist mit die wesentliche Ursache für das Scheitern Ihrer Politik und Ihre Misere.

(Beifall bei der CDU)

Die Art und Weise, wie Sie mit Kritikern umgehen, wie Sie niemals in der Lage sind, einmal einen Fehler zuzugeben. Die ganze Zeit – auch heute – habe ich niemals von Ihnen die Stärke gehört, einen Fehler zuzugeben. Das ist ein Armutzeugnis, Arroganz, Überheblichkeit und Unverfrorenheit.

(Beifall bei der CDU – Luisa Fiedler SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Sehen wir uns einmal an, wie Sie mit Ihren Kritikern umgehen. Ich meine gar nicht uns. Daß das Parlament einen gewissen rituellen Stil hat oder ein Schlagabtausch normal ist und man in der Parlamentssitzung ungern etwas zugibt, ist mir klar. Das gehört auch dazu, muß vielleicht nicht, ist aber so. D

(Günter Frank SPD: Ich sage nur Harburg!)

Meine Damen und Herren! Aber wie ist es denn mit anderen, teilweise sogar Ihnen wohlgesonnenen Kritikern gewesen? Beispiel: Innere Sicherheit. Konrad Freiberg, Sozialdemokrat und Gewerkschaftler, hat gewarnt, gewarnt. Sie haben nichts zur Kenntnis genommen. Abgekanzelt haben Sie ihn.

Das Gutachten von Professor Pfeiffer zur Jugenddelinquenz. Abgestritten haben Sie. Experten in der Enquete-Kommission Jugenddelinquenz. Zur Kenntnis nehmen wollten Sie es nicht.

Opferschutzverbände: Briefe, Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern, die Ihnen ihr Leid klagen und sagen, wie schlimm es in Hamburg ist.

(Manfred Mahr GAL: Wer hat Ihnen denn das geflüstert?)

Ihre Reaktion ist die gleiche gewesen: Abblocken, wegtauchen, Verantwortung verschleiern. Arroganz, das ist Ihr Stil.

(Beifall bei der CDU)

Arroganz und abkanzeln, das hat bei Ihnen Methode. Unterlassungsverpflichtungserklärungen durch den Innensensor, einstweilige Verfügungen gegen Radio Hamburg

(Ole von Beust CDU)

A durch den Bausenator, Maulkörbe für Richter und Staatsanwälte durch die Justizsenatorin, Bauernopfer statt Verantwortung durch die Sozialsenatorin. Nein, meine Damen und Herren, nach 44 Jahren SPD-Dominanz sind Sie realitätsfern, dünnhäutig, beratungsresistent und arrogant geworden.

(Beifall bei der CDU – *Elke Thomas CDU*: Stimmt!)

Da gibt es nur eine Therapie: Abwählen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – *Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*: Und was ist die Alternative? – Gegenruf von *Dr. Martin Schmidt GAL*: Traurig!)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Christier.

Dr. Holger Christier SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, Sie haben neulich über Stil geredet. Zwei Dinge gehören unter stilistischen Gesichtspunkten an den Anfang.

Als erstes: Ich wünsche dem neuen Innensenator Olaf Scholz alles Gute nach seiner Wahl. Er übernimmt eines der schwersten Ämter in dieser Stadt. Er tut es

(*Bernd Reinert CDU*: Auf schmaler Basis!)

ohne Schonfrist, ohne Netz und doppelten Boden, gleich mitten hinein. Bewahren Sie sich Ihren Mut bei der Amtsführung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich wünsche Ihnen und auch dem neuen Staatsrat in der Innenbehörde, Dirk Reimers, bei Ihrer Amtsführung viel Erfolg und auch das bißchen Quentchen Glück, das man in dieser Behörde ganz gewiß braucht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist in den letzten Tagen sehr viel die Rede von anonymen höheren Polizeiführern gewesen, die immer bestimmte Sachen erzählt haben. Heute hatte ich insoweit ein Erlebnis, daß ich von jemand angerufen worden bin, den man unter dieser Überschrift buchen kann. Der hatte einen Namen, also nicht anonym, ich sage aber trotzdem den Namen nicht. Der hat mir gesagt, was da jetzt rausgekommen ist, ist ja ein richtiges Dreamteam Scholz-Reimers. Dieses Dreamteam verdient unser Vertrauen und unsere Anerkennung.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Frank-Thorsten Schira CDU*: Sie haben doch selbst angerufen!)

Der zurückgetretene Senator Wrocklage war zuletzt – wir alle haben es ja mitbekommen – sehr starker Kritik ausgesetzt. Das notwendige Vertrauen und das Klima für eine erfolgreiche Amtsführung war nicht mehr vorhanden, um auch die Erfolge einer erfolgreichen Amtsführung zu vertreten. Er ist deshalb zurückgetreten.

(*Antje Blumenthal CDU*: Worden!)

Dennoch sage ich eines ganz deutlich. Viele wichtige Entwicklungen und Entscheidungen bleiben positiv mit seinem Namen verbunden. Ich nenne beispielhaft

(*Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke*: Ist das auch stilistisch!)

die Bewältigung der Krise 1994. Das war damals eine schlimme Situation für die Polizei, die auch mit seiner Hilfe gelöst worden ist. Ich sage nur beispielhaft das neue Poli-

zeipräsidium, eine große Anstrengung von uns allen. Wir haben dem alle zugestimmt. Ein großer Beitrag für die Innere Sicherheit in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere an die Polizeikommissariate, an die Sicherheitspartnerschaften und nur beispielhaft an die besonders moderne, beispielhafte, von auswärtigen Besuchern immer wieder beobachtete Technikausstattung.

Dieses sind Dinge, die über den Tag hinaus mit dem Namen von Hartmuth Wrocklage verbunden bleiben. Bei allen politischen Gegensätzen gebührt es der menschliche Anstand, daß wir ihm dafür unseren Dank ausdrücken.

(Beifall bei der SPD)

Bei allen Problemen, die vorhanden sind und die auch nicht bestritten werden dürfen, verdient auch die Sicherheitslage in unserer Stadt insgesamt eine gerechte Bewertung. Wenn Sie mir nicht glauben, dann darf ich mir den Hinweis auf die schon vorhin erwähnten Studien des „Focus“ und von Bertelsmann erlauben. Darüber ist vorhin schon diskutiert worden, so daß ich diese nicht mehr so breit ausführen muß. Beide Studien haben Hamburg auf Platz eins gesetzt,

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Nein!)

beide analysieren dabei als wesentlichen Faktor auch die Innere Sicherheit. Das beweist, daß sich die Sicherheitslage im Bundesvergleich durchaus sehen lassen kann.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Roland Salchow CDU*: Also, das ist doch Idiotenquatsch!)

Wenn wir schon dabei sind, ein Ranking zu veranstalten, möchte ich auf den Vergleich mit München eingehen. Sie haben bei der Beurteilung der Sicherheitslage in dieser Stadt ein hohes Maß an Überheblichkeit walten lassen.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Ach so!)

Das zeigt sich bei den Leistungen Ihrer Partei im Bereich der Inneren Sicherheit.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU*: Westen!)

Die höchste Steigerungsrate der Kriminalität – ich sage das ohne Polemik;

(*Dietrich Wersich CDU*: Das können Sie gar nicht!)

doch, das kriege ich hin; ich widerlege Ihre Aussagen – in diesem Ranking hatte Bremen mit einem CDU-Innensenator in einer Großen Koalition. Den stärksten Rückgang bei der Aufklärungsquote hatte Köln mit einem CDU-Oberbürgermeister. Die höchste Steigerung der Drogentoten hatte das CSU-regierte Bayern. Die größten Probleme mit der Rauschgiftkriminalität hatte Frankfurt mit einer CDU-Oberbürgermeisterin.

(*Dietrich Wersich CDU*: In Hamburg ist das ein vielfaches größer! – *Ole von Beust CDU*: Nichts gelernt!)

Und schließlich Berlin – das ist das Tollste – mit einem CDU-Bürgermeister und -Innensenator; dort geht es drunter und drüber.

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Was ja schlimm genug ist!)

Aber Sie halten hier solche Reden. Das ist eine Unverschämtheit!

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Holger Christier SPD)

- A Sie haben es sich in den letzten Jahren sehr leicht gemacht. Sie haben jede Sparmaßnahme kritisiert und sie für falsch gehalten. Selbst Herr Dr. Freytag kommt mit einer Haushaltssperre und will noch den Bereich herausnehmen. Ich möchte jetzt nicht das Thema Konsolidierung ansprechen. Ihr Modell ist bekannt, es kann gegenwärtig in Berlin besichtigt werden: Landowsky, Bankgesellschaft, Stadtpleite. Wieviel Innere Sicherheit schafft das denn?

(Beifall bei der SPD)

Wenn jemand in dieser Frage überhaupt keinen Anlaß zur Überheblichkeit hat, dann ist es die CDU.

Statt dessen bin ich dafür, bei der Sicherheitslage genau hinzusehen. Man wird feststellen, daß unsere Polizei insgesamt leistungsfähig ist.

(*Helga Christel Röder CDU*: Dann unterstützen Sie sie doch mal!)

Wenige Belege: Fast alle Morde und Gewalttaten sind aufklärt worden, aber Sie reden von einem Horrorszenario.

Einige andere Beispiele: Die Hells Angels wurden zerschlagen. Sie sagen, bei der organisierten Kriminalität würde nichts getan. Es wurden mehrere Razzien erfolgreich durchgeführt. Sie sagen, die Beamten seien dazu nicht motiviert. Zum Raubkonzept sagt die CDU, daß nichts passieren würde.

Wir werden jedenfalls – das sage ich in aller Deutlichkeit – die Polizei bei ihrer schweren Arbeit weiterhin unterstützen.

(Beifall bei der SPD – *Ole von Beust CDU*: Das ist schon eine Drohung!)

- B Ich glaube, Sie machen es sich zu leicht, denn in Wahrheit ist Ihr Drehbuch gewaltig durcheinander geraten. Dieser Personalwechsel hat Sie ganz schön aus dem Tritt gebracht; das ist in Ihrem Redebeitrag deutlich geworden.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – *Bernd Reinert CDU*: Wiederholen Sie doch mal das Wahlergebnis! – *Ole von Beust CDU*: Die eigenen Leute wählen Sie noch nicht einmal!)

Man muß genau hinsehen. Das ist auch die Grundlage der jetzt beschlossenen Maßnahmen. Es geht darum, die Lösungsansätze sachgerecht zu verstärken. Deshalb ist es gut, daß ein Sachpaket zur personellen Veränderung beschlossen wurde. Wir unterstützen dieses Sachpaket.

(*Helga Christel Röder CDU*: Warum haben Sie das denn vorher nicht gemacht?)

In diesem Paket ist das Raubkonzept enthalten, in das wir mit großem Engagement sehr viele Mittel auch für die Polizei investiert haben.

Sie haben Herrn Professor Pfeiffer erwähnt. Er hat mit unserer Fraktion darüber diskutiert. Aus dieser Diskussion sind Konsequenzen gezogen worden. Trotzdem stellen wir fest, daß die Ergebnisse noch nicht ausreichend sind. Deshalb ist es richtig, an dieser Stelle nachzuarbeiten. Das unterstützen wir.

(Beifall bei der SPD)

Das gleiche gilt für die Szene der Intensivdealer. Dort wird eine große Zahl von Polizeikräften eingesetzt. Am Hauptbahnhof herrscht die höchste Polizeidichte Europas. Trotzdem muß man auch hier noch etwas tun, weil die Situation nicht so ist, wie sie sein sollte. Auch das werden wir tun.

(Beifall bei der SPD – *Ole von Beust CDU*: Das SOG ändern!) C

Nach den Eindrücken der ersten Tage des verfassungsmäßigen Zwischenzustands ist klar zu erkennen, daß hier eine sehr tatkräftige und pragmatische Amtsführung in Aussicht steht. Ich bin überzeugt, daß Senator Olaf Scholz mit dem ihm eigenen Politikstil sehr viel Unterstützung in der Stadt finden wird. Er wird mit den Maßnahmen nach vorn agieren, die hier angekündigt worden sind.

(*Ole von Beust CDU*: Bei den eigenen Leuten nicht so doll!)

Die CDU hat es sich in der Vergangenheit immer sehr leichtgemacht. Sie hatte ein klares Feindbild, das war ihr Politikersatz, und sie glaubte, damit durchzukommen. Diese Zeiten sind vorbei. Sie müssen sich gewaltig anstrengen, wenn Sie die Kompetenz zurückgewinnen wollen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – *Dr. Roland Salchow CDU*: Wessen Zeiten wohl vorbei sind?)

Ich glaube, daß der neue Senator auch von der Opposition im Hinblick auf die 100-Tage-Frist eine faire Chance erhalten sollte.

(*Dr. Michael Freytag CDU*: Der wird sich umgucken!)

Ich erwarte mir jedenfalls ein deutliches Zeichen von dieser Veränderung. Ich bin sicher, daß sich das Klima in diesem Bereich wieder wesentlich verbessern und damit eine gute Grundlage für die Politik geschaffen wird. Das kann der Politik insgesamt nützen und besonders der Inneren Sicherheit guttun. Unsere Unterstützung hat der neue Senator! – Vielen Dank. D

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Mahr.

Manfred Mahr GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Antrag der CDU: Wenn es etwas zu begrüßen gibt, dann nur eines: Hoffentlich werden wir bald wieder zur Sachpolitik zurückkehren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Meine Fraktion und ich haben Verständnis für den Rücktritt von Senator Wrocklage. Ausschlaggebend für diesen Schritt waren mit Sicherheit nicht die Substanzlosigkeit, die öffentlich erhobenen Vorwürfe, die sich die Opposition zu eigen gemacht hat.

Das Ziel vor Augen, der erste gewesen sein zu wollen, den Senator zur Strecke gebracht zu haben, dürfte das Motiv so mancher gewesen sein, die in den letzten Wochen in merkwürdiger Allianz gegen unseren Innensenator agiert haben.

Ich bin nicht der Meinung, daß wir uns im politischen Tagesgeschäft mit Samthandschuhen anfassen sollten. Aber es gibt wirklich Grenzen des guten Geschmacks.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Einige Beispiele: Wenn die CDU und manche Medien auf anonyme Quellen zurückgreifen, um den Senator mit Vorwürfen zu überziehen – die dieser dann natürlich nicht entkräften kann, weil er kein Gegenüber hat –, sich ein Kom-

(Manfred Mahr GAL)

- A mentator dazu hinreißen läßt, Polizeiführer für ihren angeblichen Mut zu loben, weil sie ihren Senator anonym mit Schmähkritik überziehen – ich frage Sie und mich, was das eigentlich mit Mut zu tun hat –,

(Beifall bei der SPD)

dann stimmt etwas nicht mit der politischen Kultur in dieser Stadt.

(Ole von Beust CDU: Das stimmt!)

Wenn in einem weiteren Bericht triumphierend berichtet wird, bei einem Managementseminar der Polizeiführung hätten Teilnehmer in einer Selbsteinschätzung festgestellt, sie würden zu blindem Aktionismus auf politischen Druck hin neigen, über wen sagt das eigentlich etwas aus? Über den Senator? Oder über diese Führungskräfte?

(Heino Vahldieck CDU: Über beide!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang anmerken, daß es gerade der Innensenator war, der sich vehement für neue Führungsinstrumente stark gemacht hat, zu denen auch solche Managementseminare gehören, die zur Selbstkritik einladen sollten.

Das „Hamburger Abendblatt“ zitiert zu Recht auch das Ziel solcher Seminare. Es sollen nämlich relevante Gewohnheiten in der Polizei bezeichnet und Änderungsbedarf ermittelt werden. Recht so, kann ich da nur sagen! Dies wird aber kaum durch Intrigen und Indiskretionen gelingen. Derlei Machenschaften bestätigen nur die vom „Hamburger Abendblatt“ wiederum zitierten Defizite bei der Zivilcourage, Offenheit und Ehrlichkeit.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- B Die GAL steht wirklich nicht im Verdacht, die Politik des Innensensors kritiklos hingenommen zu haben.

(Dr. Roland Salchow CDU: In den letzten Jahren ja!)

Insbesondere in der Ausländerpolitik haben wir uns immer wieder heftig gestritten und mühsam Kompromisse geschlossen. Aber Herr Wrocklage steht auch für eingeleitete Reformen in der Polizei,

(Dr. Stefan Schulz CDU: Welche?)

die die GAL-Fraktion nicht nur mitgetragen, sondern ausdrücklich unterstützt hat. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen.

Es muß auch weiterhin gelten, daß der Weg zu einer weiteren Modernisierung, gesellschaftlichen Öffnung und Dialogbereitschaft der Polizei unverzichtbar ist. Hier erwarten auch wir vom neuen Innensenator Impulse und deutliche Akzente.

(Rolf Harlinghausen CDU: Wenn man ihn so hört, muß er vorhin mit Nein gestimmt haben!)

– Reden Sie doch nicht solchen Unsinn!

Damit möchte ich die Vergangenheitsbewältigung vorerst beenden, ich kann aber bei Bedarf gerne nachlegen. Ich möchte zur Gegenwart kommen.

Herr von Beust kritisiert – nachdem er von den Medien aus seinem Dornröschenschlaf geweckt wurde – den Ersten Bürgermeister wegen angeblich mangelnder Durchsetzungskraft und daß er Probleme mit der Inneren Sicherheit habe. Gleichzeitig verkündet er, daß er weiterhin seinen Sicherheitsberater Kusch in die öffentliche Debatte schicken will, der schon mehrfach seine mangelnde Sachkenntnis öffentlich unter Beweis gestellt hat.

(Dr. Stefan Schulz CDU: So'n Quatsch!)

C

Er – von Beust – sei schließlich Bürgermeisterkandidat und nicht der oberste Sheriff der Stadt. Dafür würden die Bürgerinnen und Bürger Verständnis haben. Sie werden es nicht, Herr von Beust, das kann ich Ihnen versprechen. Sie haben mit dieser Äußerung unter Beweis gestellt

(Ole von Beust CDU: Ich will von Ihnen auch nicht gewählt werden!)

– das tut weh, das weiß ich –, daß Ihnen persönlich – nicht Ihrer Fraktion – das Thema Innere Sicherheit in Wahrheit eher lästig und peinlich ist. Der Vorwurf, die rotgrüne Koalition vernachlässige das Thema Innere Sicherheit, fällt auf Sie persönlich zurück.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zu Ihren von mangelnder Sachkenntnis getrübbten Hinweisen auf die Enquete-Kommission kann ich nur fragen: Waren Sie bei den Haushaltsberatungen oder bei den letzten Beratungen zu den Anträgen zur Jugendkriminalität nicht dabei?

(Ole von Beust CDU: Was haben Sie denn daraus gemacht?)

Sie begreifen gar nichts, das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir haben entscheidende Veränderungen in der Jugendpolitik herbeigeführt, damit dort endlich etwas passiert.

(Ole von Beust CDU: Das sieht man! Tolle Ergebnisse!)

Die rotgrüne Koalition kann eine erfolgreiche Bilanz der Innenpolitik aufweisen.

D

(Helga Christel Röder CDU: War auch nötig bei dem Senator!)

Die Logistik der Hamburger Polizei ist die modernste in Deutschland, wenn nicht in Europa. Allerdings setzen wir nicht auf einfache Lösungen, Herr von Beust,

(Heino Vahldieck CDU: Sie haben überhaupt keine Lösungen!)

sondern auf differenzierte Antworten, die sicher schwieriger öffentlich zu vermitteln sind. Es ist aber gleichwohl der richtige Weg.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es gibt Erfolge im repressiven Bereich. Stellvertretend möchte ich das Anti-Raub-Konzept, die Erfolge im Bereich der Modellprostitution und der organisierten Kriminalität mit der konsequenten Gewinnabschöpfung illegaler Profite nennen.

Aber auch im Bereich der Prävention kann sich Rotgrün mit seinen Aufklärungs- und Informationskampagnen durchaus sehen lassen. Das Tabu, über Gewalt an den Schulen zu reden, wurde gebrochen, zahlreiche Initiativen zur zivilen Konfliktlösung in den Stadtteilen und Schulen sprechen eine eigene Sprache. Das ist viel mehr als große Sprüche eines Mochtegern-Bürgermeisters, der noch bei der letzten innenpolitischen Debatte die Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft heruntergespielt hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die GAL steht jedenfalls nicht dafür, die Öffentlichkeit mit Sprechblasen für dumm zu verkaufen.

(Manfred Mahr GAL)

- A Mit Olaf Scholz hat ein Mann mit politischer Führungsstärke das schwere Amt des Innensenators übernommen, der sicher einen völlig anderen Arbeitsstil an den Tag legen wird als seine Vorgänger.

(Dr. Roland Salchow CDU: Aha! Aber loben werden Sie ihn trotzdem!)

Wir dürfen gespannt sein.

Olaf Scholz hat in mehreren Interviews deutlich gemacht, daß er

(Dr. Roland Salchow CDU: Bundeskanzler werden will!)

Vertrauen in die Polizei habe. Ich hoffe, die Hamburger Polizei weiß diesen Vertrauensvorschuß zu schätzen.

(Ole von Beust CDU: Unverschämt! Eine Arroganz!)

Herr Scholz wird sicherlich noch seine eigenen Erfahrungen machen. Wir haben heute bereits wieder anonyme Hinweise in den Zeitungen nachlesen können.

Es sollte aber auch klar sein, daß der Innensenator nicht der verlängerte Arm der polizeilichen Berufsvertretungen ist. Es darf kein Zweifel daran aufkommen, daß selbstverständlich auch weiterhin der Primat der Politik gilt.

(Bernd Reinert CDU: Das Primat. Der Primat sind Sie! – Ole von Beust CDU: Primaten sind Affen!)

Die GAL-Fraktion wird Innensenator Olaf Scholz bei den weiteren notwendigen Reformschritten innerhalb der Polizei, aber auch auf den anderen Feldern der Innenpolitik konstruktiv und kritisch begleiten und unterstützen. Er hat die Stimmen der gesamten Fraktion erhalten.

- B (Beifall bei der GAL – Ole von Beust CDU: Woher kommen Sie eigentlich, Herr Mahr? – Dr. Roland Salchow CDU: Woher wißt ihr das so genau?)

Den Antrag der CDU-Fraktion werden wir selbstverständlich ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Zunächst rufe ich den Abgeordneten Reinert wegen seines sprachlichen zoologischen Vergleichs zur Ordnung.

(Bernd Reinert CDU: Das war ein grammatikalischer Vergleich!)

Die Abgeordnete Uhl bekommt das Wort.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich gebe zu, daß ich ob der Heftigkeit der Einlassungen von Herrn von Beust etwas erstaunt war, da er eigentlich als einziger über den neuen Innensenator richtig froh sein mußte. Wenn man dessen Einlassungen der letzten zwei Tage zum Thema Innere Sicherheit hört, kann man nur konstatieren, daß dies ein ziemlicher Kotau vor den Forderungen der CDU und von Herrn Schill ist.

Es ist bemerkenswert, daß noch nie – zumindest habe ich es nicht wahrgenommen – die Halbwertszeit von liberalen und demokratischen Hoffnungen an einen neuen Innensenator so kurz war wie im Falle von Herrn Scholz.

(Ole von Beust CDU: Taten zählen!)

Wir durften lesen, daß Herr Scholz nicht ausschließt, daß beim Umgang mit den sogenannten Intensivdealern – die

er jetzt auch entdeckt hat – Brechmittel eingesetzt werden sollen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Der will ja auch Kanzler werden!)

Ich möchte Sie an die Position der SPD-Fraktion erinnern, die bisher vertreten wurde. Herr Petersen hat in einer Rede zu Recht darauf hingewiesen, daß die SPD den Einsatz von Brechmitteln ablehnt, weil es bei dieser Methode zu Todesfällen kommen kann. Diese Möglichkeit bestehe aufgrund von Aspirationen, Verschlucken in die Lunge und Herzrhythmusstörungen.

(Heino Vahldieck CDU: Das war schon damals Quatsch!)

Herr Petersen sagte damals auf die Äußerung von Herrn Kampf, daß die Komplikationen politisch getragen werden müßten: Wir tragen keinen einzigen Todesfall, das wollen wir definitiv nicht.

An diese Position sollten Sie sich erinnern. Das gilt auch für den neuen Innensenator.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es gibt einen zweiten Punkt. Es tut mir persönlich schon fast leid – das ist mir mit dem früheren Innensenator bisher kaum passiert –, aber Herr Wrocklage muß sich wie ein Blödmann vorkommen. Denn kaum ist er aus dem Amt, geschieht das, was er sich vielleicht immer gewünscht hat: Plötzlich werden die Konsolidierungsmaßnahmen bei der Polizei ausgesetzt. Diese hatte er bis zu seinem Rücktritt immer verteidigt. Es kann nicht sein, daß nur im Sozialbereich gespart wird, aber die Polizei davon ausgenommen wird. Das mußte Wrocklage sagen. Nun ist dies aber kein Thema mehr.

(Helga Christel Röder CDU: Kein Thema!)

Ich würde einmal prognostizieren, wenn Herrn Wrocklage – so würde er wahrscheinlich denken – das gleiche Zugeständnis gemacht worden wäre wie heute Scholz, hätte er es nicht so schwer gehabt, Senator zu bleiben.

(Luisa Fiedler SPD: Schnee von gestern!)

– Das ist Schnee von gestern. Das geht heutzutage bei den Sozialdemokraten ganz schnell.

(Ole von Beust CDU: Drei Tage her!)

Ich bin weiß Gott nicht in der Situation, die Wrocklage-Politik zu verteidigen, denn daran gibt es nichts zu verteidigen. Es gibt auch wenig im Zusammenhang mit seinem Rücktritt zu verteidigen. Es gibt allerdings einen Wermutstropfen in der Situation: wie dies geschehen ist. Ein Senator durfte weggebobbt werden.

Sie alle haben die Diskussionen der letzten Wochen erlebt. Der Polizeiapparat ist, sekundiert von CDU und auch durchaus von einigen Medien, zu ungeahnter Stärke aufgelaufen.

Man fragt sich tatsächlich, ob alle Lehren vergessen sind, die in Folge des Polizeiskandals von der Polizeikommission gezogen wurden.

Plötzlich ist die innere Struktur der Polizei kein Thema mehr, im Gegenteil, sie wird gelobt und wird vom neuen Innensenator eher bestärkt. Man will auf sie eingehen.

Aus den damaligen Feststellungen, die im übrigen von allen Fraktionen in einem gemeinsamen Petition formuliert wurden, werden keine Lehren gezogen. Darin wurde die-

C

D

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A ser Weg nämlich als falsch bezeichnet, weil mit den Strukturen extrem kritisch umzugehen sei. Es dürfe kein Weg gewählt werden, der diese Strukturen auch noch bestärke. Aber genau das passiert gegenwärtig.

Es geht aber nicht nur um diese Bestärkung, sondern auch um das, was Herr von Beust nach wie vor und immer wieder gerne tut. Herr von Beust hat heute eine Statistik aus dem morgen erscheinenden „Stern“ zitiert. Ich könnte anhand genau der gleichen Statistik nachweisen, daß München bei einigen Positionen vor Hamburg liegt. In Berlin regiert eine große Koalition; auch hier liegt Berlin an einer Position vorn.

Bemerkenswerter ist aber, was Herr Falk vom Bundeskriminalamt, der diese Zahlen aufgestellt hat, zu der Statistik sagt, die Herr von Beust zitiert hat:

„Doch die Deliktsentwicklung gerade auch in den Großstädten hängt von vielen Faktoren ab. Insofern hören wir es gar nicht gern, wenn von sogenannten Bundesliga-Tabellen des Verbrechens die Rede ist. Derart pauschale Aussagen verstellen den Blick für die Differenziertheit der Kriminalitätslage und ihrer jeweiligen Ursachen.“

Sie verstellen anscheinend nicht nur den Blick der CDU. Es besteht die Gefahr – das sage ich auch Ihnen persönlich, Herr von Beust –, daß die reaktionären Geister, die Sie mit diesen Debatten rufen, auch irgendwann Sie überfahren werden.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke, der SPD und der GAL)

Aber das Einlassen auf diese Debatte – das bezieht sich auf den neuen Innensenator – ist nicht liberal und nicht blöd! – so ein großer Aufmacher mit einem Zitat von Ihnen in einer Zeitung –, sondern es ist illiberal und ziemlich blöd. – Danke.

B

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Bürgermeister Runde.

Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir alle wissen, daß das Amt des Innensensors in Großstädten und in den Ländern eines der schwierigsten ist. Wir haben alle über die Jahre hinweg unsere Erfahrungen gesammelt. Deswegen ist es angemessen, daß, nachdem Hartmuth Wrocklage seinen Rücktritt erklärt hat, wir seine über siebenjährige Tätigkeit auch in diesem Hause würdigen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hartmuth Wrocklage hat 1994 dieses Amt in einer sehr schwierigen Zeit und in einer sehr schwierigen Situation für die Polizei übernommen. Er hat die damalige Krise der Inneren Sicherheit bewältigt und hat unter anderem durch die Einrichtung der Ermittlungsstelle DIE und die Polizeikommission das Vertrauen in die Polizei wieder hergestellt.

Er hatte zwei große Themen, nämlich die bürgernahe Polizei mit den Maßnahmen in den verschiedenen Stadtteilen und die Modernisierung. Was in dieser Zeit an Modernisierung im gesamten Polizeiapparat geschehen ist, kann sich in jedem Bundesvergleich sehen lassen.

Das gilt für den Bau des Polizeipräsidiums, der Polizeikommissariate und den Einsatz der EDV, mit der es die Schwierigkeiten gegeben hat, die häufig bei großen Orga-

nisationen vorkommen. Inzwischen funktioniert dies, und andere Länder übernehmen unsere Erfahrungen.

C

Diese Arbeit fand unter schwierigen Rahmenbedingungen statt. Senator Wrocklage und der Senat – bezogen auf die Polizei – haben eine Priorität gesetzt, denn die Sparquote betrug nur ein Viertel von dem, was für alle anderen Bereiche galt. Dies war eine eindeutige Privilegierung und Prioritätensetzung dieses Bereiches.

Daß die Umsetzung des Konsolidierungsprogramms nicht nur Freunde macht, ist klar. Gerade bei der Polizei, die sich Zivilcourage auf das Panier schreibt, sind bestimmte anonyme Äußerungen ein wenig unwürdig. Es gibt dazu deutsche Sprichworte, wie man mit Denunzianten umzugehen hat. Ich würde mir wünschen, daß dieses auch im öffentlichen Dienst nicht stattfindet, sondern daß anders damit umgegangen wird.

Meine Damen und Herren! Die Polizei hatte in dieser Zeit in den Bereichen Schwermriminalität, organisierte Kriminalität und Menschenhandel große Erfolge vorzuweisen. Daß Herr Senator Wrocklage aufgrund der Auseinandersetzungen der letzten Wochen, die zum Teil von persönlich verletzender Schärfe gewesen sind, gesagt hat, ein personeller Neuanfang sei die beste Ausgangssituation für die Rückkehr zur Sacharbeit, verdient Respekt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich darf ihm für seinen enormen persönlichen Einsatz danken, den ich bereits aus seiner Zeit als Staatsrat in der Finanzbehörde kenne, und wünsche ihm für die Zukunft alles Beste.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Innere Sicherheit ist in Großstädten immer wieder eine neue und besondere Herausforderung. Daher gehört Sicherheit zu den Themen, die den Bürgern die meisten Sorgen bereiten. Ich kann daran anschließen, was wir vorhin diskutiert haben, die Bertelsmann-Studie, in der es heißt, die Städte leiden unter der Tatsache, daß sich auf ihrem Territorium nicht nur Wirtschaftskraft, kulturelle Einrichtungen und Infrastruktur, sondern auch soziale Spannungen und Kriminalität konzentrieren. Diese Beschreibung ist zutreffend. Natürlich machen mir Statistiken, die Hamburg in den obersten Bereichen ausweisen, Sorgen, weil das mit den Sorgen und Nöten von Bürgern zu tun hat. Das kann man nicht ignorieren. Man muß solche Statistiken natürlich immer auch im Hinblick auf ihre Aussagekraft ansehen und welche Hinweise sie geben. Das sind interessante Entwicklungen, wenn man sieht, daß in München die Zahl der Drogentoten im Verhältnis zur Einwohnerzahl am höchsten ist, aber die Zahl der Drogendelikte angeblich sehr niedrig.

D

Wir haben in Hamburg eine andere Strategie verfolgt. Wir sind in all den Jahren durch eine Kombination aus repressiven und Hilfemaßnahmen das Drogenproblem angegangen. Das hat dazu geführt, daß die Zahl der Drogentoten und auch die Zahl der Rauschgiftdelikte in Hamburg – entgegen dem Bundestrend und dem Trend in anderen Städten – rückläufig ist. Nichtsdestoweniger bleibt das für eine Großstadt ein drängendes und bedrückendes Thema. Deswegen geht es nicht darum, hier darüber zu diskutieren, daß so etwas zu relativieren wäre. Eine absolute Statistikgläubigkeit ist falsch, aber es ist aus meiner Sicht unbedingt erforderlich, die Ergebnisse ernst und zum Anlaß von Besorgnis zu nehmen.

(Dietrich Wersich CDU: Das ist aber neu!)

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

A – Halten Sie mal Ihren Mund.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Ole von Beust CDU*: Sehr souverän!)

Unsere Devise ist konsequentes und klares Handeln und nicht das Schüren von Ängsten. Da vermutet man nicht gerade in Wahlzeiten zu Unrecht eine bestimmte Absicht. Daß wir konsequent und klar handeln und daß das für mich nichts Neues ist, können Sie praktisch erproben. Das sehen Sie daran, wie wir im Zusammenhang mit dem Tod des kleinen türkischen Jungen mit der Kampfhundeverordnung und deren Umsetzung umgegangen sind. Ich erinnere mich an die damalige Diskussion. Hier hatten wir es als Landesgesetzgeber in der Hand, ein Instrument zu schaffen, das administrierbar, das umsetzbar ist. Wenn ich sehe, daß unsere Kampfhundeverordnung vom Oberverwaltungsgericht bestätigt worden ist, zeigt das auf, welche sorgfältige Arbeit dort in den Behörden – von der BAGS bis zur Justizbehörde und zur Behörde für Inneres – geleistet worden ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich darf daran erinnern, daß mir dieses in der Stadt bei einigen Kampfhundefreunden nicht nur Freunde eingetragen hat. Ich erinnere mich an eine Vielzahl von Gelegenheiten, als ich mit denen konfrontiert war. Ich habe aber auch Fotos gesehen, Herr von Beust, auf denen Sie fröhlich mit Kampfhundefreunden zu sehen sind.

(Zurufe von der SPD: Unglaublich! – *Ole von Beust CDU*: Was? Stimmt nicht? Das ist nicht die Wahrheit!)

Wenn man im Bereich Innere Sicherheit konsequent sein will,

B (*Ole von Beust CDU*: Stimmt nicht! Warum sagen Sie nicht die Wahrheit!)

muß man auch Gegenwind aushalten können.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Ole von Beust CDU*: Das ist gelogen!)

Wir waren auch nach Vorfällen in Diskotheken, bei Maßnahmen gegen den Menschenhandel und die Modellprostitution konsequent. Wir haben dazu eine klare Linie gehalten.

Die Arbeit der Polizei gerät bei einer solchen öffentlichen Diskussion und Kampagne immer in Mitleidenschaft. Wenn ich die Fahndungserfolge und die Großeinsätze sehe, die die Polizei geleistet hat, geschieht das zu Unrecht und steht in einem merkwürdigen Gegensatz zu dem, was in diesen Tagen an Bildern im Fernsehen gezeigt wird. Bilder von brennenden Barrikaden in Hamburg mußten – zum Glück – aus alten Archiven gekramt werden, um im Fernsehen gezeigt zu werden. Die Vorfälle hat es in der Realität in neuerer Zeit nicht gegeben. Wir haben auf die Anforderungen, die an die Polizei gestellt werden, reagiert. Ich habe schon den Neubau des Präsidiums genannt – es ist das neueste und modernste Deutschlands – und habe auf die Investitionen im Bereich EDV und die Bildung der Polizeikommissariate hingewiesen, die eine flexiblere Einsatzmöglichkeit der Polizei möglich macht. Die Schwerpunkte werden für die kommenden Monate bei der Fortsetzung der Modernisierung der Polizei liegen, der Verbesserung ihrer Ausbildung und bei der Schaffung flexiblerer Strukturen. Wir werden für die Nachwuchssicherung der Polizei im mittleren Dienst eine zusätzliche vierte Ausbildungsklasse schaffen, um damit auch die Nachwuchspro-

bleme zu beheben, denn das Fordern von mehr Stellen nützt nichts, wenn man keine qualifizierten ausgebildeten Polizisten hat. Daher haben wir in den letzten Jahren schrittweise die Zahl der Ausbildungskapazitäten erhöht und werden hier jetzt noch einmal eine solche Anstrengung unternehmen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es geht um eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit vor Ort, um Kooperation und Bürgernähe. Denn eines ist in einem Gemeinwesen ganz klar: Am Ende ist es nicht allein die Polizei, die Innere Sicherheit herstellt, sondern dies ist eine gesamtgesellschaftliche, gesamtstädtische Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ab sofort wird es bei der Polizei keine weiteren Stellenstreichungen zur Haushaltskonsolidierung geben.

(*Antje Blumenthal CDU*: Plötzlich geht's!)

– Frau Blumenthal, ich bin Ihnen geradezu dankbar für diesen Einwurf.

(*Antje Blumenthal CDU*: Ich halte meinen Mund nicht. Ich habe gesagt: Plötzlich geht's!)

Ein Bürgermeister hat eine Gesamtverantwortung für eine Stadt.

(Lachen bei der CDU – *Dr. Roland Salchow CDU*: Das ist das Neue!)

Da ist die Konsolidierung der Finanzen einer Stadt eine zentrale Frage. Ein Bürgermeister kann es sich nicht so einfach machen wie eine Opposition, die immer wieder 200 Lehrerstellen, 400 Polizeistellen und so weiter und so fort

(*Heino Vahldieck CDU*: 428!)

fordert und gleichzeitig sagt, aber ihr müßt die Schulden abbauen. So einfach kann sich das ein Mensch, der in Verantwortung ist, nicht machen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich will Ihnen noch etwas sagen, Frau Blumenthal, falls Sie den Mund nicht zubekommen. Es geht auch bei der Polizei darum, durch Modernisierung Produktivitätssteigerung zu erreichen. Das bedeutet, daß hamburgische Polizisten nicht wie in älteren Krimis an der Schreibmaschine herumarbeiten, sondern für diese bürolichen Tätigkeiten heute mit moderner Computerausstattung sehr viel weniger Zeit brauchen.

(*Jürgen Klimke CDU*: Tolle Erkenntnis!)

Diese Möglichkeiten zu nutzen, um mehr Polizei auf die Straße zu bringen, an die Bürger heranzubringen, in die Stadtteile zu bringen, ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Mit dem Verzicht auf die 61 Stellen für 2001 ist verbunden, daß wir dort in drei Bereichen Akzente setzen wollen.

Ein Beispiel ist der Bereich Jugendkriminalität. Es ist in der Tat bedrückend, wenn Jugendliche anderen Jugendlichen gegenüber Gewalt anwenden, sie „abziehen“, sie berauben. Da gilt es, einen weiteren Akzent zu setzen und eine Akzentverstärkung vorzunehmen. Die Bürgerschaft hat für diesen Zweck bereits 15 Stellen eingesetzt. Ich halte es für außerordentlich wichtig, Jugendlichen, wenn sie erwischt werden, durch aufsuchende Polizeiarbeit und normenverdeutlichende Gespräche auf die Finger zu klopfen und die Eltern mit einzubeziehen. Das wird im übrigen dazu führen,

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

- A daß die Kriminalstatistik in dem Bereich nach oben schnell,

(*Erhard Pumm SPD*: Ja, nach oben. So ist es!)

weil sich Jugendliche dann ermutigt fühlen, Anzeigen zu erstatten. Da ist mir die Kriminalstatistik wurscht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein zweiter Akzent wird der Bereich der offenen Drogenszene sein, der Bereich der jugendlichen Intensivdealer. Es ist in der Tat schwer nachvollziehbar, daß solche Jugendlichen aufgegriffen, irgendwohin verbracht werden und schnellstens wieder zurückkommen. Diese jugendlichen Intensivdealer müssen richtig identifiziert werden, und es muß geprüft werden, was man im Einzelfall machen kann, um sie so lange wie möglich aus der Szene herauszuhalten. Ich warne davor zu glauben, man könne das so erledigen, daß das Problem nicht mehr da ist.

(*Carsten Lüdemann CDU*: Die Erkenntnis kommt sehr spät!)

Allen, die über die Drogenszene Bescheid wissen, ist bekannt, solange eine solche Nachfrage da ist, wird das Angebot auf irgendeine Weise hergestellt werden. Deswegen gilt es aber nichtsdestoweniger in diesen Fällen, intensiv in Zusammenarbeit von Innenbehörde, Justizbehörde und Jugendbehörde eine zielgerichtete Nachverfolgung der Einzelfälle vorzunehmen.

Dazu werden wir auch das Gesetz zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ändern und die Möglichkeiten der Ingewahrsamnahme stärken, indem wir der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit geben, in die nächste Instanz zu gehen.

- B Die Bekämpfung der häuslichen Gewalt ist ein dritter Schwerpunkt. Wir haben uns heute über Vergewaltigung unterhalten. Nun darf man nicht übersehen, daß die meiste Gewalt in den Familien stattfindet – so traurig dies ist, dies ist die Wahrheit –, und es sind vor allem Frauen betroffen. Die CDU verniedlicht dieses Thema. Vor kurzem erst haben wir das in der Bürgerschaft miterleben müssen. Auch das werden sich die Hamburger Frauen merken müssen, Herr von Beust.

Wir wollen diese Frauen nicht alleine lassen und sie nicht auf den Weg der Privatklage verweisen. Wir wissen alle, wozu das führt: Dann wird die Privatklage nicht erhoben, nachdem man wieder miteinander gesprochen und sich halb versöhnt hat – bis zur nächsten Gewalttat. Dieses soll konsequent öffentlich verfolgt werden. Das bedeutet eine zusätzliche Aufgabe für die Polizei, und dafür sind auch Teile dieser 61 Stellen da. Auch hier gilt es wieder, daß das auf die Statistik Einfluß hat. Das können wir auch vergleichen, wenn wir die Städte und Länder nehmen, die das Verfahren nicht umgestellt haben. Bei denen ist die Zahl der Vorfälle halb so groß. Aber auch hier kann uns eine schlechte Statistik nicht davon abhalten, daß wir handeln.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir werden in diesem Zusammenhang eine weitere Verbesserung vornehmen, nämlich eine Änderung des SOG, die es möglich macht, den gewalttätigen Ehepartner – in aller Regel ist es der Mann – durch die Polizei aus der Wohnung zu weisen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Im Bereich der Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr ist in den letzten Jahren schon sehr viel geschehen. Es sind

große Erfolge erreicht worden. Leider ist das nicht in eine Veränderung des subjektiven Sicherheitsempfindens umgesetzt worden. Ich weiß, *bad news* sind die schönsten *news*, und wenn sie personenbezogen und politikerbezogen sind, werden sie immer schöner. Wenn uns allen das Thema Innere Sicherheit in unserem Gemeinwesen am Herzen liegt, dann ist mein Appell an die Presse, einen Beitrag zur Verbesserung der subjektiven Sicherheit zu leisten, indem sie entsprechend darüber berichtet, wo sich wirklich etwas verbessert hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Man kann das auch bildhaft umsetzen, da eine Hundertschaft des Bundesgrenzschutzes ständig auf der S-Bahn diese Aufgaben wahrnimmt

(*Bernd Reinert CDU*: Ständig! Bis wann?)

und damit der S-Bahn-Bereich mit dem U-Bahn-Bereich gleichzieht. Wir haben ein Konzept, wie Sie sehen können, wir haben klare Ziele, die wir verfolgen, während ich bei Ihnen, lieber Herr von Beust, einen Schlingerkurs der Beliebtheit sehe. Herr Kusch ist eingestiegen mit der Feststellung:

„Hamburg hat eine der größten Polizeidichten.“

Auf die Frage einer entsprechenden Zeitung – es soll hier ja keine Reklame gemacht werden –

„Die Auflösung der offenen Szene wird, wenn überhaupt, nur mit hohem Personalaufwand möglich sein. Wie viele Beamte sind zusätzlich nötig?“

sagt er:

„Vielleicht gar keine. Hamburg hat eine der größten Polizeidichten. Aus der Opposition heraus kann ich kaum den zusätzlichen Bedarf beurteilen.“

Diese sehr offene und ehrliche Aussage könnte ihn als guten Berater qualifizieren.

(*Manfred Mahr GAL*: Einer der wenigen richtigen!)

Inzwischen haben Sie aber einmal 400 und dann wieder auch 100 Polizisten gefordert – je nach Laune und Stimmung. Stimmungsmache mag Aufgabe der Opposition sein. Unsere Aufgabe ist es aber, in der Wirklichkeit etwas für die Sicherheit in der Stadt zu tun. Mit der Berufung von Olaf Scholz als Innensenator, der durchsetzungskräftig, kommunikationsfähig und konzeptionell stark ist,

(*Ole von Beust CDU*: Der Kanzler mag ihn!)

und mit der Einsetzung von Dirk Reimers als Staatsrat der Innenbehörde

(*Ole von Beust CDU*: Umgekehrt wäre es besser gewesen!)

werden wir in den kommenden Monaten eine wesentliche Verbesserung, auch was die Kommunikation angeht, erreichen können. – Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Forst.

Rolf-Rüdiger Forst fraktionslos: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren!

(*Dr. Holger Christier SPD*: In welcher Partei sind Sie denn gelandet?)

(Rolf-Rüdiger Forst fraktionslos)

- A – Die Frage will ich Ihnen gern beantworten. Ich komme von der STATT Partei. Wir sind wieder da, auch wenn es Ihnen nicht gefällt. Aber nehmen Sie das zur Kenntnis, und am 24. September werden sicherlich noch mehrere Kollegen von mir im Parlament sein.

(Barbara Duden SPD: Aber Sie sind nicht dabei!)

Aber lassen Sie mich zum Antrag sprechen. Auch die STATT Partei begrüßt den Rücktritt von Hartmuth Wrocklage, der mit seinem Rücktritt wahrscheinlich dem heutigen Abstimmungsergebnis des ursprünglichen CDU-Antrags zugekommen ist.

Pleiten, Pech und Pannen haben das politische Amt des Innensensors begleitet. Niemand anders als Sie, Herr Bürgermeister, der die politische Verantwortung für die Amtsführung Ihrer Senatoren hat, hat diesem glücklosen Wirken zugesehen und erst unter dem wachsenden Druck und mit zunehmender Angst um den Wahltermin im September die notwendigen Rücktrittsgespräche geführt.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Das Wort hat der Abgeordnete Forst.

(Antje Möller GAL: Aber er ist nicht zu verstehen!)

Rolf-Rüdiger Forst (fortfahrend): Mit der Ernennung Ihres Hamburger Parteivorsitzenden zum Innensensor, der noch vor wenigen Wochen vehement darum bemüht war, das Thema Innere Sicherheit aus dem Wahlkampf herauszuhalten, haben Sie den personalpolitischen Offenbarungseid hier und heute geleistet. Sie haben deutlich gezeigt, daß die Hamburger Sozialdemokratie personell ausgeblutet und verbraucht ist.

B

(Barbara Duden SPD: Das ist die falsche Rede! – Gegenruf von Tanja Bestmann SPD: Das ist der falsche Abgeordnete!)

So dürfen wir natürlich gespannt sein, wann Sie uns nunmehr Frau Angelika Mertens in der Nachfolge von Frau Roth präsentieren.

Die Rücktritte von Frau Fischer-Menzel, von Frau Raab und nunmehr auch der Rücktritt von Herrn Wrocklage pflastern den Weg Ihrer Amtszeit, Herr Bürgermeister. Der fehlende Mut, sich zur rechten Zeit von Ihren Risiko-Senatoren, Frau Peschel-Gutzeit, Herrn Wagner und Frau Roth, zu trennen, läßt uns alle spüren, wie sehr sich die Hamburger Sozialdemokratie in den mehr als vierzigjährigen Zeiten ihrer Regierung personalpolitisch wie auch inhaltlich aufgezehrt und verschlissen hat.

Darum braucht Hamburg mehr denn je eine politische Erneuerung und den Wechsel. Mit Spannung und Wachsamkeit werden wir in den nächsten Wochen und Monaten das von Ihnen, Herr Senator, und auch von Ihnen, Herr Bürgermeister, angekündigte Sofortprogramm der Inneren Sicherheit beobachten und natürlich auch mit unserer Pflicht kritisch begleiten. Erfolge leben nicht von Ankündigungen und Annoncen, sondern von politischer Verantwortung und Taten. Das politische Erbe des ausgeschiedenen Innensensors wiegt schwer. Die Vertrauensverluste unserer Bürger und Bürgerinnen in die Innere Sicherheit sind unübersehbar. Als Beiwerk hat uns die glücklose Amtszeit Ihres Vorgängers auch noch schillernde Persönlichkeiten der Zeitgeschichte hinterlassen.

(Barbara Duden SPD: Schill! – Günter Frank SPD: Ja, Herr Schill!)

C

Herr Senator! Auch wenn Sie hier und heute in diesem Hause nicht die absolute Mehrheit erringen konnten und eigentlich mit einem sehr dünnen Ergebnis nunmehr Ihr Amt antreten müssen: Machen Sie es besser als Ihr Vorgänger, nehmen Sie die Sparmaßnahmen zurück, stellen Sie das Vertrauen der Polizei in die politische Führung wieder her, und gewinnen Sie das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger in die Innere Sicherheit zurück! Dazu reichen wir Ihnen gerne die Hand

(Lachen bei der SPD – Barbara Duden SPD: Wer hat denn das geschrieben?)

– da könnt ihr ruhig lachen –, denn die Bürger unserer Stadt haben einen Anspruch und haben es verdient, sich in Hamburg nicht nur sicher zu fühlen, sondern sie haben auch den Anspruch, sich wohl zu fühlen. Leisten Sie dazu Ihren Beitrag.

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Vahldieck.

Heino Vahldieck CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, ich fand Ihre Rede ziemlich enttäuschend.

(Oh-Rufe bei der SPD)

Ich hatte gehofft, daß hier ein Feuerwerk des neuen Senators abgebrannt wird, und statt dessen wird auf das länglichste Valium 10 verabreicht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn der Erste Bürgermeister auch noch den politischen Nachruf auf den ausgeschiedenen Innensensor abgibt, dann sind das nichts als Krokodilstränen. Wenn gestern eine Zeitung – völlig zu Recht – den Aufmacher hat:

„Runde opfert den Innensensor“,

dann sagt das alles. Wenn dann derselbe Bürgermeister hier die Verdienste dieses Innensensors in den schillerndsten Farben malt, ist das unglaublich. Dann sind das tatsächlich Krokodilstränen.

Im übrigen ist es bemerkenswert, Herr Runde, hier einen ehemaligen Senator so zu loben, ihn aber nicht daran zu hindern, noch in der „Welt am Sonntag“ markige Interviews zu geben – „Der schwache Herr von Beust und die CDU kriegen meinen Kopf nicht“ –, zu einem Zeitpunkt, als die Sache offenbar schon lange eingetütet war. Das ist sehr fragwürdig.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben auch etwas von „anonymen Hinweisen“ gesagt. Das ist sicherlich nicht immer das Schönste. Auf der anderen Seite wäre aber das, was wir als PUA-Filz gehabt haben, ohne anonyme Hinweise nicht herausgekommen. Insofern können anonyme Hinweise im Einzelfall auch Anlaß dazu geben, sich einer Sache anzunehmen und dann Tatbestände zutage zu fördern.

(Beifall bei der CDU)

Insofern sollte man sich über diese anonymen Hinweise etwas zurückhaltender äußern.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Nicht wenn die Hinweise falsch sind!)

D

(Heino Vahldieck CDU)

- A Eine Sache noch, und dann lasse ich Sie auch in Frieden.
(Lachen bei der SPD)

Wo haben Sie Bilder gesehen, die Herrn von Beust fröhlich zusammen mit Kampfhundebesitzern zeigen?

(Dr. Holger Christier SPD: Doch natürlich vorm Rathaus!)

Zeigen Sie uns diese Fotos.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich Wrocklage, wenn ich Wagner, wenn ich Peschel-Gutzeit hieße – bei denen ist das tägliche Brot –, dann würde ich sagen, bis morgen 12 Uhr geben Sie uns eine entsprechende Unterlassungserklärung ab. Wir arbeiten politisch. Herr Bürgermeister Runde, es gibt keine derartigen Fotos, und wenn Sie solche zeigen können, dann zeigen Sie sie. Es wird Ihnen aber nicht gelingen. Bis Sie die Fotos nicht gezeigt haben, müssen Sie sich gefallen lassen, daß man Ihnen vorwirft, Sie haben hier schlicht gelogen.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Ordnung.

Heino Vahldieck (fortfahrend): Ole von Beust und die CDU und ich persönlich haben diese Hundeverordnung zu jedem Zeitpunkt gutgeheißen. Wir haben sie verteidigt, wir haben sie auch öffentlich verteidigt. Bei jeder Gelegenheit haben wir gesagt, wir finden sie gut. Zu sagen, „von Beust fröhlich im Kreise von Kampfhundebesitzern“, ist schlicht eine Unverschämtheit.

- B (Beifall bei der CDU)

Erlauben Sie mir einige wenige Worte zu Herrn Mahr. Herr Mahr, wenn Sie sagen, die GAL-Fraktion habe geschlossen Herrn Scholz gewählt, dann ist es angesichts dieser peinlichen Ergebnissadressen, die Sie hier an die SPD leisten, absolut glaubwürdig. Es ist erstaunlich, wie eine Partei binnen vier Jahren in einer derartigen Weise domestiziert werden kann; das ist wirklich unglaublich.

(Beifall bei der CDU)

Zum Wrocklage-Rücktritt oder besser zum Rückzug: Er war natürlich überfällig, sonst hätten wir das auch nicht beantragt. Dieses Amt war diesem Mann nicht gerade auf den Leib geschneidert. Es ist ihm nie gelungen, in der Öffentlichkeit oder im Polizeiparadigma den Eindruck zu vermitteln, er besitze auf diesem Gebiet irgendeine Kompetenz. Und es ist ihm auch nie gelungen, innerhalb der Polizei – bei der Polizeiführung mag das anders sein, die ist durchweg handverlesen und sozialdemokratisch – Vertrauen für sich selbst aufzubauen. Er war regelmäßig schlecht beraten, und dieses wunderschöne Adjektiv „beratungsresistent“ habe ich zum ersten Mal im Zusammenhang mit Wrocklage gehört. Ich glaube, es ist im Zusammenhang mit ihm kreierte worden, ein Wort, das inzwischen bestimmt auch im Duden steht, zumindest gehört es da hinein.

Und am Ende war Herr Senator Wrocklage – man kann beinahe sagen – von allen guten Geistern verlassen. Der Versuch, die Presse an die Kette zu legen, war völlig daneben, und die Konsequenz war unabwendbar.

Sein größtes Problem bestand darin, die Realität zur Kenntnis zu nehmen. Angesichts der Polizeistatistik hat er

doch tatsächlich gesagt – ich habe das an dieser Stelle schon mehrfach erwähnt, aber es ist so bemerkenswert, daß man es noch einmal erwähnen darf –, die Sicherheitslage in Hamburg sei stabil. Das sagte Herr Wrocklage angesichts von 6 Prozent Steigerung bei der Gewaltkriminalität, angesichts von 19 Prozent Steigerung beim Straßenraub, angesichts der höchsten Kriminalitätsrate aller Länder und aller Metropolen, angesichts der niedrigsten Aufklärungsquote aller Länder und angesichts der wohl größten Drogenszene Deutschlands, wenn nicht Europas.

(Manfred Mahr GAL: Der Welt! – Dr. Martin Schmidt GAL: Wir machen noch eine Weltreise!)

Meine Damen und Herren, die Sicherheitslage ist nicht stabil. Die Sicherheitslage ist schlecht, sie ist in Teilbereichen katastrophal. Der morgen erscheinende „Stern“ wurde hier schon zitiert. In ihm wird der Satz auftauchen – ich zitiere –:

„In keiner deutschen Großstadt lebt es sich gefährlicher als in Hamburg.“

Wenn hier schon „Focus“ und andere zitiert werden, zitieren wir den unglaublich CDU-freundlichen „Stern“, der sagt, in keiner deutschen Großstadt lebt es sich gefährlicher als in Hamburg. Das ist eine Aussage, auf die wir nicht stolz sein können, aber wir wissen, wem wir sie zu verdanken haben.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts dieser objektiven Umstände fühlte sich der Damals- noch-nicht-Senator Scholz nicht daran gehindert, die Gesundheitsbetriebe von Wrocklage nachzuplappern und ansonsten die Parole auszugeben, Leute, haltet dieses Thema auf kleiner Flamme. Und wenn die Wahlkampfleiterin der SPD an eine Bezirksfraktion der SPD die Empfehlung – kann man das Empfehlung nennen? – ausgibt, man möge doch bitte davon absehen, eine Veranstaltung zu diesem Thema zu machen, das würde nicht ganz in die Landschaft passen, dann sagt das eigentlich alles. Wer ist eigentlich der Vorgesetzte dieser Wahlkampfleiterin, auf wessen Veranlassung tut sie dies? Es war offenbar die Strategie der SPD, das Thema herunterzureden, so zu tun, als sei es überhaupt kein Thema; das ist aber kläglich gescheitert. Jetzt wurde das Ruder um 180 Grad herumgeworfen und das Ganze zu einem Schwerpunktthema erklärt. Das hat seit vielen Jahren sozialdemokratische Tradition.

Wir erinnern uns: Regelmäßig war es so, daß drei bis vier Monate vor der Wahl, wenn das Thema „Innere Sicherheit“ irgendwie virulent wurde, die sicherheitspolitische Windmaschine angeworfen wurde. Das hat schon Pawelczyk in den achtziger Jahren getan. Da gab es U- und S-Bahn-Begleitung, die natürlich nach den Wahlen sofort beendet wurde, ist ja klar. Da wurde etwas in der Hafenstraße getan. Voscherau verblüffte uns alle in den neunziger Jahren, als er sagte: „Law and order is an labour-issue“; das war eine völlig neue Erkenntnis. Und wir haben überhaupt keinen Zweifel, daß auch Herr Senator Olaf Scholz eine derartige Polit-Show abziehen wird. Sein großes Vorbild, der Spaß- und Medienkanzler, hat ihm ja vorgemacht, wie man so etwas macht.

Einen ersten Vorgeschmack haben wir schon vor einigen Wochen bekommen mit einer riesigen Drogenrazzia, mediengerecht aufbereitet. Die Presse war eher da als die Polizei, damit man die besten Bilder machen konnte. Polizisten – ich kann das nicht anders ausdrücken – wurden zu

(Heino Vahldieck CDU)

A uniformierten Wahlkampfhelfern der SPD; das ist unwürdig.

(Beifall bei der CDU)

Wer soll das eigentlich ernst nehmen? Ist das nicht vielmehr eine zynische Spekulation auf das kurze Gedächtnis des Wählers? Genau das sind die Ankündigungen des neuen Senators, vollmundig, selbstbewußt und selbstgerecht vorgetragen, die Grenze zur Arroganz zumindest touchierend. Da wird verkündet, das Sparprogramm werde aufgehoben, das Dealertum werde bekämpft, sogar Brechmittel würden eingesetzt. Herr Dr. Petersen hat damals gesagt, das wäre Quatsch, gleichwohl sind für Herrn Scholz Brechmittel nunmehr ein Thema. Das sollten Sie einmal unter den Altonaer Genossen erörtern. Es wird in der Tat Zeit, dies zu machen, aber wir sind überrascht, daß diese kluge Erkenntnis, daß es ein wirklich sinnvolles Mittel für die Polizei ist, erst jetzt kommt; wir machen uns allerdings unseren Reim darauf. Wir freuen uns, daß unsere Forderungen aufgegriffen werden, halten es aber für unglaubwürdig. Versäumnisse, die in 44 Jahren SPD-Dauerherrschaft eingetreten sind, lassen sich nicht in vier Monaten aufheben. Es wird sogar für uns schwierig genug, das Ganze in vier Jahren wieder auszubügeln.

(Beifall bei der CDU und Lachen bei der SPD)

Das wird schwierig genug, aber wir werden es schaffen.

Meine Damen und Herren! Starke Sprüche können fehlende Kompetenz nicht ersetzen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der Herr Senator hat gesagt, wir brauchten keine starken Sprüche, sondern starke Taten. Bisher haben wir nur starke Sprüche von ihm gehört; auch die fand ich noch nicht einmal besonders stark.

B

(Luisa Fiedler SPD: Warten Sie doch ab! – Dr. Andrea Hilgers SPD: Solange ist er ja noch gar nicht im Amt!)

Aber Zweifel an seiner innenpolitischen Kompetenz wußte er geschickt zu zerstreuen. Im „Hamburger Abendblatt“ von gestern kam der Hinweis, er, Scholz, sei ja schließlich stellvertretendes Mitglied im Innenausschuß des Deutschen Bundestages; mit anderen Worten: eine echte Herzensangelegenheit. Dann ist es auch konsequent, daß er seit September 1999 von 39 Sitzungen immerhin an zwei teilgenommen hat.

(Beifall bei der CDU)

Das ist für mich ein Indiz für ein leidenschaftliches Interesse an diesem Thema.

(Beifall bei der CDU)

Zusammenfassend möchte ich sagen:

(Dr. Martin Schmidt GAL: Endlich!)

Die Freude über Wrocklages Rücktritt ist nicht nur in der Polizei, nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch hier im Hause offenbar ziemlich groß. Und wenn Herr Dr. Christier das Ganze als geschickten politischen Schachzug darstellt, dann müßte doch konsequenterweise die SPD unserem Antrag: „Wir begrüßen den Rücktritt“, folgen, Herr Dr. Christier. Ich erwarte diese Konsequenz nicht, das wäre ja völlig neu, aber es wäre konsequent.

Die Freude über den neuen Innensenator ist angesichts des Wahlergebnisses verhalten. Bei uns gibt es sie nicht, bei den Grünen ist sie riesig und bei der SPD, nun ja.

(Heiterkeit bei der CDU)

C

Es gibt aber immerhin – das ist mir wichtig – einen Personenkreis in dieser Stadt, für den die Wahl von Herrn Olaf Scholz zum Senator ohne jede Einschränkung positiv ist, das sind die Mandanten von Herrn Scholz, die ab Oktober einen Anwalt haben, der für sie jede Menge Zeit hat: kein Amt mehr im Deutschen Bundestag, kein Amt mehr im Senat, alle Kraft für die Mandanten. Darüber freuen wir uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Luisa Fiedler SPD: Warten Sie mal ab!)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kleist.

Herr Abgeordneter, ich bitte um Verständnis. Der Senat hat, wenn er sich so meldet, daß das Präsidium das erkennen kann, auch das Recht, jederzeit zu sprechen. Ich gebe das Wort Senator Scholz.

Senator Olaf Scholz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist schon in Ordnung, wenn die Opposition in diesem Hause sagt, es gebe keine Schonfrist für einen neuen Senator so kurz vor der Wahl. Es ist auch in Ordnung, wenn sie in gewisser Weise einen bestimmten Respekt hat und auch akzeptiert, daß bestimmte Sachen auf den Weg gebracht werden können. Aber wenn man sagt, Schonfrist gebe es nicht, dann soll man es auch nicht mit dem übertreiben, was man mit einer Person an Erwartungen und Vermutungen verbindet.

Ich habe mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, daß meine gerade einjährige Amtszeit als Landesvorsitzender der Hamburger SPD auf eine mehrjährige angewachsen ist. Das ist sicherlich sehr schön für mich, aber es ist doch eine Fehleinschätzung. Es ist ebenfalls falsch, daß ich mit meinen 42 Jahren zuständig für 44 Jahre SPD-Regierung in dieser Stadt bin.

D

(Heino Vahldieck CDU: Geschenk! – Ole von Beust CDU: Historische Verantwortung!)

Auch das haben Sie hier so dargestellt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aber es ist trotzdem eine gute Sache, wenn Sie es für möglich erachten, daß ich einiges bewegen kann, und das steht dem Innensenator als Aufgabe zu.

Bei der ganzen Diskussion ist eines wichtig: Über die Debatte zur Inneren Sicherheit, die Streit akzeptiert und verdient, sollte nicht vergessen werden, daß mehr als 9000 Menschen in dieser Stadt für die Innere Sicherheit zuständig sind, die bei der Polizei arbeiten; sie leisten dort eine ganz schwere Arbeit. Jede Debatte, die wir führen, aller Streit, den wir miteinander haben, muß so ausgehen, daß diese Arbeit gemeinsam akzeptiert, daß sie nicht schlechtgeredet wird und wir gemeinsam dafür sorgen, daß das Vertrauen, das die Polizei in dieser Stadt braucht, auch in diesem Hause existiert.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat eine der höchsten Polizeidichten in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist – das darf immer wieder gesagt werden – eine gemeinsame Feststellung dieses Hauses. Es ist schon gesagt worden, daß der Sicherheitsberater der CDU auch festgestellt hat, daß Hamburg eine der höchsten Polizeidichten hat und wahrscheinlich keine zusätzlichen Polizisten

(Senator Olaf Scholz)

A braucht. Geändert worden ist allerdings – das ist in der Tat eine Entscheidung, die jetzt getroffen worden ist und sich auch mit meinem Amtsantritt verbindet –, daß es keine weiteren Kürzungen geben wird, auch nicht in diesem Jahr, so daß wir als Konsens festhalten können, daß wir eine hohe Polizeidichte haben, die ausreichend ist und effizient in der Polizeiarbeit eingesetzt werden soll. Das sollte unsere gemeinsame Grundlage für Diskussionen über die Innere Sicherheit in dieser Stadt sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Unsere Stadt hat eine gute Sicherheitslage. Es ist für das Klima einer Stadt bei allem Streit, bei aller Differenz wichtig, daß man das nicht schlechtredet, weil es natürlich wichtig ist, daß wir als Politikerinnen und Politiker Verantwortung übernehmen, die auch darin besteht, den Menschen einen richtigen Eindruck von der Wirklichkeit in unserer Stadt zu geben. Aber das heißt nicht – das werden Sie bei mir niemals erleben –, vorhandene Probleme nicht anzusprechen, nicht zu beschreiben und Dinge, die nicht gut sind, auch als nicht gut zu bezeichnen. Ich beschreibe hier vor allem das Problem der Intensivdealer, die wir insbesondere am Hauptbahnhof und an anderen Stellen haben. Mir geht es da wie wahrscheinlich jedem in unserer Stadt, mir geht es wie der CDU-Opposition, mir geht es wie dem grünen Koalitionspartner, der REGENBOGEN-Gruppe und, nehme ich jedenfalls an, der SPD. Niemand kann verstehen, daß Menschen dort in Gewahrsam genommen werden und kurze Zeit später wieder da sind. Man kann auch nicht verstehen, daß junge Menschen, die Schutz und Fürsorge benötigen, gewissermaßen etwas anderes tun als das, was man für ihre Entwicklung wichtig fände, nämlich mit Drogen handeln. Das werden wir beenden, das ist mir eine ganz wichtige Aufgabe, die schnell aufgegriffen wird.

B

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich komme auf das zurück, was ich an verschiedenen Stellen bereits gesagt habe. Ich bin damit einverstanden, wenn Sie zunächst einmal sagen, das kündigten wir hier nur an und würden gucken, ob auch Taten folgten. Es ist in Ordnung, daß Sie darauf warten. Es ist auch in Ordnung, wenn die Wählerinnen und Wähler dieser Stadt, wenn die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sagen, wir wollen sehen, ob es auch klappt. Aber ich verspreche, der Senat insgesamt und dieser Senator werden es schaffen, dieses Problem schnell und zügig zu lösen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Es gibt ein zweites Problem, das wir diskutieren müssen, die Raubtaten meistens junger Männer an jungen Männern und die damit verbundenen Straftaten. Es ist ein Phänomen, das in unserer Gesellschaft zugenommen hat, nicht nur in Hamburg, aber in Hamburg mit besonders belastenden Zahlen.

Wir sollten es uns zur Aufgabe machen, das zu ändern, denn was dort stattfindet, ist nicht nur, daß irgendwer plötzlich den Einfall hat, er könnte jemandem etwas wegnehmen, sondern das sind Formen der Brutalisierung, der Entmoralisierung von Gesellschaft, die wir gemeinsam aufgreifen müssen und wo wir mit den verschiedensten Handlungsmöglichkeiten dafür Sorge tragen müssen, daß sich das ändert.

(Antje Blumenthal CDU: Das gibt es doch schon länger!)

Deshalb wird das Anti-Raub-Konzept, das bereits in den Grundzügen eingesetzt ist und wirkt, weiter ausgebaut

werden. Ich will, daß jeder, der eine solche Tat begeht, von einem Polizeibeamten besucht wird, daß mit ihm, seinen Eltern und denjenigen, die für seine Erziehung verantwortlich sind, gesprochen wird und notfalls weitere Schritte eingeleitet werden. Das Wichtigste ist, schnell zu reagieren, schnell da zu sein, schnell zu sagen, wir haben euch im Auge und werden darauf achten, wie das weiter mit euch läuft.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Heino Vahldieck CDU: Sie haben ja so recht!)

Meine Damen und Herren! Das Amt des Innensensors zu übernehmen, bedeutet auch, zu dem Amt zu stehen. Das hat auch etwas mit Mentalität, mit der Frage zu tun, ob man damit klarkommt, daß dies eine Behörde ist, in der es darauf ankommt, die Polizei einzusetzen und die damit verbundenen repressiven Aufgaben zu realisieren. Ich verspreche Ihnen, daß ich keinerlei Beißhemmung habe, was Kriminelle in dieser Stadt betrifft. Die Polizei wird erleben, daß der Polizeisenator das Notwendige an Durchsetzungskraft, das in dieser Stadt erforderlich ist, für die Polizei mitbringt.

(Beifall bei der SPD)

Diese Stadt braucht ein liberales Klima. Zu einem liberalen Klima gehört, mit dem Thema der Liberalität positiv und offen umzugehen. Herr von Beust, es bedeutet nicht, jeden Tag eine neue Auffassung zu haben, es bedeutet auch nicht, in Wahrheit einen nicht klaren, nicht erkennbaren Kurs zu haben. Es bedeutet auch nicht, in Hintergrundgesprächen erkennen zu lassen, daß man eigentlich viel liberaler sei, als man sich in Reden darstellt, sondern es bedeutet, eine klare Position zu Liberalität und allem, was Aufgabe der Polizei in dieser Stadt ist, zu haben. Und das ist mit der Formulierung, die ich schon an anderer Stelle gewählt habe, gemeint: Diese Stadt braucht eine liberale Polizeiführung, aber sie darf nicht doof sein, sondern muß das tun, was gegenüber Verbrechern und Kriminellen erforderlich ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Lassen Sie mich zum Schluß etwas zum Verhältnis des Innensensors zur Polizei sagen. Es ist sehr notwendig, daß Vertrauen herrscht. Was ich zustande bringen kann, um Vertrauen in die Polizei zu investieren, werde ich während meiner Amtszeit und auch darüber hinaus sicher tun, denn es ist wichtig, daß die Polizei weiß, daß der Innensenator hinter und vor ihr steht und das Notwendige tut, was die Polizei benötigt.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin sicher, daß es jeden Tag und jede Woche gelingen wird, daß das, was die Polizei und die Innenbehörde an guter Arbeit leisten, was der neue Senator und der neue Staatsrat zusammen zustande bringen, auch erkannt wird. Ich glaube, die Menschen werden wissen, daß hier gute Arbeit gemacht wird, und das auch in ihren Entscheidungen, die bald anstehen, zum Ausdruck bringen. – Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um die gegenwärtige Situation in Hamburg genauer zu beschreiben, muß ich ein paar Wochen zurück-

C

D

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A gehen, auch, um deutlich zu machen, wie es um die Opposition in Hamburg steht. Hartmuth Wrocklage hat nämlich einen schweren Fehler gemacht. Er hat gegen eine Grundregel verstoßen, die für alle Politiker gilt. Diese Grundregel heißt: Du darfst nie die Presse, die dich kritisiert, auch kritisieren. Ich kann mir das dennoch leisten, denn ich bin nicht Senator, ich habe kein Amt, ich bin unabhängiger Abgeordneter, und es ist mir ziemlich wurscht, was über mich geschrieben wird.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich werde jetzt etwas über einige Damen und Herren sagen, denen gegenüber ich bisher diese Regel grundsätzlich praktiziert habe, und ich habe einen freundlichen Umgang mit der Presse gepflegt. Aber es gibt eine Situation, da gilt das Wort des Aristoteles:

„Amicus Plato, sed magis amica veritas.“

Das heißt auf Deutsch: Plato ist mein Freund, aber die Wahrheit ist noch viel mehr mein Freund. Deswegen rede ich jetzt über die Wahrheit.

Die Geschichte hat am 12. Mai, einem Samstag, begonnen. Da hat offenbar am Vortag ein ungenannter, aber ganz mutiger hoher Polizeiführer beim „Abendblatt“ und bei der „Morgenpost“ angerufen und die Geschichte der angeblichen Bestrafung des Polizeisprechers Fallak erzählt. Obwohl immerhin die „Morgenpost“ noch bei Herrn Fallak anruft und dieser die Story nicht bestätigt, schreiben beide Zeitungen lange Berichte und Kommentare, in denen der Wahrheitsgehalt der Story unterstellt wird und politische Folgerungen daraus abgeleitet werden.

- B Polizeiführung, Herr Fallak und der Innensenator erklären am Tag danach, daß die Story nicht stimmt, aber das hat keinen Zweck, die Schlagzeilen heißen: „Typischer Reflex“, „Wrocklage streitet alles ab“, „Jetzt sind die Medien schuld“, oder der schöne Satz im „Abendblatt“:

„An den Vorwürfen ändert das nichts, auch wenn sie nur schwer zu beweisen sind.“

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Mein Vorschlag ist, diesen Satz ins Lehrbuch für angehende Journalisten unter der Überschrift „Wie organisiere ich am schlauesten einen Rufmord“ zu schreiben.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Dann schlägt die hohe Stunde der mutigen Anonymen.

(Holger Kahlbohm SPD: Peinlich!)

„Bild“ gibt die Aussage eines Polizeiführers wieder, der anonym bleiben will. Im „Abendblatt“ meldet sich auch einer, dessen Karriere angeblich blockiert worden ist; auch er möchte ungenannt bleiben. Das „Abendblatt“ verteilt dazu schon Orden. Wörtlich:

„Nachdem Hamburger Polizeiführer, wenn auch noch anonym, jetzt mutig an die Öffentlichkeit gegangen sind ...“

Solche mutigen Führer haben wir uns immer gewünscht. Ein kleines Mißverständnis liegt freilich bei den Journalisten vor. Ihr Telefon ist nicht die Öffentlichkeit, sondern ein öffentliches, nicht anonym geäußertes Wort eines Menschen. Im übrigen gilt an dieser Stelle das, worauf der Bürgermeister schon angespielt hat. Seit 200 Jahren gibt es ein deutsches Sprichwort:

„Der größte Lump im ganzen Land,
Das ist und bleibt der Denunziant.“

(Zuruf von Heino Vahldieck CDU)

Herr Vahldieck, im Gegensatz zu Ihrer Rede ist die Geschichte völlig anders als seinerzeit, denn hier ging es darum, zu klären, was wirklich los ist, und das hat niemand getan, weder die Zeitung noch die Opposition. Herr von Beust hat schon einmal konditionell den Rücktritt des Innensensors gefordert.

(Ole von Beust CDU: Wenn das stimmt, habe ich gesagt!)

– Wenn das stimmt, hat er gesagt, anstatt zu fragen, ob es stimmt, aber so kann man auch Opposition machen.

In „Bild“ wird weiter gemunkelt, in der „Morgenpost“ wird dem Polizeipräsidenten ein Satz untergeschoben, den er gesagt haben „soll“; alles so, daß nichts behauptet wird, damit auch nichts zurückgenommen werden muß, aber immer etwas hängenbleibt.

Und als in dem Wust von Unterstellungen und anonymen Vorwürfen, die längst das Ansehen aller anonymen und nicht anonymen Polizeiführer beschädigt haben, die Innenbehörde und die Polizeiführung alle wichtigen Beförderungen und Versetzungen um einige Monate verschieben, da hat das auch keinen Zweck mehr; „es ist längst zu spät“.

Die Vorwürfe, die meist unter Berufung auf die „mutigen“ Anonymen gegen den Innensenator erhoben werden, sind „SPD-Parteibuchwirtschaft“ und „Unterdrückung von Widerspruch“. Zur Unterdrückung von Widerspruch weiß ich nur soviel, daß der Senator, nicht immer zu meiner Freude, oft der Ansicht seiner, auch bei Besprechungen mit Abgeordneten anwesenden und ohne Scheu redenden, Bediensteten gefolgt ist.

Zur SPD-Parteibuchwirtschaft möchte ich die Geschichte der letzten drei Polizeipräsidenten in Erinnerung rufen. Der eine war CDU-Mitglied und trat zurück, ohne daß um ihn jemand getrauert hätte, der nächste war SPD-Mitglied, und sein Weggang wurde allseits in diesem Hause betrauert, und der dritte ist wieder SPD-Mitglied, und er steht jetzt zusammen mit Hartmuth Wrocklage im Streit der Meinungen. Was ist daran Parteibuchwirtschaft?

An dieser Stelle einige Anmerkungen zu dem, was dann natürlich sofort im Zusammenhang kommt, nämlich zum Filz. Es ist in Hamburg wirklich so, daß man wie der Hase immer auf den Igel trifft, es gibt nur einen Unterschied zum alten Märchen: Man kann die Frau des Igels leicht vom Mann unterscheiden, weil es in der SPD so viele Unterschiede wie im Volk auch gibt. Herr Freiberg ist auch SPD-Mitglied, und mich täte es nicht wundern, wenn auch einige Mitglieder der Gruppe der „mutigen Anonymen“ SPD-Mitglieder wären.

(Heiterkeit bei der GAL und der SPD – Heino Vahldieck CDU: Sonst wären sie keine Polizeiführer!)

Zweitens: Herr von Beust hat sich einen Berater an Land gezogen, der in der Stadt viele Geschäfte macht. Er hat jüngst dem SPD-Filz einen klassischen Persilschein ausgestellt. Dieter Becken sagte auf die Frage, warum er, der so eng mit dem rotgrünen Senat kooperiert, sich jetzt für die CDU engagiert:

„Das eine schließt das andere nicht aus. Ich glaube nicht, daß ich dadurch Nachteile habe.“

C

D

(Dr. Martin Schmidt GAL)

A (Beifall und Heiterkeit bei der GAL und der SPD –
Ole von Beust CDU: Der ist doch kein Beamter, der
ist Unternehmer! Dummes Zeug!)

Drittens: Ich wiederhole, was ich hier schon einmal gesagt habe. Wir, die GAL, haben uns immer bemüht, möglichst alle Stellen von Bedeutung in dieser Stadt öffentlich auszusprechen. Wir sind da auch ziemlich erfolgreich, aber eine politisch relevante Stelle konnte im letzten Jahr nicht ausgeschrieben werden, die des stellvertretenden Leiters der Landeszentrale für politische Bildung.

(*Ole von Beust CDU*: Eine A-15-Stelle!)

Warum nicht? Weil die CDU darauf bestand, im Stellenproporz beteiligt zu werden und auch ihre Pfründe zu bekommen. Sie hat sie bekommen und genommen und eine überdurchschnittliche Beförderung gleich mit dazu.

(*Ole von Beust CDU*: Das stimmt doch gar nicht!)

Dann ging die Geschichte weiter: Die günstige Gelegenheit, daß Wrocklage im Schußfeld lag, nutzte die Gewerkschaft der Polizei zur Kündigung des Bündnisses für Sicherheit, dessen Verabredungen inzwischen zu 90 Prozent abgearbeitet sind. Grund ist das Vorhaben der von der Bürgerschaftsmehrheit gewollten Reform der Polizeiausbildung. Der Vorwurf kann sich also kaum gegen Hartmuth Wrocklage richten, sondern nur gegen die Bürgerschaft; darüber kann jetzt Olaf Scholz nachdenken.

In der Presse geht es weiter: Am 15. Mai erscheint in „Bild“ ein Artikel über die Büroleiterin des Innensensors, der an Chauvinismus und Frauenfeindlichkeit kaum zu übertreffen ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

B Die „Morgenpost“ darf da nicht fehlen und zieht am Tag danach nach. Am nächsten Tag wird die Uralt-Story des Professor Merten von der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung aufgewärmt. Da hat die Fachhochschule vor einigen Jahren etwas beschlossen, das intern großen Streit verursachte, und die zuständige Behörde versucht, das auszuführen. Wie wären wohl die Schlagzeilen, wenn der Senator einen Beschluß der Fachhochschulleitung außer Kraft setzen würde?

Der nächste Schritt ist fast der Höhepunkt. Zunächst beginnt die Geschichte mit dem Hauskauf. Es erscheint folgendes Bild:

(Der Abgeordnete präsentiert ein Zeitungsfoto.)

Diese Akte hat es nicht gegeben, sie ist erkennbar für diese Fotografie hergestellt worden. Jedenfalls stellt am selben Tag das Dezernat Interne Ermittlungen fest, daß ein Aktenordner „Wrocklage Hauskauf Uhlenhorst“, wie in der Berichterstattung dargestellt, bei einer Durchsuchung im Rahmen eines gegen Frau Scholz betriebenen Ermittlungsverfahrens am 7. August 1997 nicht sichergestellt worden ist. Dies bleibt dennoch in der Öffentlichkeit, und alle anderen Zeitungen ziehen nach. Wenn man auch nur ein bißchen darin liest, dann kann man feststellen, daß Wrocklage eine absolut geniale Voraussicht und kriminelle Energie gehabt haben müßte, wäre auch nur ein Funke an der Story wahr. Aber auch dieses dient dazu, Herrn Wrocklage zu diffamieren.

Dann hat er wirklich einen Fehler gemacht, er hat geglaubt, er könne das, was jedem Bürger im Rechtswesen zusteht, nämlich sich juristisch gegen Unterstellungen und Verleumdungen zu wehren, auch als Senator verwenden; das

war sicher falsch. Denn es hat sofort eine heftige Erklärung der Landespressekonferenz gegeben, die das als einen inakzeptablen Versuch gewertet hat, kritische Stimmen zu unterdrücken. Wo war in all diesen Wochen die Kritik der Landespressekonferenz an dem, was in der Hamburger Presse stattgefunden hat?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

In der Schreibtischschublade in meinem Abgeordnetenbüro liegt vorsichtshalber Luthers kleiner Katechismus. Mein Vorschlag für die Journalistenschule der Hamburger Zeitungen ist, einmal die Auslegung zum achten Gebot aufzuschreiben:

„Wir sollen Gott fürchten und lieben, daß wir unseren Nächsten nicht belügen, verraten, verleumden oder falschen Leumund machen, sondern ihn entschuldigen, Gutes von ihm reden und alles zum besten kehren.“

Nur so zum Nachdenken. Das gilt dann auch für die Damen und Herren, die zunächst konditionale und dann reale Rücktrittsgesuche aufgrund dessen stellen, was ich Ihnen eben vorgetragen habe. Das war nämlich der ganze Befund, der die Opposition dazu gebracht hat, mit den Worten „Jetzt reicht es“ den Rücktritt von Herrn Wrocklage zu fordern.

Damit kommen wir zum politischen Hauptpunkt der ganzen Affäre. Wir haben jetzt folgendes vor uns: In dieser Stadt gibt es eine Mini-Partei, die nach den bisherigen Umfragen durchaus Chancen hat, in die Bürgerschaft zu geraten, nämlich die des Herrn Schill. Die CDU unter Herrn von Beust, der vor vielen Jahren angetreten ist, eine liberale Großstadtpartei zu führen und zu formen, schließt eine Koalition mit diesem wildgewordenen Rechten nicht aus.

Es ist nicht ohne Ironie zu sehen, daß es nach vielen anderen Vorsitzenden der CDU in ihrer Fraktion ausgerechnet Ole von Beust sein wird, der als Steigbügelhalter von Schill in die hamburgische Geschichte eingehen wird.

(Anhaltender Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Beitrag von Herrn Schmidt war sicherlich

(*Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*: Nicht schlecht!)

in einigen Passagen überzeugend und richtig, aber er hatte auch, wenn man genau zuhörte, etwas sehr Historisches an sich. Er guckte alte Entwicklungen an, was interessant war und nach meiner Meinung auch wichtig ist, aber auf die neue Situation, auf die Äußerungen des neuen Innensensors, Herrn Scholz, in den letzten zwei, drei Tagen, ist er nicht eingegangen. Leider hat der neue Innensensor zu meinem Bedauern gesagt, daß die CDU in ihren Kritiken des letzten halben Jahres im Zusammenhang mit der Inneren Sicherheit überall recht hat. Das hat er leider gesagt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und der CDU)

Er hat gesagt, daß es richtig war, daß die CDU sich hingestellt und gesagt hat: Wir wollen keine Sparmaßnahmen für die Polizei. Herr von Beust hat sich hier hingestellt und gesagt, es muß eine Gerechtigkeit in dieser Stadt sein, es darf nicht nur im sozialen und im kulturellen Bereich gespart werden, aber wir wollen bei der Polizei nicht sparen. Jetzt

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A stellt sich dieser Innensenator und mit ihm Herr Runde hier hin und sagt, die CDU hatte recht, hier wird nicht mehr gespart. Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle Menschen, die in den sozialen Institutionen und im kulturellen Bereich arbeiten, weil dort weiter heftig gespart, und zwar zusätzlich noch gespart wird, wie wir heute festgestellt haben, und das ist ungerecht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Die zweite wichtige Sache. Wir waren in der Aufklärung gerade bei den Menschen, die sich ein bißchen mehr in dieser Stadt und im Zusammenhang mit Ursachen und Verhältnissen auskennen. Der Drogenabhängige in dieser Stadt wird nicht – und das haben wir doch gelernt, und zwar meist gemeinsam – durch den Dealer drogenabhängig. Das war doch eine Erkenntnis, die wir gemeinsam festgestellt haben. Nicht der Dealer ist daran schuld, sondern er ist süchtig und braucht den Dealer, um diese Sucht zu befriedigen. Das ist furchtbar, das ist dramatisch, aber das ist eine Sache, wo wir in gewisser Weise aufklärerisch vorgehen müssen.

Jetzt erleben wir Herrn Scholz, wie er in der gleichen populistischen Art und Weise wie die CDU hier eintritt nach dem Motto: Wir werden die Drogenszene dadurch bekämpfen, daß wir auf die Intensivdealer reinschlagen, daß diese in einiger Zeit nicht mehr zu sehen sind, wie er sogar gesagt hat. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke –
Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ist platt!)

Das hat mit Aufklärung im Zusammenhang mit diesem Punkt nichts mehr zu tun. Ich verstehe da die GAL nicht. Das ist einer der ganz wenigen Fortschritte, die im Zusammenhang mit Koalitionsvereinbarungen erreicht worden sind, und die werden mit dieser Erklärung praktisch vom Tisch gewischt.

- B

(Doris Mandel SPD: Das stimmt doch nicht!)

In den nächsten Tagen und Monaten wird um den Populismus zwischen Schill, CDU und SPD gekämpft, und das wird man Wahlkampf nennen. Leider wird durch diese Entscheidung das Thema ins Zentrum des Wahlkampfs rücken.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ist doch Quatsch!)

Das ist sicherlich nicht gut für die Aufklärung. Das Problem ist leider, daß wir diesen Mechanismus von Politik schon von dem großen Vorbild Herrn Schröder kennen, der nämlich auch immer gerne die CDU-Politik mit seiner SPD besetzt hat, um zu sagen, was wollt ihr denn, ich mache doch die Politik, die ihr alle wollt. Am Ende – und das ist die Befürchtung, die ich habe – weiß man den Unterschied zwischen SPD und CDU und was die mit der Inneren Sicherheit machen, nicht mehr. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete von Beust.

Ole von Beust CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Schmidt, Sie haben schwere Vorwürfe ausgesprochen. Ob die stimmen oder nicht, kann ich genausowenig beurteilen wie, ob das, was in den Zeitungen berichtet wurde, stimmt.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

C Wenn es so ist, wie Sie sagen, Herr Schmidt, dann frage ich, warum Sie dann Herrn Wrocklage zum Rücktritt gezwungen haben, meine Damen und Herren. Dann hätten Sie es durchstehen müssen.

(Beifall bei der CDU – Lachen und Unmutsäußerungen bei der SPD und der GAL)

Wer ein schlechtes Gewissen hat, schreit, und Sie schreien zu Recht laut. Das kann ich gut verstehen, denn, wenn es so unmoralisch, so unanständig war und dieser arme Mann zu Unrecht unter allem hat leiden müssen,

(Barbara Duden SPD: Das ist unglaublich! – Doris Mandel SPD: Was wollten Sie ihm noch zumuten!)

finde ich Heldentum nach Ladenschluß ziemlich billig, Herr Dr. Schmidt.

(Beifall bei der CDU)

Dann hätten Sie zu ihm stehen müssen.

Unterstellen wir einmal, es stimmt, was Sie gesagt haben, dann frage ich mich, wo Ihre große Moral und Ihre großen Grundsätze und Ihr Anspruch auf Anstand und Ehrlichkeit gewesen sind, als es zum Beispiel um ungeheuerliche, nicht bewiesene Vorwürfe gegen Kohl und Schäuble wegen Bestechlichkeit ging. Da haben Sie geschwiegen, da haben Sie genauso mitgemacht.

(Beifall bei der CDU – Unmutsäußerungen bei der SPD und der GAL)

Ich sage noch einmal, als es um die Vorwürfe der Bestechlichkeit ging.

(Doris Mandel SPD: Sie haben den Biedenkopf vergessen!)

Darum meine ich, wer moralische Ansprüche an andere hat, der sollte diese nur dann äußern, wenn er mit sich selber im reinen ist und sich selber genauso verhält, wie er es von anderen erwartet. Sonst ist es Doppelmoral.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Schmidt, ich hätte große Lust, mit Ihnen jetzt eine Filzdebatte zu führen. Aber daß Sie den Umstand, daß sämtliche Spitzen der Hamburger Verwaltung

(Barbara Duden SPD: Sprinkenhof!)

und nahezu sämtliche Spitzen der Justiz und der öffentlichen Unternehmungen mit Sozialdemokraten besetzt sind, mit einer A-15-Stelle in der Landeszentrale für politische Bildung vergleichen, das ist doch schon ein Treppenwitz, Dr. Schmidt. Das hat überhaupt nichts damit zu tun,

(Beifall bei der CDU)

zumal der von Ihnen monierte Fall von den Grünen mitgetragen wurde. Ich weiß gar nicht, was Sie haben.

Meine Damen und Herren! Ansonsten möchte ich gerne an das anknüpfen, was Herr Hackbusch gesagt hat. Es ist in der Tat so, wenn Herr Scholz das macht, was er ankündigt – ob er das macht, das werden wir ja sehen –, daß er entschieden gegen die öffentliche Drogenszene vorgeht, daß mit der SPD eine Verschärfung des SOG gemacht wird, wie wir es selber gefordert haben, daß mit Intensivtätern härter umgegangen wird, daß man über Brechmittel nachdenkt, dann kann ich nur sagen: Herzlichen Glückwunsch zu der Einsicht, aber warum erst jetzt?

(Beifall bei der CDU)

C

D

(Ole von Beust CDU)

- A Hätten Sie und die Sozialdemokraten die Einsicht früher gehabt, hätten Sie sich und der Stadt viele Probleme ersparen können.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Dann lasse ich über den Antrag aus der Drucksache 16/6041 abstimmen. Wer ihn annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf: Drucksache 16/5778: Große Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema „Die Zukunft der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg“.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Die Zukunft der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg
– Drucksache 16/5778 –]**

Wer möchte das Wort? – Herr Professor Hajen, Sie haben das Wort.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt etwas unruhig. Ich hoffe, daß die nötige Aufmerksamkeit jetzt für den Redner da sein wird. Sie haben das Wort, Herr Professor Hajen.

Dr. Leonhard Hajen SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann in gewisser Weise verstehen, daß nach spannenden und bewegenden Debatten eine Erfolgsstory der Hamburger Politik, die Arbeitsmarktpolitik, nicht mehr die Spannung hat. Ich werde mich auch kurz fassen, weil wir über viele Punkte schon in der Aktuellen Stunde gesprochen haben, und nur noch einmal das aus der Großen Anfrage markieren, wo ich denke, daß dort die Aufgaben für die Zukunft liegen und wie der Senat sie anpacken will, wie es in dieser Großen Anfrage dargestellt wird und nachzulesen ist.

- B Erste Feststellung: Gewinner der Hamburger Arbeitsmarktpolitik sind die Hamburger Frauen. In diesem Bereich ist die Arbeitslosigkeit am stärksten zurückgegangen. Auch in den Maßnahmen der Qualifizierung und der Arbeitsbeschaffung sind zum ersten Mal die Frauen in größerem Maße beteiligt, als es ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit entspricht. Durch eine verbesserte Arbeitsmarktlage sind in der Tat die wirksamsten Instrumente der Arbeitsmarktpolitik – und das sind immer noch vermitteln, beraten, weiterbilden – wirksamer geworden. Was wir bei allen Erfolgen aber nicht tun dürfen, ist, daß auch das vierte, das klassische Instrument der Arbeitsmarktpolitik, Beschäftigung zu vermitteln, weiter ernst genommen wird, weil wir Problemgruppen haben, die in Arbeit qualifiziert werden müssen. Das ist für uns der entscheidende Punkt, daß Beschäftigungsmaßnahmen verbunden werden mit Qualifikationsmaßnahmen, die fähig machen, wieder eine Arbeit im Ersten Arbeitsmarkt zu finden. Das ist das Ziel unserer Maßnahmen. Die Instrumente, die in dieser Großen Anfrage genannt werden und jetzt sicherlich noch entwickelt werden müssen, damit sie ihr Ziel auch erreichen, sind ein Monitoring, also eine genaue Erfassung darüber, was die Betriebe brauchen, welche Qualifikation und auch die Zusammenarbeit mit den Verbänden der Wirtschaft und den Kammern bei der Entwicklung von Qualifikationsmaßnahmen, die uns in dieser Großen Anfrage sehr gut dargestellt worden sind. Für uns ist das Entscheidende, daß wir aus dem Monitoring heraus beobachten, wo Arbeitslosigkeit

entsteht, wo man präventiv tätig werden muß, wie man verhindert, daß überhaupt erst Langzeitarbeitslosigkeit entsteht, daß wir umsteuern zu mehr präventiven Maßnahmen, die in Beschäftigung und Qualifikation münden, um Arbeitslosigkeit zu überwinden. Ein wesentlicher Beitrag dazu ist – und ich hoffe, daß das in der SGB-III-Reform fortgesetzt werden wird –, daß man auch die engen Grenzen der einzelnen Sozialgesetze überwindet und danach fragt, was sind die Stärken eines Arbeitslosen und was braucht er an zusätzlicher Qualifikation, und nicht in erster Linie danach fragt, ob er in das bestehende Regelwerk unserer Sozialgesetzgebung paßt. Sicher können alle diejenigen sein – und das sind immer noch viel zu viele Arbeitssuchende in Hamburg –, daß wir sie nicht hängen lassen, sondern unsere Arbeitsmarktpolitik dazu dienen soll, die Beschäftigungsfähigkeit wieder herzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort, meine Damen und Herren, hat Herr Kruse.

Rolf Kruse CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist zweifellos richtig, daß die Arbeitslosigkeit auch in Hamburg in den letzten vier, fünf Jahren erfreulich zurückgegangen ist. Wir haben aber, Herr Professor Hajen, keine besondere Situation, in der wir uns ausruhen können. Es sind immer noch weit über 70 000 Arbeitssuchende. Wir hatten übrigens vor zehn Jahren leider schon einmal eine höhere Arbeitslosigkeit, fast 100 000, aber dann in fünf Jahren bis 1992 eine Halbierung dieser Summe. Also wir befinden uns in Wahrheit nicht in einer sehr günstigen Situation.

Hamburg dürfen wir nach meiner Ansicht auch nur mit vergleichbaren westdeutschen Großstädten vergleichen. Da stehen aber Köln, Frankfurt, Düsseldorf, München, Stuttgart eindeutig besser da. Wir liegen in der Arbeitslosigkeit immer noch mit dem Flächenland Schleswig-Holstein gleich. Es gibt also viel zu tun, und, ich glaube, wir müßten uns mal eines ansehen: In Hamburg sind in den letzten Jahren aus öffentlichen Kassen, also Steuergelder oder Beiträge, 1,1 Milliarden DM jedes Jahr ausgegeben worden. Wir wissen, 1,3 Milliarden DM sind der Preis für den A380. Wir haben dem zugestimmt, weil die Arbeitsplätze wohl plausibel dort entstehen, aber ob wir, Herr Professor Hajen, mit einer Ausgabe von 1,1 Milliarden DM Jahr für Jahr wirklich etwas erreicht haben, danach müßten wir wohl noch einmal – und das haben Sie ja gesagt – gucken. Wenn ich mir das ökonomisch vorstelle – ich glaube, wir haben 1,3 Milliarden DM Investitionssumme im Haushalt –, könnten wir die Hälfte dieser Maßnahme in Investitionen der Stadt umsetzen. Dort ist auch genug zu tun. Dann, glaube ich, wären das auch 2000, 3000, vielleicht 4000 Arbeitsplätze, die man jedes Jahr sichern oder entwickeln könnte. Nur, die Summe hat mich schon erschreckt. Daß die Ausgaben notwendig sind, bestreite ich nicht. Die Lage in Hamburg ist eher Bundesdurchschnitt, und wir sollten gemeinsam an Konzepten arbeiten, um Arbeitslosigkeit weiter zurückzudrängen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Simon.

Heide Simon GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kruse, Sie haben recht, daß es noch viel zu tun gibt und daß 70 000 Arbeitslose in der Stadt sicherlich

(Heide Simon GAL)

- A noch keinen Anlaß zu großer Freude geben. Daher haben wir in Hamburg – und das haben wir heute morgen schon durch die Bertelsmann-Studie erfahren – sehr viele Maßnahmen für eine aktivierende und aktive Arbeitsmarktpolitik aufgelegt. Es ist Ihnen sicherlich auch nicht entgangen, daß wir JOB-Plan, also mit „Plan in den Job“, den Modellversuch des Bundes, hier in Hamburg aufgelegt haben, wo genau diese aktivierende Arbeitsmarktpolitik noch einmal intensiviert wird, um unter den 70 000 Arbeitslosen und den Menschen mit den vermittlungshemmenden Merkmalen weiter Arbeitslosigkeit abzubauen. In diesen Modellversuch JOB-Plan setzen wir ganz große Erwartungen und Hoffnungen, zum einen, weil in Zukunft die Arbeits- und die Sozialämter miteinander effektiver vernetzt und verzahnt arbeiten sollen, weil in Zukunft alle Arbeitsuchenden, egal, ob sie von den Sozialämtern oder den Arbeitsämtern kommen, eine paßgenaue Hilfeplanung erhalten werden. Problematisch – und da müssen wir ganz genau hingucken – ist das geplante Assessment-Center, ein Verfahren, wo ein Profiling für jeden Arbeitsuchenden, für jede Arbeitsuchende erstellt werden soll. In diesem Assessment-Center geht es darum, den weiteren Hilfeweg für die Arbeitsuchenden zu entwickeln. Ich bin aber ganz sicher, daß all diese Maßnahmen, die wir dort aufgelegt haben, dazu führen werden, genauere Instrumente in Hamburg zu entwickeln, um eben mehr Menschen in den Ersten Arbeitsmarkt zu bekommen.

Ein wichtiger Punkt wird dabei auch die Qualifizierung sein. Wir sind der Meinung, daß wir in Zukunft bei der aktiven Hilfeplanung und bei dem für den einzelnen zu erstellenden Integrationsplan in Arbeit Qualifikationen vermehrt anbieten müssen. Das gilt im übrigen auch für Betriebe, die betriebsinterne Qualifikation anbieten, um eben Arbeitslosigkeit schon im Vorfeld verhindern zu helfen und umzustrukturieren in zukünftige Berufsbedarfe.

- B Noch ein Punkt zu den Zielgruppen des Arbeitsmarktes, weil es hier in der Tat sehr unruhig ist nach dieser hitzigen und spannenden Diskussion. Die Große Anfrage zeigt, daß die Zielgruppengenauigkeit das erste Kriterium im Rahmen der aktiven Hilfeplanung sein muß und auch weiter sein wird. Wir haben zum Beispiel Frauen auch im Sinne einer gleichberechtigten Nutzung der Instrumentarien der aktiven Hilfeplanung durchaus sehr stark in den Maßnahmen vertreten. Was ich an den Zahlen abgelesen habe, ist zum Beispiel der Anteil der Migrantinnen und Migranten in der Stadt, wo ich glaube, daß dort auch paßgenaue und zielgenaue Programme weiter intensiviert und neu überdacht werden müßten. Mir scheint das noch nicht ausreichend zu sein, aber da sind wir gemeinsam im Gespräch.

Ein weiterer Punkt betrifft das Jugendarbeitslosigkeitsprogramm „JUMP“ hier in Hamburg. Es zeigt sich, daß die jungen Männer und Frauen mit den höchsten sozialen Risiken, mit den meisten Vermittlungshemmnissen nicht ausreichend bedient werden, sondern eher nach dem Trainingscenter wieder auf der Straße stehen. Es wurde dann nachgebessert, was die sozialpädagogische Betreuung angeht, aber dort müssen wir noch einmal genau überlegen, ob man dieses Programm nicht ein Stück weit umdefiniert und zum Beispiel die sozialpädagogische Betreuung auch an die Quartiere, an die Träger vor Ort anbindet. Das sind Dinge, die in der Großen Anfrage auffallen, obwohl wir – und das sehen wir natürlich auch ganz deutlich – sehr, sehr große Anstrengungen in der Stadt gemacht haben, um die Arbeitslosigkeit auch nachhaltig zu reduzieren.

Dann noch das Stichwort Reform des SGB III. Darüber wurde sehr viel diskutiert. Ein Punkt ist sicherlich, daß die

Instrumente, wie zum Beispiel Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, angepaßt werden sollten, weiter zwar auch angeboten werden müssen, aber die vom Gesetz vorgeschriebene Arbeitsmarktförderung ist doch eher hinderlich bei der Durchführung von Maßnahmen und der Integration in den Ersten Arbeitsmarkt.

Ein weiterer Punkt wird sein – das schreibt jetzt auch die EU vor –, im Sinne von Chancengerechtigkeit alle Maßnahmen in Zukunft auch für Frauen zugänglich zu machen. Bislang ist es so, daß nach dem SGB III Frauen, die aufgrund von Familienpausen eine Weile nicht erwerbstätig waren, keinen Zugang zu den Regularien der Förderung nach dem SGB III haben. Das gleiche gilt im übrigen auch für Menschen, die aufgrund von Pflegearbeit ausgestiegen sind. Hier gibt es noch Diskussionen. Hier ist noch nicht geklärt, wie das im Rahmen einer veränderten Reform des SGB III in Zukunft aussehen könnte.

Evaluation und Monitoring gelten natürlich auch für JOB-Plan und für alle Maßnahmen, die wir im Rahmen dieses Modellversuches und der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik in Hamburg aufgelegt haben, denn genau diese Überprüfung wird uns zeigen, ob wir auf dem richtigen Weg sind und hoffentlich in Zukunft weit unter 70 000 Arbeitsuchende in der Stadt haben werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zur Großen Anfrage der SPD fällt allen Leuten, die sich ein bißchen genauer damit beschäftigt haben, als erstes auf, daß leider diese positive Entwicklung, die ein bißchen für Euphorie sorgte, nach dem Motto, wir würden innerhalb dieser Stadt mit dem Problem Arbeitslosigkeit fertig werden, durch die letzten Zahlen, die vom Arbeitsamt veröffentlicht worden sind, einen heftigen Dämpfer bekommen hat. Es wird die Arbeitslosigkeit anscheinend auf einem relativ hohen Niveau weiter geben – Herr Kruse hat das auch gesagt –, und dementsprechend sind auch alle euphorischen Gedanken, zu sagen, man wird dieses Thema in der nächsten Zeit los, falsch.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das bedeutet auch, daß wir uns darüber Gedanken machen müssen, daß es weiterhin bei allen Maßnahmen, die wir uns angucken, einen hohen Anteil von Arbeitslosigkeit geben wird und dementsprechend auch die Maßnahmen dahin gehend orientiert sein müssen und nicht nur, wie Herr Professor Hajen ausgeführt hat, auf den Ersten Arbeitsmarkt orientiert. Es wird leider auch weiterhin eine langfristige Aufgabe bleiben, weil nämlich Menschen in dieser Gesellschaft am Arbeitsprozeß teilhaben müssen, um gleichberechtigte Mitglieder in dieser Gesellschaft sein zu können. Das bedeutet auch, daß die passiveren Formen von Arbeitsmarktpolitik weiterhin ihren Bestand haben müssen, die darin bestehen, daß die Zeiten, in denen ein Mensch praktisch am Arbeitsprozeß nicht teilnimmt, immer wieder unterbrochen werden müssen, selbst, wenn er vielleicht nicht in den Arbeitsmarkt innerhalb der nächsten Monate oder Jahre integriert werden kann. Das heißt, staatliche Subventionierung ist meiner Meinung nach auch für solche Bereiche und Arbeitsplätze notwendig und nicht nur aktivierende Politik.

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A (Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)
Das zu dem Grundsatz, den man nicht mit solch einer großen Emphase hier vorzutragen braucht.

Aber ich will noch einen dritten Aspekt anführen. Wir sehen aber auch aufgrund dieser Anfrage deutliche Probleme im Bereich der Berufsausbildung. Die Anzahl der Ausbildungsstellen ist in den letzten Jahren in Hamburg nicht dementsprechend gestiegen, was eigentlich gesellschaftlich notwendig gewesen wäre. Mir ist aufgefallen, daß in der Sozialdemokratie oder auch bei der GAL das Thema jetzt sehr stark auf die Jugendarbeitslosigkeit und nicht mehr auf die Berufsausbildung konzentriert wird. Berufsausbildung ist absolut notwendig, um Menschen für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und auch in der Lage zu sein, daß sie nachhaltig gut qualifizierte Tätigkeiten wahrnehmen können. Von daher ist Berufsausbildung eine entscheidende Sache. Hier sind eindeutig Schwächen festzustellen. Die zeigen sich auch in dieser Großen Anfrage, und wir werden uns damit sicherlich noch beschäftigen. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Anfrage zeigt sehr deutlich, daß wir in Hamburg in bezug auf die Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren große Erfolge hatten. Bezogen auf die Reduzierung der Arbeitslosigkeit von 98 000 auf 70 000, also rund 28 000 Menschen weniger, die hier arbeitslos sind, ist das schon eine große Leistung. Die hängt natürlich auch damit zusammen, daß wir auf der einen Seite die Arbeitsmarktpolitik verbessert haben, aber auf der anderen Seite vor allen Dingen auch das wirtschaftliche Wachstum in dieser Stadt überdurchschnittlich groß war.

Herr Hajen hat schon darauf hingewiesen, daß insbesondere die Frauen die Gewinner dieser Arbeitsmarktpolitik waren und hoffentlich auch in Zukunft noch weiter sein werden. Aber es sind vor allen Dingen auch die Jugendlichen, die von den Maßnahmen der Bundesregierung – Jugendsofortprogramm – plus unseren Maßnahmen besonders profitieren, indem wir die Arbeitslosigkeit in diesem Kreis erheblich reduzieren konnten, über 30 Prozent. Das ist eine gute Botschaft für die Jugendlichen in dieser Stadt, wenn gleichwohl noch nicht alle Ausbildungsplätze ausreichend sind. Deshalb haben wir zum Beispiel das Projekt „Arbeit sofort“ eingerichtet, eine Maßnahme insbesondere für jugendliche Sozialhilfeempfänger, die keine Ausbildung machen wollen, dann durch „Arbeit sofort“ in Arbeit integriert werden können. Eine Sache, Herr Mehlfeldt, die Sie sicher auch begrüßen werden, denn es geht darum, auch diejenigen Jugendlichen abzuholen, die beispielsweise nicht im Rahmen einer Ausbildung qualifiziert werden wollen, die aber in der Lage und auch bereit sind zu arbeiten. Sie sehen, sowohl für Jugendliche als auch für Frauen haben wir eine Menge erreicht, aber auch für Langzeitarbeitslose, und zwar nicht nur für Langzeitarbeitslose, die beim Arbeitsamt registriert sind, sondern auch für Langzeitarbeitslose, die Sozialhilfeempfänger sind. Zu den 28 000 müssen wir nämlich noch die Zahl der Sozialhilfeempfänger hinzunehmen, die wir durch diese aktiven Maßnahmen in den Ersten Arbeitsmarkt integrieren konnten, und das insbesondere im Rahmen unserer §-19-BSHG-Stellen, zum Beispiel in der Hamburger Arbeit, aber auch

in anderen Einrichtungen, im Diakonischen Werk und in freien gemeinnützigen Trägern. C

Kurzum, die Arbeitslosigkeit ist natürlich noch hoch. Wir alle wollen dazu beitragen, daß sie weiter vermindert wird. Das ist keine Frage. Hier greifen zum Beispiel auch unsere Projekte im Rahmen der Sozialhilfe. Frau Simon hat darauf hingewiesen, daß unser neues Projekt „JOB-Plan“ mit dem Arbeitsamt und den Sozialdienststellen systematisch versuchen soll, die paßgenaue Vermittlung in Arbeit zu organisieren. Ich habe die große Hoffnung, daß dieser „JOB-Plan“ auch dazu führt, daß die unterschiedlichen Instrumente unabhängig von der Frage, ob es sich um einen Arbeitslosen oder einen Sozialhilfeempfänger handelt, im Rahmen dieses Modellprojektes auch angewandt und ausprobiert werden.

Die SGB-III-Reform – das hat Herr Hajen bereits gesagt – steht demnächst an. Einige der Innovationen, die wir in Hamburg unter dem Stichwort Wiedereingliederungspläne, aber auch zum Beispiel hinsichtlich der Idee von Jobrotationen überlegt haben, werden sicher im Rahmen der SGB-III-Reform aufgegriffen werden. Ich bin sicher, daß der Bundesarbeitsminister einen Teil dieser Überlegungen auch in der Gesetzesreform mit aufgenommen hat, denn Hamburg war mit federführend in der Arbeitsgruppe für diese SGB-III-Reform.

Hier wird insbesondere das Thema Wiedereingliederungspläne eine Rolle spielen, es werden also die Maßnahmen in Richtung aktivierende Arbeitsmarktpolitik verstärkt.

Ich bin sehr froh und glücklich darüber, daß es in Hamburg zum Thema Arbeitsmarktpolitik gemeinsame Leitlinien mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften gibt, weil es nicht nur darum geht, Arbeitslose, sondern auch diejenigen in Arbeit zu bringen, die beispielsweise noch Arbeit haben, aufgrund des Strukturwandels aber in Gefahr sind, arbeitslos zu werden. D

Wir haben gemeinsam mit den Sozialpartnern diese Leitlinien abgesprochen – auch die Handelskammer und die Handwerkskammer waren beteiligt – und uns über Maßnahmen der vorausschauenden Abschätzung von Qualifikationsentwicklungen verständigt. Herr Hajen hat vom Monitoring gesprochen. Eine Überlegung ist es, stärker zu prüfen, welche betrieblichen Bedarfe und Qualifizierungen erforderlich sind und wie das Qualifikationsangebot seitens des Arbeitsamtes, aber auch seitens der Behörde ausgerichtet werden muß.

Insofern haben wir mit den Leitlinien auch die europäischen Anforderungen erfüllt, nämlich Beschäftigungspolitik so zu organisieren, daß sie den Strukturwandel gestaltet und daß die Menschen, die in Hamburg gebraucht werden, auch für diesen Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Denn wir haben zwei große Probleme.

Das eine ist die Integration der Langzeitarbeitslosen, auf der anderen Seite haben wir einen Facharbeitermangel. Wir wollen den Mangel an qualifizierten Fachkräften nicht nur im Bereich der New Economy, sondern auch auf allen anderen Felder befriedigen.

Deshalb kommt es darauf an, genau diese Qualifizierungspotentiale, die in dieser Stadt vorhanden sind, durch Weiter- und Fortbildung sowie durch Umschulung zu nutzen. Ich hoffe, daß unsere 43 Projekte, die wir zur Zeit im Rahmen des Europäischen Sozialfonds mit einem Volumen von 83 Millionen DM ausgewählt haben, beispielhaft zeigen, daß wir mit diesem Teil der Qualifizierung auch die

(Senatorin Karin Roth)

- A Menschen erreichen, die den Strukturwandel gestalten sollen.

Ich bin sicher, daß die unterschiedlichen Projekte, die wir ausgesucht haben, in den nächsten Jahren zeigen werden, wie in Hamburg innovative Arbeitsmarktpolitik gemacht wird. Wir werden aus meiner Sicht bei allen Schwierigkeiten in der Lage sein, auch die Integration von Langzeitarbeitslosen zu erfüllen, und im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Wirtschaft in dieser Stadt die notwendigen Arbeitskräfte bekommt. Dafür ist Arbeitsmarktpolitik da; ich denke, das ist ein gemeinsames Anliegen von uns allen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Wird weiterhin das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß die Große Anfrage – Drucksache 16/5778 – besprochen worden ist.

Es gibt nun eine Reihe schneller Vorgänge durch die Tagesordnung.

Einvernehmlich wird der nächste Tagesordnungspunkt 50: Antrag der Gruppe REGENBOGEN zum Thema Ausbau der Kindertagesbetreuung, auf die nächste Sitzung vertagt.

Dann rufe ich auf den nächsten Tagesordnungspunkt 21: Drucksache 16/5997: Mitteilung des Senats zum Thema Tagesförderstätten für schwerbehinderte Menschen.

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der
Bürgerschaft vom 1./2. März 2000**

- B **Drucksache 16/3854 – Tagesförderstätten für schwerbehinderte Menschen –
– Drucksache 16/5997 –]**

Auch hier gibt es Einvernehmen, auf die Debatte zu verzichten. Die Bürgerschaft hat von dieser Drucksache Kenntnis genommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf. Auch dieser Antrag wird im Einvernehmen mit allen Fraktionen und der Gruppe vertagt.

Dann rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 17: Drucksache 16/5992: Senatsmitteilung zum Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Vergabe und Kontrolle von Aufträgen und Zuwendungen durch die Freie und Hansestadt Hamburg“.

**[Senatsmitteilung:
Bericht des Parlamentarischen
Untersuchungsausschusses „Vergabe und Kontrolle
von Aufträgen und Zuwendungen durch die Freie und
Hansestadt Hamburg“, Drucksache 16/5000,
Ersuchen der Bürgerschaft vom 29. November 2000
– Drucksache 16/5992 –]**

Das Wort wird gewünscht von Herrn Frank. Sie haben es.

Günter Frank SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Untersuchungsausschußbericht ist am 29. November 2000 in diesem Hause debattiert worden. Wie jeder Untersuchungsausschußbericht hatte auch dieser einen Teil Konsequenzen mit zahlreichen Forderungen, Ersuchen und Prüfaufträgen. Wir haben dem Senat fünf Monate Zeit gelassen, um unser Berichtser-

chen zu beantworten. Für diese sehr knapp bemessene Zeit liegt uns ein ordentlicher Bericht vor, der auch nicht den Anspruch erhebt, in dieser kurzen Zeit alles abgearbeitet zu haben. Mehrere Themenbereiche, wie zum Beispiel der Bereich Interessenkollision oder auch Steuerung und Kontrollinstrumente im Zuwendungsbereich, werden uns auch in Zukunft weiter beschäftigen. Wir sind also keineswegs am Ende einer wichtigen Debatte.

Der Bericht macht noch einmal deutlich, daß sowohl vor, aber insbesondere auch während der Ausschußuntersuchungen seitens der BAGS erhebliche Veränderungen vorgenommen worden sind. Es gab mehrere neue Dienstvorschriften: für das Zuwendungsverfahren, für die Entsendung von Bediensteten und zur Befangenheitsfrage, um Interessenkollisionen zu vermeiden, oder auch für die Gutachtenvergabe, um korrektes Verwaltungshandeln zu sichern. Noch während der Ausschußuntersuchung wurden das EDV-gestützte Zuwendungsverfahren INEZ eingeführt, eine neue Aktenordnung erlassen und die Rechte des Beauftragten für den Haushalt erweitert. Schon während der zweieinhalb Jahre des Untersuchungsausschusses hat sich Verwaltungshandeln also erheblich verändert. Der Untersuchungsausschuß hat für sich in Anspruch genommen, diese Veränderungsprozesse in der BAGS zumindest beschleunigt zu haben. Zahlreiche vom Untersuchungsausschuß festgestellte Mängel im Verwaltungshandeln sind also von der BAGS aufgegriffen worden.

Die vom Untersuchungsausschuß dargelegten Empfehlungen haben sich in Teilen auch an die Bürgerschaft gerichtet. Der Untersuchungsausschuß war der Auffassung, daß sich die Bürgerschaft erneut mit der Frage auseinandersetzen sollte, wie sie ihre Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive besser erfüllen kann. Darüber hinaus waren alle Fraktionen der Auffassung, daß das Untersuchungsausschußgesetz insbesondere auch im Hinblick auf die Regelung zum Betroffenenstatus zu bearbeiten sei. Wir müssen heute feststellen, daß bisher keine Fraktion irgend etwas beantragt hat oder etwas zur Beratung überwiesen worden ist. In dieser Legislaturperiode wird sich in dieser Hinsicht auch nichts mehr tun können. Es bleibt also die Frage, wie der Bericht des Senats in den Fragen des Ersuchens zu bewerten ist.

Ich möchte zwei zentrale Bereiche ansprechen, die im Untersuchungsausschuß eine wichtige Rolle gespielt haben. Da ist zum einen der Bereich der Zuwendungsvergabe, der Zuwendungssteuerung und der Kontrolle. Zentrales Anliegen des Untersuchungsausschusses war, daß der Zuwendungsbereich transparent und der Zuwendungszweck erreicht wird sowie ein entsprechendes Controlling stattfindet, insbesondere aber auch, daß die rechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Das heißt, Bescheide müssen rechtzeitig, Verwendungsnachweise fristgemäß und Verwendungsnachweisprüfungen zeitnah erfolgen.

Die BAGS hat mit neuen Dienstvorschriften, Dienstanweisungen, Förderrichtlinien, insbesondere aber mit dem EDV-Programm INEZ das erreicht, was im Rahmen einer effizienten und die Rechtsvorschriften beachtenden Verwaltung notwendig ist. INEZ schafft auch die Voraussetzungen für ein EDV-gestütztes Verfahrenscontrolling. Damit hat die Behörde einen gewaltigen Schritt nach vorne gemacht.

Wir werden diese Bereiche insbesondere im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen weiter befragen, um uns ein aktuelles Bild über den qualitativen Stand des Zuwen-

C

D

(Günter Frank SPD)

A dungsbereichs machen zu können. Das eben Gesagte gilt ebenso für andere untersuchte Bereiche, wie für die Vergabe von Gutachten, Aktenführung oder Stiftungen. Auch hier hat es, wie der Bericht zeigt, in der Verwaltungsarbeit erhebliche Fortschritte gegeben.

Ein zweites zentrales Thema des Untersuchungsausschusses war das der Interessenkollision. Das Hamburger Funktionsmodell wird im PUA-Bericht nicht in Frage gestellt. Paragraph 65 der LHO verlangt einen angemessenen Einfluß auf öffentliche Unternehmen. Das ist in anderen Bundesländern nicht anders, auch nicht im Amigo-Land Bayern. Der bayerische Wirtschaftsminister Wiesheu zum Beispiel – das gilt für alle bayerischen Minister – ist Mitglied in zahlreichen Aufsichtsräten, auch als Vorsitzender. Sie müssen sich die Liste einmal anschauen, sie ist sehr eindrucksvoll. So ist das in jedem anderen Bundesland auch.

(Dietrich Wersich CDU: Man kann es mit der Wiederverwertung von Reden auch übertreiben!)

Ich teile die im Bericht dargelegte Auffassung, daß sich die Konflikte, die sich aus den unterschiedlichen rechtlichen Anforderungen ergeben, systematisch nicht völlig auflösen lassen und daß ministerielle Verantwortung aus Verfassungsgründen nicht wegorganisiert und delegiert werden kann. Ich teile auch die Auffassung, daß aber eine praxisgerechte Lösung erreicht werden kann. Die Dienstvorschrift der BAGS zur Vermeidung von Interessenkollisionen ist hier den richtigen Weg gegangen. Aus 14 Institutionen hat sich die BAGS völlig zurückgezogen. In 24 weiteren Institutionen hat sie personelle Änderungen vorgenommen, um die Möglichkeit einer Interessenkollision zu vermeiden. Dem Untersuchungsausschuß kam es darauf an, daß geltendes Recht strikt beachtet wird. Hier sind also wesentliche Änderungen vorgenommen worden.

B

Als Ergebnis möchte ich festhalten, daß dieser Bericht eine gute Grundlage für zukünftige Beratungen und Entwicklungen im Zusammenhang mit der Verwaltungsmodernisierung darstellt. Der Bericht des Senats macht deutlich, daß es wesentliche Verbesserungen gibt und Mängel behoben worden sind. Es liegt jetzt auch bei uns, der Bürgerschaft, diese Entwicklung zu beobachten, zu kontrollieren und eigene Anstöße zu geben.

Man durfte gespannt sein, was die Opposition dazu sagt. Wir werden gleich hören, ob es ihr auch weiterhin nur darum geht, den bayerischen Amigo-Filz in Hamburg zu suchen.

Aber man konnte es schon in einer Presseerklärung lesen. Auf keiner der sechs Seiten gibt es fachpolitische, inhaltliche Einlassungen, nur dünne, dünne Luft, meine Damen und Herren von der Opposition. Blamabler geht es eigentlich gar nicht. Sie müssen sich Ihre eigene Presseerklärung durchlesen. In dieser wird noch einmal deutlich, daß Sie ausschließlich vorhatten, diesen Ausschuß parteipolitisch zu mißbrauchen. Um nichts anderes ist es bei Ihnen gegangen, und damit sind Sie völlig gescheitert, und so wird es auch bleiben. Wer sich mit einem wichtigen Bericht inhaltlich so dünn, so substanzlos und damit blamabel auseinandersetzt, ist nicht regierungsfähig. Ihre Arroganz, die Sie heute an den Tag gelegt haben, wird Ihnen am 23. September deutlich vergehen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Blumenthal.

Antje Blumenthal CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Frank, wir haben zweieinhalb Jahre im Ausschuß ertragen müssen: Wer keine Einsicht zeigt, ist für Verbesserung nicht in der Lage.

(Beifall bei der CDU)

Das haben Sie heute abend wieder bewiesen. Ihr Fraktionsvorsitzender hat vollmundig erklärt:

„Wir erwarten, daß aus den Ergebnissen des Ausschusses Konsequenzen gezogen werden. Die SPD-Fraktion wird hartnäckig auf die Umsetzung der Empfehlungen achten.“

(Günter Frank SPD: Können Sie nicht lesen!)

– Nun hören Sie einmal genau zu. Ich kann im Gegensatz zu Ihnen lesen.

Am 29. November haben Sie hier Ihre Forderungen beschlossen, und wir haben schon am 29. November diskutiert, was alles während der zweieinhalb Jahre im Katz- und-Maus-Spiel umgesetzt worden ist. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Was machen Sie? Sie tun nichts anderes, als INEZ zu wiederholen. Sie gehen mit keinem Wort darauf ein, was eigentlich in dem achtundzwanzigseitigen Bericht steht. Da heißt es: INEZ ist eingeführt, wir wollen das auch auf andere Behörden übertragen, aber Erfahrungen haben wir noch nicht.

(Günter Frank SPD: Sie müssen lesen! Da steht viel mehr drin!)

– Sie sind Lehrer, aber ich hatte einen besseren Lehrer, der mir das Lesen beigebracht hat. Ich verstehe nämlich, was darin steht.

Wenn Sie noch einmal nachprüfen, werden Sie feststellen, daß dort Fortbildungsveranstaltungen angekündigt sind. Da Sie lesen können, können Sie sich im PC das Veranstaltungsprogramm des Personalamts ansehen. Dort sind diese Veranstaltungen nicht angekündigt, sie sind offensichtlich noch in der Planung. Papier ist aber ja geduldig. Sie können immer vollmundige Ankündigungen machen.

D

Nun kommen wir zu Ihren Forderungen.

Der achtundzwanzigseitige Bericht ist eine Zusammenfassung all dessen, was wir in den zweieinhalb Jahren gemeinsam zusammengetragen haben und die Erfahrungen, die dort gemacht worden sind. Nur eines, Herr Frank, haben Sie nicht festgestellt. Das, was wir im Ausschuß an Auffassungen eingebracht haben, findet sich plötzlich in den Antworten des Senats wieder. Zum Vieraugenprinzip, das von Ihnen so stark gefordert wird, daß nach außen hin zwei Unterschriften vorhanden sein sollen, darauf antwortet der Senat:

„Das Vieraugenprinzip gibt es schon lange, das muß nicht nach außen durch zwei Unterschriften dokumentiert werden.“

(Günter Frank SPD: Das sind doch nur Kleinigkeiten!)

– Das sind immer die Kleinigkeiten. Dann haben Sie als Konsequenzen ja nur Kleinigkeiten gefordert; das ist auch ein Ergebnis der heutigen Debatte.

(Beifall bei der CDU)

Seit 1970 war mit Ihrem Verweis auf uralte Vorschriften und das Zeichnungsrecht alles geregelt. Was von Ihnen nur nicht geregelt und eingefordert wird, ist die Übernahme der

(Antje Blumenthal CDU)

- A Führungskompetenz der Mitarbeiter in der Verwaltung, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen. Es soll nicht das Parteibuch an erster und die Qualifikation an zweiter Stelle stehen.

(Beifall bei der CDU)

An die GAL gerichtet: Als wir den Zuwendungsbericht gefordert haben, haben Sie gesagt, Sie wollten lieber in die Akten hineingucken und sehen, wie es sich mit der Zuwendung verhält. Der Senat äußert sich in den 28 Seiten noch nicht einmal zum Akteneinsichtsrecht. Soweit zu Ihren Forderungen, inwieweit die umgesetzt werden.

Die Ausweitung der Möglichkeiten der Wirtschaftsprüfer im Zuwendungsbereich zu prüfen, wird abgelehnt. Die Übernahme der schleswig-holsteinischen Regelung zur Interessenkollision wird mit unserer Argumentation abgelehnt. Das war ja Ihr großes Ziel, nach Schleswig-Holstein zu gucken und dieses zu übernehmen. Auch hier wird nichts gemacht.

Sie haben den Senat aufgefordert, disziplinarrechtlich zu prüfen, ob dort Folgerungen zu ziehen sind. Was sagt der Senat nach fünf Monaten? Er ist noch nicht einmal in der Lage zu sagen, ob überhaupt disziplinarrechtliche Ermittlungen vorgenommen werden. Nicht nur Senatorin Roth, sondern auch der verantwortliche Bürgermeister Runde hat vorhin vollmundig erklärt, er würde Verantwortung übernehmen. Er hält aber weiter schützend seine Hände über die Herren Riez, Dr. Bartke und Frau Lingner. Hier ist nichts passiert. Sie hätten sagen sollen, warum noch keine disziplinarrechtlichen Ermittlungen aufgenommen worden sind. Ich weiß das, weil da „ob“ steht. Ich glaube dem Senat, wenn er „ob“ schreibt, Sie aber offensichtlich nicht. Wenn Sie mehr wissen, können Sie das jetzt sagen. Sie haben gefordert, daß der Abschlußbericht Pflichtlektüre in den Hamburger Behörden werden muß. So kann er das natürlich werden, wenn es eine allgemeine Zusammenfassung von Hinweisen auf Zeichnungsrecht und andere Gegebenheiten ist, die seit 1970 in der Verwaltung existieren. Mir ist noch kein Bericht über den Weg gelaufen, außer in meiner politischen Tätigkeit.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*: Man versteht einfach nicht, was Sie sagen wollen. Das versteht nur der, der im Ausschuß war!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Dr. Freudenberg.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Frank, Sie haben gelobt, daß infolge unseres PUA-Berichts seitens des Senats eine Reihe neuer Regelungen getroffen und Dienstvorschriften erlassen wurden, die das Verwaltungshandeln verbessern sollen. Das ist richtig, das ist geschehen, aber ich möchte darstellen, daß das nicht der Kern des Ganzen ist.

Der Kern des Ergebnisses unserer Arbeit im Untersuchungsausschuß war, festzustellen, daß bei der Rechtsanwendung bestehender Vorschriften erhebliche Mängel bestanden, daß also bestehende Regelungen nicht durchgesetzt wurden. Wir haben festgestellt, daß es nicht zu den vielen Mängeln im Verwaltungshandeln, die wir in den gesamten Bereichen gefunden und in dem 2000-Seiten-Bericht dokumentiert haben, gekommen wäre, wenn bestehende Regelungen eingehalten worden wären. Es ist nicht entscheidend, daß jetzt seitens des Senats neue Dienstvorschriften und Regelungen erlassen werden, zum Bei-

spiel um die Aktenführung besser zu gewährleisten, sondern daß wir die Umsetzung in den Griff bekommen und uns als Parlament darauf verlassen können, daß die Verwaltung nach geltendem Recht und Gesetz arbeitet. Das ist der Kern unserer Arbeit gewesen. Danach sollten wir jetzt auch überprüfen, wie die Ergebnisse sind.

Der Senat ist darauf eingegangen. Er hat sich dieser Kernaussage gestellt, wenn er in der Vorbemerkung sagt, daß diese Mängel und Probleme, die der Untersuchungsausschuß festgestellt und dokumentiert hat, nicht in einem Akt behoben, sondern nur im Zuge eines lange dauernden Veränderungsprozesses gelöst werden können.

Frau Blumenthal, Sie sagen, es ist noch nichts passiert. Das kann nicht so schnell gehen.

(*Antje Blumenthal CDU*: Das hat drei Jahre gedauert!)

Wir haben durch den Untersuchungsausschuß eingeleitet einen Prozeß in Gang gesetzt, daß Verwaltung nach Gesetz und Recht arbeitet und wir das als Parlament überprüfen können. Das ist wichtig.

(*Dietrich Wersich CDU*: Und Sie sagen, das kann gar nicht so schnell gehen!)

Im PUA wurde immer sehr rege diskutiert. Wir haben gemeinsam an den Lösungen gearbeitet. Diesen Aspekt haben wir als GAL immer besonders betont. Darum möchte ich das in meinem Beitrag noch einmal untermauern.

Aus der Antwort des Senats ist zu erkennen, daß sich die Transparenz des Verwaltungshandelns verbessern wird. Die erste Probe aufs Exempel wird der nächste Haushaltsplan sein.

(*Petra Brinkmann SPD*: Da hat sie recht!)

Der Senat hat uns zum Beispiel als wichtige Konsequenz zugesagt, daß mit der Haushaltseinbringung immer ein Bericht der jeweiligen Beauftragten für den Haushalt der verschiedenen Behörden vorgelegt werden wird, in dem sämtliche Nichteinhaltungen der Regelungen im Zuwendungsverfahren zusammengefaßt sind. Das ist ein Novum. Wenn wir uns zum Beispiel die Bereiche AJA und HAB vor Augen halten, bei denen sämtliche Zuwendungsvorschriften regelhaft nicht eingehalten wurden und der BfH trotzdem mitgezeichnet und gar nicht darauf bestanden hat, daß sie einzuhalten sind, und überhaupt nicht eingeschritten ist, so ist es ein sehr großer Schritt, daß jetzt regelhaft in allen Behörden die Beauftragten für den Haushalt Verstöße gegen diese Regularien dokumentieren. Ich bin auf diesen ersten Bericht gespannt, denn dann haben wir etwas in der Hand und können gucken, wo es noch hakt. Wir können dann gemeinsam mit dem Senat sehen, wie wir weiterkommen. Ich denke, der Weg ist das Ziel, und dieser Weg wird lang sein. Aber wir werden dem Ziel näherkommen.

(Zuruf von der CDU – Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Zeit läuft uns nicht weg. Wir arbeiten daran.

Wir haben festgestellt, die Verwaltung war aus dem Ruder gelaufen, sie hat nicht funktioniert. Selbstverständlich bekommt man das nicht in drei Wochen in den Griff, auch nicht, wenn man hier und dort eine Dienstvorschrift erläßt, sondern nur wenn man wirklich die Strukturen auch des Verfahrens sowie auch die Zusammenarbeit zwischen Parlament, dem Senat und der Verwaltung ändert. Daran ar-

C

D

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

A beiten wir. Das ist hochinteressant, vor allem in bezug auf den Haushalt.

Der Senat hat zugesagt – auch das ist ein Novum –, daß er mit der Bürgerschaft zusammen Verbesserungen bei den Steuerungsinformationen für den Haushalt erarbeiten möchte. Der Senat wird sich also im Dialog mit uns bemühen, die Haushaltsbereiche so darzustellen, daß es uns möglich ist, zu einem Soll-Ist-Vergleich zu kommen, damit wir eine Analyse der Zielerreichung vornehmen können.

Außerdem hat der Senat zugesagt, im Haushaltsplan jeweils in den Abschnitten „Zuwendungen“ eine Übersicht über die wichtigsten Ziel- und Leistungsbeschreibungen zu geben und uns die wichtigsten Leistungsvereinbarungen mit Zuwendungsempfängern darzustellen.

Denken Sie daran, was wir im PUA erlebt haben, denken Sie an die Arbeitsmarktpolitik. Es gab keinerlei Zieldefinition, es gab keine Leistungsvereinbarungen, es gab keine Projektplanung, es gab keine Finanzplanung. Es wurden zum Beispiel Millionen in den historischen Schiffbau gedonnert. Wir haben das immer wieder erarbeitet und uns angeschaut. Es wurde nie überprüft, was diese Maßnahmen gebracht haben, die auch nicht richtig abgeschlossen wurden. Wenn wir jetzt die neuen Verfahren einführen, sie durchhalten und konsequent verfolgen, wird es solche Dinge nicht mehr geben. Dann haben wir mit dem Untersuchungsausschuß sehr, sehr viel erreicht und können zufrieden sein.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

B Frau Blumenthal, Sie beklagen, daß es noch keinen Bericht zu INEZ gibt. Wollen Sie denn einen Bericht haben, wenn dieses Verfahren gerade erst eingeführt wird? Herr Frank hat zu Recht dargestellt, daß die Methoden in der Verwaltung auch durch Einführung von EDV-Verfahren verbessert wurden. Sie beklagen, wir hätten hier noch keinen Bericht.

(Antje Blumenthal CDU: Sie haben ihn eingefordert!)

Ich finde es als Parlamentarierin geradezu absurd, daß Sie sich beklagen, der Senat habe uns in seiner Ersuchensantwort nicht dargestellt, wie er das Akteneinsichtsrecht regeln wird.

(Antje Blumenthal CDU: Das haben Sie doch gefordert!)

– Wir haben gesagt, wir fordern es, aber wir erwarten nicht, daß der Senat uns das auf einem Silbertablett bringt. Das ist eine Aufgabe des Parlaments.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Frau Blumenthal oder liebe CDU! Im PUA hatten wir immer den Eindruck, sie wollten gar kein Akteneinsichtsrecht. Ich finde es klasse, daß Sie das jetzt wollen. Auch Sie haben etwas dazugelernt. Es ist aber Aufgabe von uns Parlamentariern, uns das zu erkämpfen. Das werden wir tun, da wird die GAL sehr aktiv sein.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir haben aber verschiedene Rollen. Ich erwarte nicht, daß der Senat immer fragt, was wir gerne hätten. Wir wollen als Parlamentarier gestärkt aus dieser Arbeit hervorgehen. Ich denke, das haben wir getan und erreicht.

Noch ein paar Worte zu den von Ihnen beklagten und nicht erfolgten disziplinarrechtlichen Konsequenzen.

(Antje Blumenthal CDU: Nein, Ermittlungen!)

– Ja, Ermittlungen, Entschuldigung.

Es ist dargestellt, daß die Prüfungen, ob diese Ermittlungen jetzt aufgenommen werden, noch nicht abgeschlossen sind.

(Dietrich Wersich CDU: Wann wird denn das passieren? Vor der Wahl?)

– Das können wir ja noch einmal nachfragen; Sie oder wir, das ist kein Problem. Aber solche Dinge sind sorgfältig zu prüfen. Wir werden dranbleiben. Wir haben den Bericht sehr früh bekommen, viel früher als andere Berichte, und wir werden weiter am Ball bleiben, denn der PUA-Bericht ist noch nicht abgeschlossen. Er wird hoffentlich unsere Arbeit auf lange Sicht stark prägen und gestalten. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Freudenberg hat in weiten Bereichen völlig recht,

(Beifall bei der GAL und Bravo-Rufe bei der GAL)

wenn sie sagt, der Bericht des Senats sei uninteressant. Die wichtige Transparenz zeige sich erst anhand der Haushaltsberatungen Ende dieses Jahres, das heißt, wie der Haushalt aufbereitet ist. Das ist das einzige erste richtige Kriterium. Dieser Bericht ist relativ sinnlos gewesen; das muß man hier auch ehrlich sagen können.

(Günter Frank SPD: Dann können Sie sich ja setzen!)

Warum er sinnlos ist, hat Frau Freudenberg auch völlig richtig ausgeführt. Die Schwierigkeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses und des Filzes in Hamburg ist nicht, daß es an Vorgaben und Gesetzen mangelte, sondern daß gegen sie verstoßen worden ist. Das haben wir gemeinsam festgestellt. Es gab Regelungen, aber sie wurden nicht eingehalten. Deshalb ist nicht die Weiterentwicklung der Regelungen entscheidend, sondern das Verständnis, wie man damit umgeht.

Das ist das, was dem Senat fehlt, nämlich das Bewußtsein darüber, überhaupt Unrecht getan zu haben. Das ist doch das entscheidende Moment, Untransparenz herstellen zu müssen. Diese beiden Momente fehlten und sind durch diesen Bericht auch nicht aufgeklärt worden. Jetzt zu sagen, das mit der Transparenz werden wir dann diskutieren, ist vielleicht eine gewisse Hoffnung bei den Haushaltsberatungen, aber, ob wir dadurch weiterkommen?

Das zweite entscheidende Moment war natürlich, daß es dabei um materielle Ergebnisse ging. Da hat Frau Blumenthal völlig recht. Was ist denn mit den Verfahren gegen einzelne Personen? Da werden Verfahren angekündigt und sind immer noch nicht geklärt. Das geht nicht an. Natürlich muß man einmal sagen, was damit geschieht. Das ist mittlerweile notwendig. Frau Freudenberg, Sie können sich doch nicht hinstellen und sagen, wie darf man das einklagen? Das ist jetzt ein halbes Jahr her nach dem PUA und mehrere Monate und Jahre nach den Vorfällen. Dann muß die Behörde doch deutlich etwas zu diesen Einzelfällen sagen und nicht sagen, es wird weiterhin geprüft. Das halte ich für unverantwortlich.

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A (Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU)

Im Zusammenhang mit der zweiten wichtigen Sache steht Frau Freudenberg leider ein bißchen nackt da, weil doch der wesentliche Anspruch, den Sie hatten, die Frage der Akteneinsicht war. Sie sagten, das sei das entscheidende Moment, um in der Lage zu sein, Verfahren innerhalb der Behörde transparent machen zu können. Sie befürworteten das Akteneinsichtsrecht, hielten aber immerhin schon einen Zuwendungsbericht für ein gutes Zwischenergebnis, um ein bißchen mehr zu erfahren. Aber Akteneinsichtsrecht war *die* große Banderole der GAL, alles andere wäre nichts wert.

Jetzt stellen wir fest, daß der Senat das Akteneinsichtsrecht noch nicht einmal in diesem Bericht anführt. Nein, das Thema wird völlig negiert und Sie stellen sich hin – was durchaus auch etwas Nettes an sich hat –, nach dem Motto: Wir regieren nicht mit, wir müssen hier kräftig kämpfen, um den Senat dazu zu zwingen, daß er jetzt endlich einmal Akteneinsicht einführt. Sie haben versucht, hier zu erklären, was Sie alles durch das Regieren erreichen können. Wenigstens ein bißchen Akteneinsicht wäre doch schon ganz schön, aber anscheinend reicht das auch nicht aus. Sie müssen kämpfen wie wir. Wir kämpfen gemeinsam für das Akteneinsichtsrecht. Das finde ich auch gut, und wir werden den Senat unter Druck setzen. – Tschüs.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei *Dr. Hans-Peter de Lorent GAL* und *Antje Blumenthal CDU*)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort, meine Damen und Herren, hat Frau Senatorin Dr. Nümann-Seidewinkel.

B

Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der PUA hat während seiner laufenden Arbeit sowie mit seinem Abschlußbericht viele Denkanstöße gegeben. Teilweise sind sie bereits umgesetzt worden, zum Beispiel in neuen Dienstvorschriften zur Vermeidung von Interessenkollisionen, personelle Umbesetzungen von Aufsichtsgremien, die Neufassung der Aktenordnung in der BAGS.

In Anbetracht der komplexen Materie und der vielschichtigen, umfangreichen Arbeit des PUA kann die Ersuchensantwort nicht den Anspruch erheben, alle Facetten der mehrjährigen Untersuchungsarbeit widerzuspiegeln. Lassen Sie mich deshalb auf zwei wesentliche Punkte eingehen: Zuwendungen und Interessenkollisionen.

Zum Thema Zuwendungen. Der Senat hat zügig Schritte zur Optimierung des Zuwendungsverfahrens eingeleitet. Die BAGS hat bereits während der Untersuchungsphase die Mängel und Probleme aufgegriffen. Sie hat neue Regelungen und Dienstanweisungen erlassen, die die Verfahrenssicherheit bei der Zuwendungsvergabe erhöhen und für bessere Transparenz der Bewilligungsentscheidungen sorgen. Es gab zügig Veränderungen im organisatorischen Bereich. Die Einzelheiten der Neuorganisation und die ersten Erfolge sind in dem Bericht des Senats ausführlich dargestellt.

Zum Verfahrenscontrolling. Die Beauftragten für den Haushalt werden informiert, wenn Bescheide nicht rechtzeitig erlassen werden, Zuwendungsnachweise nicht fristgerecht vorgelegt oder nicht zeitnah geprüft werden. Die BfH werden ausdrücklich aufgefordert, für ihren jeweiligen Zuwendungsbereich in geeigneter Weise sicherzustellen, daß

ihnen über Verzögerungen im Zuwendungsverfahren berichtet wird. Auf der Basis dieser Informationen wird der Senat die Bürgerschaft im Rahmen der Halbjahresberichte informieren.

C

Zur Frage der Zuwendungsvergabe an bilanzierende Unternehmen hat die Finanzbehörde die Verwaltungsvorschriften deutlicher formuliert. Die Änderung dieser Vorschriften ist nach Abstimmung mit dem Rechnungshof bereits umgesetzt. Wir werden die Anregung aufgreifen und die wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Zuwendungen in geeigneten Fällen, aber nicht generell, von Wirtschaftsprüfern prüfen zu lassen. Der Senat wird kurzfristig das Ersuchen zur Qualifizierung umsetzen und das Fortbildungsangebot für Zuwendungssachbearbeiterinnen und -sachbearbeiter sowie beteiligte Vorgesetzte verbessern. Wir werden auch den Vorschlag aufgreifen, mit dem Haushaltsplan Informationen über Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit Zuwendungsempfängern zu geben. Beabsichtigt ist, in die Erläuterungen zum Haushaltsplan eine Übersicht über herausragende Ziel-/Leistungsbeschreibungen und -vereinbarungen mit Zuwendungsempfängern aufzunehmen und so die schon jetzt umfangreiche Zuwendungsberichterstattung zu ergänzen. Hamburg hat schon jetzt im Vergleich zu anderen Bundesländern und dem Bund eine sehr ausführliche und differenzierte Darstellung zum Zuwendungsbereich.

Zur Erinnerung: Im Finanzbericht in der Anlage 12 finden Sie zum Beispiel einen ausführlichen Gesamtüberblick über die Zuwendungsausgaben. Es werden alle Titel des Haushaltes, aus denen Zuwendungen gezahlt werden, aufgelistet. Die Einzelplanbände enthalten vor allem für Zuwendungsprogramme Aussagen, sowohl in den Produktinformationen als auch in einem gesonderten Abschnitt der jeweiligen Kapitel Erläuterungen sowie zu einzelnen Haushaltstiteln.

D

Für die Empfänger institutioneller Förderung über 200 000 DM sind Kurzfassungen der Wirtschaftspläne in den Anlagen zu den Einzelplanbänden dargestellt. Ein empfängerbezogener Zuwendungsbericht, der teilweise gefordert und in Deutschland übrigens einmalig wäre, würde, wie von Frau Freudenberg ausdrücklich hingewiesen wurde, bedeuten: „Lastenwagenweise Papier abholen und das durchwühlen.“

Zum Thema Interessenkollision lassen Sie mich kurz die Problematik darstellen. Die Landeshaushaltsordnung fordert einen angemessenen Einfluß der FHH auf ihre öffentlichen Unternehmen. Dieser wird – entsprechend dem Funktionsmodell – grundsätzlich durch die Besetzung der Aufsichtsräte der Unternehmen mit fachlich kompetenten Personen aus der jeweils fachlich zuständigen Behörde und der Finanzbehörde sichergestellt. Diese Personen sind nach dem Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetz beziehungsweise dem Sozialgesetzbuch von Verwaltungsverfahren ausgeschlossen, die Unternehmen betreffen, in deren Aufsichtsräten sie sind. Nach Paragraph 63 Hamburgisches Beamtengesetz erstreckt sich der Ausschluß dieser Personen darüber hinaus auf jede dienstliche Tätigkeit außerhalb von Verwaltungsverfahren. Die ministerielle Verantwortung der Senatorinnen und Senatoren für die Steuerung der öffentlichen Unternehmen in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich und für die Verwaltungsverfahren und Tätigkeiten, von denen sie ausgeschlossen sind, bleibt jedoch bestehen.

Diese Konfliktsituation läßt sich nach der Auffassung des Senats systematisch nicht völlig auflösen, aber eingren-

(Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel)

A zen, damit die vom PUA angestrebten Ergebnisse erreicht werden. Eine stringente Anwendung der Interessenkollisionsnormen reduziert die Anzahl möglicher Konfliktfälle. Eine Ausweitung des Anwendungsbereiches von Paragraph 20 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Hamburgisches Verwaltungsverfahrensgesetz, wie sie im Untersuchungsbericht durch Auslegung des Begriffs „gleichartiges Organ“ dargestellt ist, kommt aus rechtlichen Gründen nicht in Betracht. Durch behördenspezifische Dienstanweisungen oder Organisationsverfügungen wird eine klare Trennung von hoheitlichen und unternehmenssteuernden Funktionen gegeben. Abschließend sei dem PUA für seine Anregungen und Vorschläge gedankt. Sie sind im Zuge sich wandelnder organisatorischer und rechtlicher Rahmenbedingungen zu bewerten und im Zuge eines dauernden Veränderungsprozesses umzusetzen. – Herzlichen Dank für Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Wersich, Sie haben das Wort.

Dietrich Wersich CDU: Der Beitrag von Herrn Frank, eigentlich alles nur Versatzstücke der Rede aus dem vergangenen Jahr,

(Günter Frank SPD: Vier plus!)

B aber auch der Beitrag von Frau Freudenberg haben gezeigt, daß SPD- und GAL-Fraktion im Kampf gegen die Mißstände und den Filz komplett gescheitert sind. Die GAL läßt sich hier von der SPD nach Strich und Faden veräppeln, denn es gibt nicht einen einzigen Ansatz des Senates, die vorhandenen, ja auch von Ihnen konstatierten informellen Strukturen irgendwie anzugehen, sie irgendwie zu beseitigen. Es gibt nicht mehr Transparenz, es gibt kein Akteneinsichtsrecht, es gibt keinen Zuwendungsbericht. Statt dessen gibt es – und das konnten Sie den Zeitungen in den letzten Tagen ebenfalls entnehmen – ein massives Anwachsen öffentlicher Unternehmen in Hamburg. Es werden ehemalige Behördenteile ausgelagert, wie Stadtreinigung, Krankenhäuser, pflegen & wohnen und so weiter, und sie bleiben aber auf dem Weg einer echten Privatisierung stecken. Sie bleiben als Anstalt öffentlichen Rechts, als GmbH oder was auch immer unter der vollen Kontrolle des Senats, sind aber der parlamentarischen Kontrolle entzogen. Auf diese Weise machen quasi staatlich geschützte Unternehmen den privaten Anbietern in der Stadt ohne Kontrolle eine massive Konkurrenz, und es wird nicht zuletzt von der Handwerkskammer zu Recht gerügt.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt – und das haben auch Sie, Frau Senatorin Nümann-Seidewinkel, wiederholt – erliegen Sie dem Irrglauben, daß Sie durch staatliche Kontrollgremien staatliche Unternehmen ausreichend kontrollieren können. Zu einer Kontrolle gehört das Gleichgewicht der Kräfte. Da ist hier der Senat und da das Parlament. Wenn Sie das Parlament aus der Kontrolle der öffentlichen Unternehmen derartig ausschalten, wie Sie es tun, dann passieren eben Dinge wie im LBK, die von uns nicht mehr kontrollierbar und einforderbar sind.

(Beifall bei der CDU)

Und zu diesem Geflecht, 400 öffentliche Unternehmen, kommt, daß die Geschäftsführung und die Aufsichtsgremien überwiegend mit SPD-Mitgliedern besetzt sind, die Geschäftsführung wie die Kontrolle. Meine Damen und Herren, das ist genau das Filzgeflecht in der Stadt, was wir

C im PUA „Filz“ festgestellt haben und das weiterhin wächst und blüht. Deshalb ist doch ganz klar: Die massive Verquickung öffentlicher Ämter mit Funktionen in der SPD muß strukturell beendet werden, und diese strukturelle Beendigung geht nur dann, wenn der Staat und das SPD-Parteibuch voneinander getrennt werden.

(Lachen bei der SPD – Günter Frank SPD: Das haben Sie schon vor einem halben Jahr gesagt!)

– Sie lachen. Das wiederum kann und wird erst durch einen politischen Wechsel erfolgen, und dafür, Frau Freudenberg, haben Sie heute die besten Argumente geliefert, weil Sie eben nicht in der Lage sind, gegen diesen unbeweglichen und verfilzten Tanker SPD in der Stadt etwas zu bewegen.

(Beifall bei der CDU – Erhard Pumm SPD: Da kann Herr Ehlers mal mit gutem Beispiel vorgehen und zurücktreten!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Dr. Kähler.

Dr. Bettina Kähler GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! So, so, Herr Wersich, wir sind komplett gescheitert im Kampf gegen den Filz. Ich habe heute nachmittag, als ich zusammen mit Frau Spethmann bei einer Schülergruppe war, gelernt, wie die CDU sich zukünftig den Kampf gegen den Filz vorstellt, nämlich mit einer Koalition zusammen mit Herrn Schill. Das waren die Worte von Frau Spethmann. Zur Bekämpfung des Filzes ist eine Koalition der CDU mit Herrn Schill erforderlich, wobei sie sich das dann so vorstellt, daß Herr Schill nur eine Art Suppenkasper und Mehrheitsbeschaffer für diese Koalition ist und ansonsten nichts weiter zu sagen hat.

D Meine erste Reaktion war ein Lachanfall. Meine zweite Reaktion war, zu sagen, das halte ich für dramatisch. Ich halte es für dramatisch, wenn das die Lösung der CDU sein soll, den Kampf gegen den von ihr konstatierten Filz aufzunehmen, indem sie eine Koalition mit einem Mann eingeht, der Ideen hat, wie wir sie aus totalitären Regimes kennen. Das sei hier einmal festgehalten.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Ole von Beust CDU: Und die PDS darf!)

Das, meine Damen und Herren, ist ein um so dramatischer Befund, als die CDU zweieinhalb Jahre mit uns in dem Untersuchungsausschuß gearbeitet hat und offensichtlich von den Konsequenzen, die wir da in mühsamer Arbeit erarbeitet haben, nichts, aber auch gar nichts begriffen hat. Wenn Sie davon nichts begriffen haben, meine Damen und Herren, dann stellen Sie sich aber auch nicht hier hin und sagen uns, daß wir gescheitert sind. Dann sagen Sie einfach, wir haben es nicht begriffen, wir werden es nicht begreifen und deswegen lassen wir es sein und planen die Koalition mit der rechtsradikalen Offensive und alles andere ist uns dann egal. Dann sagen Sie das, aber machen Sie uns nicht den Vorwurf über die Konzepte, die im übrigen erst begonnen haben. Wir haben es doch gehört von der Finanzsenatorin.

(Antje Blumenthal CDU: Drei Jahre her!)

Lesen Sie den Bericht einmal im einzelnen, dann wissen Sie, daß das nicht Dinge sind, die da in Gang gekommen sind, die jetzt mit einem Fingerschnippen zu machen sind, sondern daß das ein langdauernder und langwieriger Prozeß sein wird.

(Dr. Bettina Kähler GAL)

A *(Antje Blumenthal CDU: Wieviel Jahre noch?)*

Dann nehmen Sie das zur Kenntnis, und unterstützen Sie uns oder lassen Sie es sein, aber reden Sie nicht solchen Unsinn.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Frank.

Günter Frank SPD: Herr Wersich, ich will nur noch einmal auf die Frage eingehen, wer hier eigentlich politisch gescheitert ist. Allmählich habe ich den Eindruck, daß Sie irgendwie einen Filzverfolgungswahn haben.

(Antje Blumenthal CDU: Er hat Wahrnehmungsschwierigkeiten!)

Ich glaube, wenn Sie nicht endlich einen finden, mag das um Ihren Zustand schlecht stehen, ich weiß es nicht, aber Sie hatten doch mit diesem Untersuchungsausschuß etwas ganz anderes vor. Das ist doch ganz klar. Ihr Ziel war doch, die Sozialdemokraten, und wenn möglich auch noch den Bürgermeister, zu diskreditieren. Alles andere interessierte doch gar nicht. Als Frau Blumenthal den letzten Teil des Untersuchungsausschusses nicht mehr mitgemacht hat, weil sie auf irgendeiner Reise war, haben Sie versucht, ihr zu zeigen, wie man das zweieinhalb Jahre hätte machen müssen. Das haben Sie aber auch nicht geschafft. Sie sind mit Ihrem Versuch, diesen Ausschuß politisch zu mißbrauchen, wirklich gescheitert. Das ist ein politisches Scheitern und nichts anderes. Das nur zum Thema, wer hier politisch gescheitert ist.

B Ich will noch einmal anmerken – und da hat Frau Freudenberg doch völlig recht –, Herr Hackbusch, zeigen Sie mir bitte mal eine Exekutive, die von sich aus ein Akteneinsichtsrecht gegeben hat. Wenn man das will – die CDU wollte das doch gar nicht –, muß man sich das hier in diesem Hause politisch erkämpfen.

(Beifall bei der GAL)

Wie man das auch immer ausgestaltet – das ist klar –, aber das muß man sich hier erkämpfen.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Der Kampf geht weiter!)

Das wird sich dann bei den Haushaltsberatungen zeigen. Wir haben deutlich gemacht, daß Bescheide rechtzeitig kommen sollen, Verwendungsnachweise fristgerecht kommen müssen, die Verwendungsnachweisprüfung zeitnah erfolgen muß und so weiter. Dies werden wir im Rahmen der Haushaltsberatungen überprüfen können, und da werden Sie tatkräftig mithelfen.

Herr Wersich, eines haben Sie allerdings immer noch nicht verstanden, nämlich die Frage, worin eigentlich der Gewinn von Auslagerungen liegen könnte. Das waren bisher immer Teile der Verwaltung. Sie sind ja ein aufmerksamer Leser und haben das Interview der Finanzsenatorin lesen können.

(Antje Blumenthal CDU: Postenbeschaffung!)

In den ausgelagerten Unternehmen sind 8000 Stellen eingespart worden. Es spart Kosten, es senkt Gebühren oder hält sie stabil, sichert auf jeden Fall eine größere Effizienz der eingesetzten Ressourcen. Sie haben doch auch lesen können, daß die Zuschüsse an die HGV in der Zeit zwischen 1994 und 1998 um 82 Prozent gesunken sind. Dar-

über hinaus gibt es die Bremer Untersuchung, und nach dieser schneidet Hamburg bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen – Hamburg, Bremen, Berlin waren die Vergleichsstädte – am besten ab. Die Finanzsenatorin sagte zum Schluß, daß die Geschichte öffentliche Unternehmen eine Erfolgsgeschichte ist. Dem kann man gar nicht widersprechen. So ist es, und insofern sollten Sie unsere Position, die Sie auch in anderen Bundesländern wiederfinden, überdenken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Hackbusch hat das Wort.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Aber es gibt noch eine wunderschöne Frage, der man nachhängen müßte, nämlich, was ist eigentlich mit diesem Akteneinsichtsrecht. Jetzt wird mir auch noch von der SPD-Fraktion hier in der Hamburger Bürgerschaft gesagt, wir werden jetzt auch mit dafür kämpfen, daß das Akteneinsichtsrecht irgendwann eingeführt wird, oder ihr müßt ein bißchen kämpfen. Ich weiß nicht so richtig, was diese SPD-Fraktion eigentlich in der Bürgerschaft macht. Ich habe schon mitbekommen, daß Herr Christier nichts mitbekommen hat, als dort im Senat ein neuer Senator installiert wurde. Wenn Sie das Akteneinsichtsrecht haben wollen und Sie sagen, das ist richtig

(Dr. Holger Christier SPD: Ist doch Quatsch!)

oder es ist nicht richtig, dann sagen Sie Ihre Position dazu. Sie bestimmen den Senat. Sie sind verantwortlich, was in diesem Senat geschieht. Wenn Sie Akteneinsichtsrecht mit der GAL zusammen haben wollen, dann werden Sie das hier doch auch vertreten und sagen können. Oder sind Sie hier nur die Abstimmungsbüttel, die dann und wann die Hand hochheben und ansonsten macht der Senat, was er will? Das scheint mir in diesem Fall der Punkt zu sein, mittlerweile nicht nur anhand des Auswechselns der Senatoren, sondern auch an diesem Punkt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und der CDU)

Deswegen sollten Sie sich das noch einmal überlegen, was Sie dazu sagen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Dietrich Wersich CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Die Bürgerschaft soll von der Senatsmitteilung Kenntnis nehmen, und das hat sie getan.

Ich darf Sie bitten, jetzt Platz zu nehmen. Wir kommen zu zahlreichen Abstimmungen.

Zunächst rufe ich den Tagesordnungspunkt 52 auf, die Drucksache 16/6052. Das ist der Antrag der GAL- und der SPD-Fraktion zum Thema Euro-Kampagne der Verbraucher-Zentrale.

[Antrag der Fraktionen der GAL und der SPD: Euro-Kampagne der Verbraucher-Zentrale – Drucksache 16/6052 –]

Hier ist einvernehmlich auf die Debatte verzichtet worden. Wir kommen zur Abstimmung.

C

D

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

A Wer den Antrag aus der Drucksache 16/6052 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Die Senatsvertreterin gibt ihre Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer den soeben in erster Lesung gefaßten Beschluß in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 26, den Berichten des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 16/5983 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 16/5984 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 16/5985 –]**

Ich lasse zunächst über den Bericht 16/5983 abstimmen. Wer will zu den Eingaben 861/00, 83/01, 152/01, 184/01, 200/01, 203/01, 211/01, 229/01, 230/01, 238/01, 239/01 und 261/01 den Ausschußempfehlungen folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei sehr wenigen Gegenstimmen hat die Bürgerschaft mit großer Mehrheit zugestimmt.

B Wer will die Empfehlungen beschließen, die der Eingabenausschuß außerdem zu den Eingaben 203/01, 211/01, 238/01, 239/01 und 261/01 abgegeben hat? – Danke. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist dies mit sehr großer Mehrheit beschlossen.

Wer die Empfehlung beschließen will, die der Eingabenausschuß zur Eingabe 171/01 abgegeben hat, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist das einstimmig beschlossen.

Wer stimmt den übrigen Ausschußempfehlungen zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Bericht 16/5984. Dieser Bericht enthält nur einstimmige Empfehlungen. Wer möchte ihnen folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist dies einstimmig geschehen.

Ich lasse dann über die Empfehlungen aus dem Bericht 16/5985 abstimmen und beginne mit Ziffer 1. Hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer will diese beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist bei wenigen Enthaltungen einstimmig von der Bürgerschaft beschlossen.

In Ziffer 2 wird eine Kenntnisnahme empfohlen, die erfolgt ist.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene **Sammelübersicht*** haben Sie erhalten.

* Siehe Anlage Seite 5060.

C Ich stelle zunächst fest, daß die Bürgerschaft die darin unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer will der unter B aufgeführten Überweisung zustimmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig geschehen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 25, zu den Drucksachen 16/5871, 16/5872 und 16/5873. Es sind die Unterrichtung durch die Präsidentin zur Anpassung der Geldleistungen nach dem Fraktionsgesetz mit gemeinsamen Anträgen der drei Fraktionen und der Gruppe REGENBOGEN zur Anpassung der Geldleistungen nach dem Fraktionsgesetz für das Jahr 2001 und Umstellung der Beträge im Fraktionsgesetz ab dem 1. Januar 2002 auf Euro sowie Umstellung der Beträge im Hamburgischen Abgeordnetengesetz auf Euro.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin
der Bürgerschaft:
Anpassung der Geldleistungen nach dem
Fraktionsgesetz – Drucksache 16/5871 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU
und der GAL und der Gruppe REGENBOGEN –
für eine neue Linke:
Anpassung der Geldleistungen nach dem
Fraktionsgesetz für das Jahr 2001 und Umstellung
der Beträge im Fraktionsgesetz ab 1. Januar 2002 auf
Euro – Drucksache 16/5872 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU
und der GAL und der Gruppe REGENBOGEN –
für eine neue Linke:
Umstellung der Beträge im Hamburgischen
Abgeordnetengesetz auf Euro – Drucksache 16/5873 –]**

D Zunächst zur Drucksache 16/5872. Wer möchte das Vierte Gesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist einstimmig geschehen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Die Senatsvertreterin gibt ihre Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Danke. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieses Gesetz ist auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen worden.

Nun zur Drucksache 16/5873. Wer möchte das Sechste Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist einstimmig geschehen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Die Senatsvertreterin gibt ihre Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Gesetz einstimmig auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Im übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

- A Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 27, zur Drucksache 16/5716: Bericht des Verfassungsausschusses über die Drucksachen 16/2966 zum Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg mit den Drucksachen 16/2967: Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid und 16/2968: Änderung der Verordnung zur Durchführung des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid.

[Bericht des Verfassungsausschusses über die Drucksachen

16/2966: Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg (Interfraktioneller Antrag) mit

16/2967: Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (Interfraktioneller Antrag) und 16/2968: Änderung der Verordnung zur Durchführung des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (Interfraktioneller Antrag)
– Drucksache 16/5716 –]

Ich weise zunächst darauf hin, daß die Abstimmungen zu Ziffer 6.1 des Ausschlußpetitums bereits erfolgt sind.

Nun zu Ziffer 6.2 des Petitions. Wer möchte diese annehmen und das Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid und des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist dies mit sehr großer Mehrheit geschehen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

- B (Die Senatsvertreterin gibt ihre Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist das Gesetz mit sehr großer Mehrheit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Schließlich zu Ziffer 6.3 der Ausschlußempfehlung. Wer stimmt zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist dies mit sehr großer Mehrheit geschehen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 28 auf, die Drucksache 16/5717. Bericht des Verfassungsausschusses über die Drucksache 16/2980: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung und anderer Gesetze mit dem Antrag der drei Fraktionen zur Neufassung von Punkt 2.3.5 des Ausschlußpetitums, Drucksache 16/5943.

[Bericht des Verfassungsausschusses über die Drucksache 16/2980: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg – Drucksache 16/5717 –]

[Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und der GAL zu Drucksache 16/5717:

Bericht des Verfassungsausschusses über die Drucksache 16/2980: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg und anderer Gesetze hier: Neufassung von Punkt 2.3.5 des Ausschlußpetitums – Drucksache 16/5943 –]

Ich weise darauf hin, daß die Abstimmungen zu Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg und anderer Gesetze bereits erfolgt sind.

Dann lasse ich zunächst über den Antrag der drei Fraktionen aus der Drucksache 16/5943 abstimmen. Wer möchte ihn annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist einstimmig geschehen.

Wer möchte sich nun den Empfehlungen des Verfassungsausschusses zu Artikel 2 mit der soeben beschlossenen Änderung sowie zu den Artikeln 7 und 8 anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist bei wenigen Gegenstimmen mit sehr großer Mehrheit geschehen.

Wir kommen zur Abstimmung über die einzelnen Gesetze, zu Artikel 2. Wer möchte das Vierte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht mit den soeben beschlossenen Änderungen beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei sehr wenigen Gegenstimmen ist dies mit sehr großer Mehrheit geschehen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Die Senatsvertreterin gibt ihre Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig geschehen. Das ist dann auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Zu Artikel 3: Wer möchte das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Volkspetitionen beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig geschehen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Die Senatsvertreterin gibt ihre Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen worden.

Zu Artikel 4. Wer möchte das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Eingabenausschuß beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig geschehen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Die Senatsvertreterin gibt ihre Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Danke. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen worden.

Zu Artikel 5. Wer möchte das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse der Hambur-

C

D

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

A gischen Bürgerschaft beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist einstimmig geschehen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Die Senatsvertreterin gibt ihre Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen worden.

Zu Artikel 6. Wer möchte das Gesetz zur Änderung des Wahlprüfungsgesetzes beschließen? – Danke. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist einstimmig geschehen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Die Senatsvertreterin gibt ihre Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen worden.

Artikel 7. Wer möchte das Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes mit den soeben beschlossenen Änderungen beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

B (Die Senatsvertreterin gibt ihre Zustimmung zu erkennen.)

Auch das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Danke. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen worden.

Schließlich Artikel 8. Wer möchte das Zweite Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheidung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist dies mit sehr großer Mehrheit geschehen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Die Senatsvertreterin gibt ihre Zustimmung zu erkennen.)

Der Senat stimmt zu. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist das Gesetz mit sehr großer Mehrheit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 30 auf, die Drucksache 16/5967: Bericht des Haushaltsausschusses über Verbundmaßnahmen zwischen hamburgischen öffentlichen Unternehmen.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 16/5878: Verbundmaßnahmen zwischen hamburgischen öffentlichen Unternehmen – Drucksache 16/5967 –]

C

Wer schließt sich der Ausschußempfehlung an? – Danke. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist das mit Mehrheit beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 35, Drucksache 16/5988: Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses zum Thema SAGA-GWG-Card.

[Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses über die Drucksache 16/5491: SAGA-GWG-Card (CDU-Antrag) – Drucksache 16/5988 –]

Wer möchte der Ausschußempfehlung folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist mit Mehrheit geschehen.

Tagesordnungspunkt 36, Drucksache 16/6043: Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses zur Einrichtung von Familienlotsen.

[Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses über die Drucksache 16/4814: Einrichtung von Familienlotsen (CDU-Antrag) – Drucksache 16/6043 –]

Wer schließt sich der Ausschußempfehlung an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist mit Mehrheit geschehen.

Tagesordnungspunkt 37, Drucksache 16/6044: Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses zur Vereinfachung und Verbesserung des Mietrechts zugunsten der Mieter/innen.

D

[Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses über die Drucksache 16/5070: Für eine Vereinfachung und Verbesserung des Mietrechts zugunsten der Mieter/innen (Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke) – Drucksache 16/6044 –]

Wer möchte der Ausschußempfehlung folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist dies mit sehr großer Mehrheit geschehen.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Heimweg. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 21.10 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Barbara Ahrons, Sonja Deuter, Karl-Heinz Ehlers, Michael Fuchs, Uwe Grund, Andreas Kühn, Sabine Steffen, Rena Vahlefeld und Peter Zamory.

(Siehe Seite 5057 B.)

Anlage

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 30.05.2001

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
16	16/5931	Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen
20	16/5996	Außerschulische Sprachförderung und Spracherwerb als Voraussetzung von Integration
29	16/5966	Bericht des Jugend- und Sportausschusses
31	16/5968	Bericht des Haushaltsausschusses
32	16/5969	Bericht des Haushaltsausschusses
33	16/6042	Bericht des Haushaltsausschusses
34	16/5970	Bericht des Stadtentwicklungsausschusses
38	16/5989	Bericht des Gleichstellungsausschusses
41	16/6029	Bericht des Sozialausschusses
42	16/6030	Bericht des Gesundheitsausschusses
43	16/6039	Bericht des Innenausschusses

B. Einvernehmliche Ausschußüberweisung

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	Überweisungs- antrag von	Überweisung an
23	16/5999	Reform der Juristenausbildung	SPD	Rechtsausschuß